

**Jenny Niederstadt**

**“ERBITTEN ANWEISUNG!”**

**DIE WEST-BERLINER SEW UND IHRE TAGES-  
ZEITUNG „DIE WAHRHEIT“ AUF SED-KURS**

**Berlin 1999**

**Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des  
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

**Band 9**

Copyright 1999 beim Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere der Übersetzung, der Vervielfältigung jeder Art, des Nachdrucks, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie in Funk- und Fernsehsendungen, auch bei auszugsweiser Verwendung.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dar.

Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

ISBN 3-934085-02-4

Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Scharrenstr. 17, 10178 Berlin

## Vorwort

„Daß die ‚Wahrheit‘ in ihrer Ausgabe vom 18. Juni 1977 die Wahl des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Genossen Leonid Breshnew, zum Staatsoberhaupt der UdSSR auf Seite 2 im Keller „mit 15 Zeilen zur Kenntnis gibt, ist zweifellos ein ernster Fehler. Hat der Parteivorstand der SEW an Genossen Breshnew einen Glückwunsch gesandt? Der ‚Wahrheit‘ ist darüber nichts zu entnehmen.“<sup>1</sup>

Von solchen handfesten Rügen aus dem „Großen Haus“, dem SED-Zentralkomitee am Werderschen Markt in Berlin-Mitte, erhielten die Redakteure des in West-Berlin von 1955 bis November 1989 erscheinenden Parteiorgans der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) „Die Wahrheit“ allenfalls indirekt Kenntnis. Der Verfasser dieses Monitums, Herbert Häber, seinerzeit Leiter der für die Anleitung und Kontrolle der SEW und der DKP zuständigen Westabteilung im SED-Zentralkomitee und später ein in Ungnade gefallenes Politbüromitglied, bestreitet indes heute nachdrücklich, damals Eingriffe in die Redaktionsarbeit der „Wahrheit“ veranlaßt zu haben. Dabei könne es sich nur um Ausnahmefälle handeln.

Formal mag Häber Recht haben. Denn im Prinzip leitete die SED die „Wahrheit“ in gleicher Weise wie ihre eigenen Medien an. Eine Vorzensur gab es auch in der DDR äußerst selten. Statt dessen erteilte die SED-Agitationsbürokratie den Redaktionen regelmäßig „Empfehlungen“, die in Wirklichkeit strikt zu beachtende Gebote waren. Darüber hinaus lieferte die der SED-ZK-Abteilung Agitation faktisch unterstellte Nachrichtenagentur ADN langatmige Redemanuskripte, Communiqués, Kommentare und Meldungen, deren Veröffentlichung in den elektronischen und Printmedien der DDR nach jeweils spezifizierten Vorgaben obligatorisch war. Ähnlich wie im Dritten Reich bildete jedoch das wichtigste Element zur Absicherung des staatlichen Meinungsmonopols die fest installierte „Schere im Kopf“ der Journalisten. Deren verinnerlichte Selbstzensur garantierte bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft

<sup>1</sup> Aus einem Schreiben des Leiters der Westabteilung im SED-Zentralkomitee, Herbert Häber, an den SEW-Vorsitzenden Gerhard Danelius vom 20. Juni 1977.

die Funktionsfähigkeit der „Zensur ohne Zensor“. Deshalb konnten die Medienverantwortlichen der SED wie auch die der SEW auf eine Vorzensur durch einen fest installierten Zensor ohne weiteres verzichten.

Jenny Niederstadt enthüllt in ihrer dem Fachbereich Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin vorgelegten Diplomarbeit hauptsächlich auf der Grundlage von SED-Akten und Interviews mit ehemaligen Mitarbeitern der „Wahrheit“ erstmals minutiös, was selbst den meisten Redaktionsmitgliedern damals verborgen geblieben war. Ihr ist es dabei gelungen, das gesamte von der SED-Führung eingesetzte Arsenal zur Gängelung des SEW-Vorstandes und seines Sprachrohrs transparent zu machen. Die jeweiligen SEW-Parteivorsitzenden erhielten ihre Instruktionen direkt aus Ost-Berlin, um sie stehenden Fußes der Redaktionsleitung als ihre eigene Meinung darzustellen und durchzusetzen. Selbst Erich Honecker ließ es sich nicht nehmen, der „Wahrheit“ inhaltliche und personalpolitische Weisungen direkt oder über den SED-Apparat an seine Statthalter in West-Berlin zu erteilen. Darüber hinaus fungierte ein in der Leipziger Straße in Berlin-Mitte ansässiges Korrespondenzbüro der „Wahrheit“ - ähnlich wie ADN für die DDR-Medien - als Beschaffungs- und Weiterleitungsstelle für unter Pseudonym geschriebene Artikel aus der Feder von DDR-Journalisten, bestellten Leserbriefen und sonstigem Wort- und Bildmaterial. Diesem „Angebot“ durften und konnten sich die Redakteure der „Wahrheit“ nicht verweigern, denn über ihnen schwebte ständig das Damoklesschwert des Verlustes ihres Arbeitsplatzes und der Einstellung ihrer Zeitung. Schließlich drohten SED-Funktionäre mehrfach mit dem Abdrehen des Geldhahnes, falls ihren Weisungen nicht Folge geleistet werde.

Jenny Niederstadt hat sich in ihrer Arbeit mit gutem Grund auf die Anleitung und Kontrolle der „Wahrheit“ durch die SED in den 80er Jahren konzentriert. Hier konnte sie durch ertragreiches Aktenstudium in Verbindung mit Zeitzeugenbefragungen Pionierarbeit leisten. Sie belegt dabei anschaulich, daß der Niedergang der SEW und ihres Parteiorgans in erster Linie auf den sich zuspitzenden Konflikt zwischen den SED-hörigen Altkommunisten und den vornehmlich von der 68er Generation geprägten „Reformern“ zurückzuführen ist. Bei den letzteren versagten schon vor dem Herbst 1989 zunehmend die Selbstzensur-Mechanismen. So erschienen in der „Wahrheit“ sowohl von der nervös gewordenen SED-Führung angeordnete „Durchhalteartikel“ als auch unter dem

Einfluß von Glasnost und Perestroika kritische Beiträge - beispielsweise im Juni 1989 zur blutigen Niederschlagung der Studentenproteste auf dem Pekinger „Platz des Himmlischen Friedens“. Letzterer mußte noch auf Druck des SED-Politbüromitgliedes und zuständigen ZK-Sekretärs, Hermann Axen, widerrufen werden.

Die Autorin kommt in ihrer Zusammenfassung zu dem Ergebnis, unabhängig vom Zusammenbruch der SED-Herrschaft hätten die innerparteilichen Richtungskämpfe in der SEW ohnehin zur Auflösung der Partei und der Einstellung der „Wahrheit“ geführt. Der von den Reformkräften innerhalb der Redaktion ergriffene Rettungsanker, das Konzept einer „kritischen Solidarität“ mit der DDR-Führung, konnte ihr sinkendes Schiff nicht mehr vor dem Untergang bewahren.

Gunter Holzweißig

## Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitung .....	8
2. „Die Wahrheit“ im Widerspruch zwischen Theorie und Praxis .	10
2.1. Vom parteiinternen Mitteilungsblatt zum Zentralorgan - Historische Entwicklung der „Wahrheit“ bis zum Mauerbau ..	10
2.2. Parteilichkeit als leitendes Prinzip - Das Selbstverständnis der „Wahrheit“ als sozialistische Tageszeitung .....	12
- JournalistInnen als ParteifunktionärInnen .....	13
2.3. Journalistisches Arbeiten im Parteauftrag - Auswirkungen des Primats der Parteilichkeit in der Praxis .....	18
3. Die Vormachtstellung der SED gegenüber SEW und „Wahrheit“	22
3.1. „Diszipliniert kämpfende Revolutionäre“ - Die SEW als Teil der „kommunistischen Weltbewegung“ .....	22
- KPdSU und SED als Vorbilder der SEW .....	23
- Dissonanzen im kommunistischen Lager in den 70er und 80er Jahren .....	24
- Die SEW als marxistisch-leninistische Kaderpartei .....	26
3.2. Von der SED zur SEW - Historische Entwicklung bis zur formalen Trennung der Parteien .....	30
3.3. „Die SEW: Ein Anhängsel der SED?“ - Das apparative Verhältnis von SED und SEW .....	33
- Der Anleitungsschapparat im ZK der SED .....	33
- Methoden der Anleitung .....	35
- Konfliktvermeidung und Gehorsam der SEW-Parteiführung .	38
3.4. „SED-Bankschalter im Westen“ - Die finanzielle Abhängigkeit von SEW und „Wahrheit“ .....	43
- Zwei Methoden der Finanzierung .....	44
- SED-Firmen in West-Berlin .....	47
- Finanzierung in der Praxis .....	48

3.5. Unter ständiger Beobachtung - Anleitung und Kontrolle der „Wahrheit“	50
- Anleitung durch SEW-Parteivorstand	52
- „Die Wahrheit“ im Blickfeld der SED	54
- Indirekte Einflußnahme über den Parteivorsitzenden	58
- Zensurmaßnahmen der SED in den 80er Jahren	62
- Die Absetzung Grünbergs	63
- Die Umsetzung der Vorgaben durch die Redaktion	65
4. Aufbrüche und Niederlagen - Die SEW in den 80er Jahren	68
4.1. Bündnisangebote und Sektierertum - Zerreißproben zwischen DDR-Loyalität und West-Orientierung	69
- Bedeutungswandel der SEW innerhalb der Westberliner Linken	69
- Innerparteiliche Konflikte durch Generationenwandel	73
- Ambivalenzen zu linken Bewegungen	76
4.2. Gefangen im Spagat zwischen SED und KPdSU - Auswirkungen der Politik Gorbatschows auf SEW und „Wahrheit“	78
- Die Vorgaben der SED: Ablehnung von Reformen	79
- Gespaltene Reaktion der SEW	81
- Die ReformInnen an der Parteibasis	82
- VIII. Parteitag der SEW	83
- Die unbewegliche Parteispitze	85
- „Wahrheit“ unter verschärfter SED-Beobachtung	88
4.3. „Euphorie in der Agonie“ - Verspätete Reformen in der SEW	91
- Aufbruchsversuche 1989	91
- Neukonzipierung der „Wahrheit“	94
- SEW-Erklärung zu China	97
- Krise und Auflösung der SEW - Ende der „Wahrheit“	102
5. Resümee	105
Literaturauswahl	109
Zu den Autoren	110

## 1. Einleitung

„Unsere Partei blieb doch mehr oder weniger (...) eine Außenstelle der SED, konnte sich nicht selbst verwirklichen, war von ihr im wahrsten Sinne des Wortes abhängig!“<sup>2</sup>

Als sich dies 1991 ein Westberliner Kommunist, der den Weg der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) seit 1945 mitgegangen war, eingestehen mußte, stand die Auflösung der Partei kurz bevor. Mit dem Untergang der DDR waren die Westberliner KommunistInnen in eine Krise geraten, die die SEW nicht überleben sollte: Einen demokratischen Neuanfang konnte sie nicht glaubwürdig vollziehen, nachdem sie über Jahrzehnte hinweg den Treuebekennnissen zur DDR und zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) den Vorrang gegeben hatte vor einer Politik, die sich den politischen Realitäten West-Berlins stellt. Die SED konnte bis 1989 fast blind auf die Treue der SEW bauen: Während der großen politischen Krisen der kommunistischen Bewegung, sei es die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ (SEW: „eine Tat für den Frieden“), der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan („Von einer Intervention kann natürlich keine Rede sein“) oder die Reformanstöße Gorbatschows („ein ernstes Handicap“), blieb die SEW-Führung stets auf SED-Kurs.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> So ein Delegierter auf dem Auflösungsparteitag der Sozialistischen Initiative (der SEW-Nachfolgeorganisation) im März 1991, zitiert nach Gerd Friedrich Nüske: „Mehr Niederlagen als Siege“ - Das Ende der SEW, einer deutschen kommunistischen Partei, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 4, 1992, hrsg. von Uwe Backes und Eckhard Jesse, S. 145.

<sup>3</sup> Zitat zum Einmarsch in der CSSR: Parteivorstand der SEW: Grundsatz-erklärung der 11. Tagung des Parteivorstandes, Berlin 1968, abgedruckt als Dok. Nr. 4 in: Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 253-266; zum Einmarsch in Afghanistan nach: „Der Laufpaß“, Der Spiegel, 25.2.1980; zu Gorbatschows Reformpolitik: „Niederschrift des Gesprächs des Generalsekretärs des ZK der SED ... Erich Honecker, mit einer Delegation des Parteivorstandes der SEW ... am 16.1.1989 in Berlin“, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im folgenden: SAPMO-BArch), DY 30/ IV 2/ 2.035/117, S. 121.



Die bis zum Untergang vorherrschende Unbeweglichkeit der Parteispitze war dabei nicht nur ideologisch begründet: Auf dem SEW-Parteitag im Februar 1990 veröffentlichte eine parteiinterne Untersuchungskommission ihren Abschlußbericht, aus dem die umfassende finanzielle Abhängigkeit der SEW von der SED hervorging.<sup>4</sup> Gleichzeitig bekannte der Parteivorstand, daß die SEW in zentralen Bereichen ihrer Politik von der SED abhängig gewesen sei: „Wichtige politische, ideologische, organisatorische und kaderpolitische Beschlüsse wurden mit der SED abgestimmt und so letztendlich von ihr mit beeinflusst.“<sup>5</sup>

Mittlerweile hat die Öffnung der SED-Archive und die Bereitschaft vieler ehemaliger „Wahrheit“-Redakteure, als Zeitzeugen Auskunft zu geben, die Möglichkeit geboten, sowohl das Verhältnis von SEW und SED als auch speziell den Einfluß der SED auf die Zeitung einer wissenschaftlichen Analyse zu unterziehen. Den „Wahrheit“-Mitarbeitern, die mit mir sprachen, sei hier ausdrücklich Dank gesagt.

Die „Wahrheit“ erschien von 1955 bis 1989 und wurde vom Parteivorstand der SEW herausgegeben. Die enge Anbindung der Zeitung an den Parteiparat sorgte dafür, daß sich die Zerreißproben, in die die SEW zwischen SED-Loyalität und Westorientierung geriet, auch in der „Wahrheit“ widerspiegelten. Die Auseinandersetzung mit der SEW-Zeitung kann deshalb beispielhaft für eine Analyse der Abhängigkeitsverhältnisse der gesamten Partei stehen. Gefordert ist daher eine Bewertung der politischen Entwicklung der SEW. Dabei lassen sich vor allem für die 80er Jahre die Potentiale und Grenzen der SEW-Politik besonders plastisch herausarbeiten: Der innerparteiliche Wandel und die Gorbatschowsche Reformpolitik zwangen SEW-Parteiführung und SED-Strategen zum Krisenmanagement. Letztendlich aber würgten die Anleitungsstränge zwischen Ost- und West-Berlin die Aufbruchstimmung der Westberliner GenossInnen ab.

<sup>4</sup> Vgl. Abschlußbericht der SEW-Untersuchungskommission, unveröffentlicht [Berlin 1990]. Die SEW-Untersuchungskommission war im Dezember 1989 vom Parteivorstand damit beauftragt worden, „die finanziellen Verhältnisse und Verantwortlichkeiten“ mehrerer Westberliner Firmen zu untersuchen, die jahrzehntelang als SEW-eigen galten, sich jedoch tatsächlich im Besitz der SED befanden. Vgl. ebd. und Kap. 3.4.

<sup>5</sup> Bericht des Parteivorstandes an den außerordentlichen Parteitag der SEW, unveröffentlicht [Berlin 1990], S. 4-5.

## 2. „Die Wahrheit“ im Widerspruch zwischen Theorie und Praxis

Als einzige Westberliner Partei leistete sich die SEW eine Tageszeitung. Daneben gab sie 50 Betriebs-, Wohnbezirks- und Stadtteilzeitungen heraus.<sup>6</sup> Der finanzielle, organisatorische und personelle Aufwand, den die SEW für ihre Propaganda aufbrachte, war im Vergleich zur Größe der Partei immens. Maßgeblich für die Entscheidung der SEW, mit der „Wahrheit“ ein täglich erscheinendes Parteiblatt herauszugeben, dürfte dabei der Stellenwert gewesen sein, der der Propaganda im marxistisch-leninistischen Denken beigemessen wird.

Als sozialistische Zeitung in West-Berlin geriet die „Wahrheit“ durch ihr parteiliches Selbstverständnis in die schwierige Lage, sich zwischen den realen Anforderungen an eine Tageszeitung in der Westberliner Medienlandschaft auf der einen und den ideologischen Anforderungen an eine sozialistische Parteizeitung auf der anderen Seite positionieren zu müssen.

### 2.1. Vom parteiinternen Mitteilungsblatt zum Zentralorgan - Historische Entwicklung der „Wahrheit“ bis zum Mauerbau

„Die Zeitung muß täglich dafür sorgen, daß die Partei und ihre Politik in der Öffentlichkeit im Gespräch sind.“<sup>7</sup>

Am 15.11.1955 erschien die erste Ausgabe der „Wahrheit“. Die Zeitung war zunächst als Informationsblatt des Westberliner Büros der SED für die Parteimitglieder im Westteil der Stadt konzipiert worden.<sup>8</sup> Die Berliner SED-Bezirksleitung hatte einen Verlag in West-Berlin gekauft („Zeitung“).

<sup>6</sup> Stand: 1982. Vgl. Westabteilung „Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981“, Oktober 1982, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 10.02/ 9.

<sup>7</sup> Abteilung IPW: „Zu einigen inhaltlichen Problemen der ‚Wahrheit‘ und ihrer weiteren Profilierung nach dem VI. Parteitag der SEW unter besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden Wahlen in Westberlin“, September 1984, SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

<sup>8</sup> Vgl. die gesamte Akte BPA IV - 2/10/1045 im Landesarchiv Berlin.

tungsdienst GmbH“), um damit eine Gewerbe genehmigung und Verlagsrechte unter Umgehung des Senats zu erwerben. Die Eigentumsrechte dieses Verlages wurden ins Ausland verlagert, um die Zeitung vor nachträglichen Eingriffen der Westberliner Behörden zu schützen: Hundert Prozent des Stammkapitals des Zeitungsdienstes lagen in den Händen der ORVAG AG - einer SED-Tarnfirma mit Sitz in der Schweiz.<sup>9</sup>

Nach ihrer ersten Ausgabe konnte die „Wahrheit“ dennoch nur unregelmäßig erscheinen, denn der Westberliner Senat ging gegen Redaktion und Druckerei vor. Druckplatten und ganze Auflagen der Zeitung wurden beschlagnahmt, es wurde immer schwieriger, in West-Berlin eine Druckerei für die „Wahrheit“ zu finden.<sup>10</sup> Die Post weigerte sich, die SED-Zeitung in ihren Vertrieb aufzunehmen, und auch die meisten Westberliner Kioske verweigerten den Verkauf.<sup>11</sup> So führte die „Wahrheit“ in ihren ersten Jahren nur ein Schattendasein. Sie blieb ein Informationsblatt für Westberliner KommunistInnen, das nicht über die Partei hinaus wirkte.<sup>12</sup>

Mit dem sich zuspitzenden Kalten Krieg wurde die Trennung Berlins in zwei Stadthälften immer deutlicher und die Ausdehnung des politischen Einflusses der SED auf den Westteil der Stadt unwahrscheinlich. Im April 1959 nahm deshalb die „Westberliner Leitung“ der SED die Arbeit auf, die zwar noch an die SED-Bezirksleitung weisungsgebunden war, aber der Teilung der Stadt in zwei administrative Einheiten Rechnung trug.

Gleichzeitig sollte die Bedeutung der „Wahrheit“ gestärkt werden. Der SED-Funktionär Hans Mahle, Mitglied der „Gruppe Ulbricht“ und ehemaliger Generalintendant des Rundfunks in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. in der DDR, wurde damit betraut. Eine legale

<sup>9</sup> Vgl. Wolfgang Ellerbrock: Gründung und erste Jahre der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1/1996, S. 88-89.

<sup>10</sup> Offenbar wurde der Druck der Zeitung zeitweilig auch nach Ost-Berlin ausgelagert. Vgl. Information des Genossen Hans Mahle, 15.8.1961, Landesarchiv Berlin, BPA IV - 2/10/1045.

<sup>11</sup> Vgl. Karl Wilhelm Fricke: Die SED diesseits der Mauer. Reorganisation der Sozialistischen Einheitspartei in Westberlin, in: SBZ-Archiv, Dezember 1963, S. 375.

<sup>12</sup> Dies bestätigte auch der erste Chefredakteur der „Wahrheit“, Hans Mahle, im Gespräch mit der Autorin.

Druckmöglichkeit für die „Wahrheit“ in West-Berlin wurde durch den Kauf des ‚Druckhaus Norden‘ gesichert.<sup>13</sup>

Mit dem Mauerbau 1961 spitzte sich die Situation für die „Wahrheit“ jedoch erneut zu. Als Zeitung der „Mauerpartei“ wurde sie zwar nicht verboten, aber vom Berliner Senat drangsalieret. Die Westberliner Polizei besetzte das „Druckhaus Norden“, der Druck der Zeitung mußte zunächst illegal stattfinden. Um das Erscheinen der „Wahrheit“ zu sichern, kauften „Zeitungsdienst“ und „Druckhaus Norden“ schließlich 1964 ein Grundstück in Tiergarten. So waren Verlag und Druckerei der „Wahrheit“ unter Umgehung des Senats von der SED in West-Berlin aufgebaut worden. Das regelmäßige Erscheinen der Zeitung war damit gesichert.

## **2.2. Parteilichkeit als leitendes Prinzip - Das Selbstverständnis der „Wahrheit“ als sozialistische Tageszeitung**

„Die ‚Wahrheit‘ war im wesentlichen ein Informationsorgan für die Berliner Bewegungen, ein Instruktionsorgan für die Genossen und ein Propagandaorgan für die SED.“<sup>14</sup>

Die Kenntnis dieser Tradition ist maßgeblich für das Verständnis der Zerreißproben, in die das SEW-Blatt nach Mauerbau und Verfestigung des Ost-West-Gegensatzes geriet: Der Ansatz, in einem kapitalistischen Mediensystem eine Zeitung zu popularisieren, die sich auf die Leninischen Prinzipien der „Presse neuen Typs“ berief, stellte sowohl die Glaubwürdigkeit als auch die Wirksamkeit der „Wahrheit“ auf die Probe. Innerhalb der sozialistischen Propaganda gilt die Presse als wichtigstes Instrument zur Lenkung der Bevölkerung. Ganz direkt soll durch sie das Denken und Handeln der Menschen von der kommunistischen Partei beeinflußt werden - sie hat den Willen, das Bewußtsein und die Direktiven der Partei auf die Bevölkerung zu übertragen.

<sup>13</sup> Zu diesem Vorgang vgl.: Undatierter Entwurf, Landesarchiv Berlin, BPA/SEW 81; Aktenvermerk vom 24.10.1961, ebd.; Vertrag zwischen SED und Kuster, BPA/SEW 83, sowie: Ellerbrock, a.a.O., S. 88.

<sup>14</sup> Ernst Welters im Gespräch mit der Autorin.

Die sozialistische Presse war der Theorie nach das Organ der Arbeiterklasse und hatte als zentrale Aufgabe nicht deren Information, sondern die Agitation und Parteinahme für ihre Interessen - sie wurde zum Instrument der Klassenauseinandersetzungen erklärt. Da die kommunistische Partei - nach der orthodoxen Lehre - die Avantgarde der Arbeiterklasse darstellte, konnte die sozialistische Presse keine anderen Ziele kennen als die der Partei.

## **JournalistInnen als ParteilfunktionärInnen**

„Parteilichkeit“ stand auch beim Selbstverständnis der „Wahrheit“ als leitendes Prinzip im Mittelpunkt. Schon allein formal war die Zeitung „parteilich“, denn Herausgeber der „Wahrheit“ war der Parteivorstand der SEW, der auch das Redaktionskollegium berief.<sup>15</sup> Für ihre Parteilichkeit hatte die „Wahrheit“ zwei Fixpunkte: zum einen die Arbeiterklasse, zum anderen die Partei, die Avantgarde der Arbeiterklasse. 1988 hieß es zum Selbstverständnis der „Wahrheit“ entsprechend:

„Die Zeitung ist im doppelten Sinne parteilich gebunden. Sie wird von der SEW herausgegeben und wendet sich an die arbeitende Bevölkerung unserer Stadt. Anders formuliert: DIE WAHRHEIT ist eine Zeitung, die sich an die Mehrheit der Westberliner Bevölkerung wendet und an deren Interessen und Bedürfnissen sie orientiert ist. Insofern ist sie weder ‚neutral‘ noch ‚überparteilich‘. Solcherlei Attribute für eine Zeitung lehnen sich allein schon deshalb ab, weil jede Art von Journalismus einen politischen wie geistigen Ausgangspunkt voraussetzt. Dies beginnt bei der Auswahl von Nachrichten und endet bei dem offenen ausgewiesenen Kommentar.“<sup>16</sup>

Der Journalismus galt diesem Verständnis zufolge nicht als Beruf, der vor allem eine gewisse handwerkliche Begabung auf der einen sowie Unabhängigkeit und Kritikfähigkeit auf der anderen Seite verlangte, sondern JournalistInnen wurden in erster Linie als ParteilfunktionärInnen wahrgenommen, die sich durch ihre Weltanschauung für den Beruf qualifizieren. Die Parteilichkeit und vorgebliche finanzielle Unabhängigkeit der JournalistInnen wurde zur Grundlage ihrer Freiheit erklärt:

<sup>15</sup> Vgl. Statut der SEW, abgedruckt in: Waldman, a.a.O., S. 220.

<sup>16</sup> Neumann, a.a.O., S. 172.

„Die Redakteure der ‚Wahrheit‘ sind nicht, wie in kapitalistisch betriebenen Verlagen oder wie in öffentlich-rechtlichen Funkanstalten, mit Hilfe ‚goldener Fesseln‘ an die Tendenz des Hauses gebunden. Sie sind Parteiarbeiter mit eindeutigen Auftrag: die Orientierung des Parteivorstands möglichst mit allen Mitteln und in allen journalistischen Genres zu Bewußtsein zu bringen. Wir verheimlichen auch nicht, daß zur politischen Funktion unseres Parteiorgans gehört, Richtschnur in der täglichen ideologischen Auseinandersetzung der Genossen und zugleich wichtiges Vermittlungsorgan der Partei zur Bevölkerung zu sein.“<sup>17</sup>

Journalistische Freiheit wurde damit einseitig gleichgesetzt mit finanzieller Unabhängigkeit. Die Abhängigkeit von der Partei wurde dagegen zum Grundstein journalistischer Freiheit erklärt: Die Freiheit der Presse bestehe eben gerade darin, ihre Parteilichkeit als richtig und notwendig zu erkennen. Parteilichkeit wurde zum Fundament der sozialistischen Definition von Pressefreiheit. In einer Selbstdarstellung der „Wahrheit“ von 1988 klingt das wie folgt:

„Die Parteilichkeit der Zeitung ist gleichzeitig auch ihre Freiheit. DIE WAHRHEIT muß sich keiner Herrschaft eines an Profitmaximierung interessierten Verlegers beugen. Auch ist sie nicht der Gefahr ausgesetzt, daß finanzstarke Anzeigenkunden auf das redaktionelle Geschehen unmittelbar Einfluß ausüben.“<sup>18</sup>

Auch Auswahl und Interpretation von Nachrichten sollten in der sozialistischen Presse parteilich vorgenommen werden, denn es könne der Theorie nach nicht die Aufgabe der Zeitung sein, wahllos Informationen zu verbreiten. Die Veröffentlichung einer Nachricht mußte vielmehr einen bestimmten Zweck, mußte agitatorischen Wert besitzen, denn für „den dialektischen Materialisten (...), der von der Wirkung objektiver Gesetze ausgeht, ist eine Information dann ‚aktuell‘, wenn sie objektiv erforderlich ist und geeignet, das Handeln der Menschen anzuregen und zu orientieren.“<sup>19</sup>

Dabei stand außer Frage, wer bestimmt, welche Informationen „erforderlich“ seien, denn:

<sup>17</sup> Harry Beckmann: Funktion und Wirkungsweise einer sozialistischen Tageszeitung, in: Konsequent, Heft 28, Juni 1977, S. 15.

<sup>18</sup> Neumann, a.a.O., S. 172.

<sup>19</sup> Ebd., S. 23.

„aus der Analyse und den Beschlußfassungen der Partei [*geht*] hervor, welche Fragen und Probleme in unserer Stadt vordringlich auf der Tagesordnung stehen.“<sup>20</sup>

Auch die Interpretation von Ereignissen wurde parteilich vorgenommen. In oben genannter Selbstdarstellung heißt es dazu:

Eine „scheinbar neutrale Haltung ist uns fremd. Wir benennen eindeutig den Standpunkt und das Interesse, von denen aus wir das Tagesgeschehen einordnen und beurteilen. (...) Standpunkt ist nicht gleich Standpunkt, und erst vom Standpunkt der Arbeiterklasse ist der Blick freigegeben für eine umfassende Sicht der Welt.“<sup>21</sup>

Entsprechend waren in der „Wahrheit“ stets die Erfolgsmeldungen über die sozialistischen Staaten und insbesondere über die DDR vorherrschend. Über unangenehme Themen, die die SEW oder die sozialistischen Staaten betrafen, wurde in der „Wahrheit“ gar nicht oder nur mit Verkürzungen und daraus resultierenden Halbwahrheiten berichtet. Die enge Anbindung der „Wahrheit“ an den Parteiapparat machte die Zeitung für die aktiven SEW-Mitglieder unentbehrlich für deren Arbeit in den Parteiorganisationen. Für die breitere Öffentlichkeit aber wurde die „Wahrheit“ durch die Hofberichterstattung und Schönfärberei ungläubwürdig und damit uninteressant.

Wie die Zeitungen in den sozialistischen Staaten, beanspruchte die „Wahrheit“, als Parteizeitung auch eine Massenwirksamkeit entwickeln zu können. Doch während die Breitenwirkung der Presse in den realsozialistischen Ländern vor allem durch die Ausschaltung von Konkurrenz gesichert worden war, konnte die „Wahrheit“ in West-Berlin nur eine sehr geringe Resonanz entfalten:

Die Auflage der „Wahrheit“ blieb stets gering. 1959 hatte man auf eine Auflage von 20.000 Exemplaren gehofft.<sup>22</sup> Doch der Mauerbau machte diese Pläne zunichte. Die „Wahrheit“ konnte als Zeitung der „Mauerpartei“ nur noch wenige nicht-parteeigebundene Leser halten: Die Zahl der verkauften Exemplare ging von 12.846 im August 1961 auf 3.758 im November 1962, d.h. um 70 % zurück.<sup>23</sup> 1968 hatte die „Wahrheit“ immerhin noch durchschnittlich rund 8.500 Abonnenten, 1978 ca. 7.000.

<sup>20</sup> Ebd.

<sup>21</sup> Ebd., S. 14-15.

<sup>22</sup> „Entwurf der Redaktion vom 4.2.1959“, Landesarchiv Berlin, BPA/SEW 83.

<sup>23</sup> Ellerbrock, a.a.O., S. 93.

Danach verringerte sich die Abonnentenzahl in nur fünf Jahren auf 4.500.<sup>24</sup> Diesen Stand behielt die „Wahrheit“ bis zu ihrem Ende bei. An den Kiosken wurden relativ kontinuierlich täglich ca. 400 Exemplare der „Wahrheit“ verkauft.<sup>25</sup>

Der Marktanteil der „Wahrheit“ in West-Berlin blieb entsprechend gering: er betrug

1960	1,4 %,
1970	1,6 %,
1980	1,8 %,
1989	1,9 %. <sup>26</sup>

Natürlich stellte auch die SED fest, daß die „Wahrheit“ in West-Berlin nur auf geringe Resonanz stieß und selbst von SEW-Mitgliedern nicht mit dem erwünschten Interesse gelesen wurde.<sup>27</sup> Sie war jedoch überzeugt, daß nicht etwa durch eine offenere Berichterstattung der Zeitung das LeserInnen-Interesse geweckt werden könne, sondern nur durch eine

<sup>24</sup> „Information über den Stand und die Entwicklung unserer Zeitung ‚Die Wahrheit‘“, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 10.02./ 8.

<sup>25</sup> Ebd. Die Gesamtauflage der „Wahrheit“ lag dennoch immer sehr viel höher. Für den April 1989 wird als Auflage beispielsweise 15.000 angegeben (Günter Bentele, Otfried Jarren, Ulrich Kratzsch: Medienlandschaft im Umbruch. Medien- und Kommunikationsatlas Berlin, Berlin 1990, S. 136). Erst in der Auflösungsphase der SEW wurde bekannt, wie es zu dieser hohen Auflage kam: der überwiegende Teil der Zeitungen wurde an die sozialistischen Staaten abgegeben: Im Gespräch sagte Ernst Welters, daß von 20.000 verkauften Exemplaren 4.000 in West-Berlin verkauft wurden, der Rest ging über den Postvertrieb der DDR an die „Bruderparteien“ in aller Welt.

<sup>26</sup> Barbara Held, Thomas Simeon: Die zweite Stunde Null. Berliner Tageszeitungen nach der Wende (1989-1994). Marktstrukturen, Verlagsstrategien, Publizistische Leistungen. Berlin 1994, S. 98.

<sup>27</sup> Im SED-Parteiarchiv finden sich zumindest aus den 80er Jahren ausführliche Übersichten über die Entwicklung der Auflagenhöhe, des Abonnentenstammes und des Kioskverkaufes, wobei festgestellt werden mußte, daß die Tendenz „eindeutig rückläufig“ war. Vgl.: Übersicht von 1968 bis 1984: „Information über den Stand und die Entwicklung unserer Zeitung ‚Die Wahrheit‘“ von G. Looock, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 10.02./ 8. Tabellarische Übersicht für den gleichen Zeitraum in: SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 10.04/ 13. Siehe auch Kurzbericht aus dem Jahr 1982: „Kurzbericht G. Looock an Westabteilung“, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 10.02./ 8.



stringentere Durchsetzung der Leninschen Thesen<sup>28</sup> - nach Einschätzung der SED kam es also auf die Verstärkung der Parteilichkeit der „Wahrheit“ an. Zuschriften aus den Jahren 1988 und 1989 machen dagegen deutlich, daß gerade sie es war, die von vielen LeserInnen abgelehnt wurde. So ergab eine Umfrage der „Wahrheit“ aus dem Jahr 1989:

„Die ‚unkritische, akklamatorische Berichterstattung‘ und die ‚Lobhudelei‘ über die DDR werden ebenso kritisiert wie die ‚undifferenzierte Darstellung‘ der Entwicklungen in den Ländern des real existierenden Sozialismus. Hier wünschen sich zwei Drittel der an der Umfrage beteiligten Leser eine objektive Information über aktuelle Auseinandersetzungen zu den verschiedenen nationalen Ausprägungen und unterschiedlichen Konzeptionen des Sozialismus. (...) Jeder fünfte Teilnehmer an der Lesenumfrage wendet sich gegen ‚floskelhafte, phrasenhafte, sterile und schwülstige Sprache‘ von Autoren und Redakteuren. ‚Wertende Vokabeln in Nachrichtentexten oder Meldungen‘ sollten ebenso der Vergangenheit angehören wie die ‚dummen Überschriften‘, die Wertungen enthalten, die ‚sich der Leser selbst vorbehalten möchte‘. (...) Von der Redaktion wird ‚mehr Mut zur eigenen Meinung‘ verlangt.“<sup>29</sup>

<sup>28</sup> Westabteilung: „Information zur Situation der SEW“, 10.3.1981, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/ 10.02/ 9.

<sup>29</sup> Peter Burau: „Nicht mehr oder weniger ist die Frage - die Qualität ist entscheidend“, Die Wahrheit, 1.5.1989.

### 2.3. Journalistisches Arbeiten im Parteiauftrag - Auswirkungen des Primats der Parteilichkeit in der Praxis

„Bei den leitenden Genossen der Zeitung gilt es vor allem zu begreifen, daß die Information, die Nachricht, die Meldung eine politische Kategorie ist. Die Information besteht nicht an sich, sondern sie ist ein Bestandteil des Systems des ideologischen Einflußnehmens auf das Bewußtsein der Menschen.“<sup>30</sup>

Eine eigene Meinung wurde den „Wahrheit“-JournalistInnen jedoch nicht zugestanden. Unter dem provozierenden Titel „Schlechter Stil ist Erläuterung der Parteilinie“ heißt es 1989 dazu in einer bemerkenswerten Selbstkritik eines „Wahrheit“-Autors:

„Auch linke Zeitungen lügen. Ihre Unwahrheiten unterscheiden sich von denen der bürgerlichen Presse nur dadurch, daß es fromme Lügen sind. Sie entstellen die Wirklichkeit in der Absicht, die Unwahrheit vermöchte die LeserInnen zum Eingreifen bewegen. Linke Zeitungen trauen der Unwahrheit mehr verändernde Kraft zu als der Wahrheit. Sie glauben, das Prinzip der Irreführung, mit dem bürgerliche Zeitungen die Zustände befestigen, für ihre Ziele benutzen zu müssen. Linke Zeitungen werben mit Unwahrheiten für ihre Vorstellungen von demokratischen Verhältnissen. (...) Der Grund linker Unaufrichtigkeit ist ein falsches Berufsverständnis. Die ZeitungsschreiberInnen der ‚Wahrheit‘ begreifen sich nicht als politisch arbeitende JournalistInnen, sondern als journalistisch arbeitende PolitikerInnen. Das haben sich die AutorInnen nicht selbst ausgedacht. Dieses Berufsverständnis ist ihnen von ihrem Herausgeber gelehrt worden. Die ZeitungsschreiberInnen der ‚Wahrheit‘ sind von ihm nicht als Berufsstand, sondern als Funktionärskörper betrachtet worden.“<sup>31</sup>

Versagten die Anleitungsstränge und ein nur ungenügend mit Ost-Berlin abgestimmter Artikel gelangte ins Blatt, reagierte die SED prompt mit Abmahnungen. SEW-JournalistInnen, die grundsätzliche Kritik z.B. am Verhältnis der SEW zur SED, am Politikstil der SEW oder an undemokra-

<sup>30</sup> Abteilung IPW: „Zu einigen inhaltlichen Problemen der ‚Wahrheit‘ und ihrer weiteren Profilierung nach dem VI. Parteitag der SEW ...“, September 1984, SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

<sup>31</sup> Ulrich Koine: „Schlechter Stil ist Erläuterung der Parteilinie“, Die Wahrheit, 7./8.10.1989.

tischen Zuständen in der DDR anbringen wollten, bekamen die Grenzen ihrer journalistischen Freiheit schnell zu spüren.<sup>32</sup>

Die meisten RedakteurInnen verinnerlichteten jedoch die ideologisch bedingten Grenzen in der Berichterstattung, seien es Umweltprobleme oder Menschenrechtsverletzungen in sozialistischen Staaten. Berichte über ökologische Mißstände in der DDR waren in der „Wahrheit“ bis 1989 nicht zu finden. Sowjetische Dissidenten betrachtete die „Wahrheit“ als Staatsfeinde und Agenten des Westens,<sup>33</sup> noch 1986 wurde der Aufstand in Ungarn von 1956 als konterrevolutionär bezeichnet.<sup>34</sup>

Zu diesen und ähnlichen Themen gab es nur selten seitens des SEW-Parteivorstandes oder von der SED Versuche der präventiven Zensur. In der Regel wurden lediglich allgemeine Vorgaben und Absprachen getroffen - ein gutes Stück weit „funktionierten“ die „Wahrheit“-JournalistInnen selbständig.

Die Bereitschaft, bestimmte Nachrichten aus der DDR auszublenden, illustriert die folgende Stellungnahme von Heinz Grünberg, der in den 80er Jahren Chefredakteur der „Wahrheit“ war:

„Wenn man den Rechenschaftsbericht oder die Reden des Parteivorsitzenden las und dort steht, die SEW hat ein prinzipielles Verhältnis zum Arbeiter- und Bauernstaat und wir wünschen der DDR nur das Gute und Beste, sagten alle: Prima.

Und am nächsten Tag kommt die Nachricht, daß an der Grenze jemand erschossen wurde und die ‚Wahrheit‘ rührt sich dazu überhaupt nicht. Oder es wurde bekannt, daß in der DDR Schüler von ihrer Schule geschmissen wurden, weil sie in einer Kirchengruppe aktiv waren.

<sup>32</sup> So soll 1979 das langjährige SEW-Mitglied Steffen Haller, der für die „Wahrheit“ und vor allem für die linke Tageszeitung „Die Neue“ regelmäßig schrieb, nach einem Parteiverfahren aus der SEW ausgeschlossen worden sein. Grund waren zwei Beiträge des Journalisten in der „Neuen“: ein Kommentar („Es geht also doch“, Die Neue, 8.6.1979), in dem Haller das schlechte Verhältnis zwischen AL und SEW kritisierte, das gemeinsame Aktionen verhindere, sowie die Rezension des Romans „Collin“ von Stefan Heym, in der Haller schreibt, der Roman habe mit der „DDR-Wirklichkeit“ so wenig zu tun „wie mit einem Wald ein morscher Baum“ („Die Dialektik tickt wie eine Uhr im Zündwerk“, Die Neue, 26.5.1979).

<sup>33</sup> Horst Löffler: „Bürgerrechtler‘- Staatsfeinde“, Die Wahrheit, 31.8.1978.

<sup>34</sup> Peter Nigge: „1956: In Ungarn kommt die Konterrevolution nicht durch“, Die Wahrheit, 1./2. und 6.11.1986.

Oder ein anderer bekam Schwierigkeiten, weil er seinen Laden nicht in einer Genossenschaft mit anderen auflösen wollte.

Und da kamen dann unsere Leute und fragten: Warum bringt denn die ‚Wahrheit‘ so etwas nicht? Und ich sagte denen dann: Das ist eine innere Angelegenheit der DDR. Die sollen das selber in Ordnung bringen. Wir bringen eine Nachricht, wenn Siemens schwangere Frauen entläßt oder von ihnen z.B. bei Bewerbungen im öffentlichen Dienst oder Gesundheitswesen verlangt wird, daß sie sterilisiert werden, bevor sie einen Arbeitsplatz bekommen.

Dann kam wieder die Diskussion über die kritische Solidarität: Aber aus kritischer Solidarität müßt ihr doch ...! Und da habe ich gesagt: Müssen wir nicht! Wir müssen nachweisen, daß dieser Staat in der Lage ist - und davon war ich überzeugt -, bestimmte Fragen im Sinne der Mehrheit der Menschen und im Sinne des Humanismus zu lösen.<sup>35</sup>

Paradoxerweise unterstützten gerade die Abmahnungen durch die SED das Gefühl journalistischer Unabhängigkeit: Kleine selbständige Schritte und Pannen im Anleitungssystem wurden zu Beweisen für die Autonomie der Redaktion umgedeutet.

„Als der französische Außenminister in der DDR war, hatten wir einen Beitrag über die französische Außenpolitik, insbesondere über die *force de frappe*, in der Zeitung. Das hat einen riesigen Aufstand gegeben, weil von französischer zur DDR-Seite gesagt wurde: Seid Ihr wahnsinnig, Ihr empfangt hier den französischen Außenminister auf Staatsebene und Eure kleinen Kumpels in Westberlin laßt Ihr zur gleichen Zeit von der Leine. Wir haben mächtigen Ärger bekommen, [der DDR-Außenminister] Oskar Fischer hat mich anrufen lassen und gesagt: Ich sitze mit dem französischen Außenminister beim Abendessen und kriege zugeflüstert, daß Ihr einen großen Artikel über die *force de frappe* im Blatt habt. (...)

Ich war auch der einzige Chefredakteur unter den sozialistischen Zeitungen, der aus Reden von Honecker nur eine Seite brachte. Ich habe mir zwar die ganze Rede bei ADN angesehen, habe aber das rausgeschmissen, was die DDR-Innenpolitik betraf, und nur die NATO-Politik, das Verhältnis zu Westberlin und zur BRD gebracht. Und niemand hat etwas dazu gesagt. Natürlich haben sie sich manchmal

<sup>35</sup> Heinz Grünberg im Gespräch mit der Autorin.

aufgeregt: ‚Da hättest Du doch noch das machen können ...‘ Aber ich kann den ‚Wahrheit‘-Lesern nicht mehr anbieten als eine Seite, obwohl das ND zehn Seiten bringt. Ich kann ja auch nicht zur Leipziger Messe 36 Bilder von Honecker an den einzelnen Ständen bringen ...

So spielte sich das ab. Man kann nicht sagen, daß eine Knute oder ein Unterstellungsverhältnis zwischen SEW und SED herrschte. Wir hatten gute Beziehungen, aber wir hatten kein Diktat der SED und der Presseabteilung über die ‚Wahrheit‘.<sup>36</sup>

Entscheidend dafür, ob man sich in der ‚Wahrheit‘-Redaktion eingeeengt fühlte, war vor allem die ideologische Überzeugung. Gerhard Seyfarth, langjähriger ‚Wahrheit‘-Mitarbeiter und in den 80er Jahren stellvertretender Chefredakteur, erklärt zum Zusammenspiel von weltanschaulicher Überzeugung und Anerkennung der Parteilinie:

„Ich habe als ‚Wahrheit‘-Journalist die Zeitung vorrangig begriffen als Mittel, um diese Gesellschaft zu verändern. Daraus resultierte natürlich ein außerordentlich enges Verständnis der Aufgaben einer Zeitung. Die Chronistenpflicht stand dabei sehr weit hinten. (...) Ich wußte natürlich, daß es gewisse Grenzen bei der Berichterstattung gab und habe diese Grenzen aus Selbstdisziplin eingehalten. Sie können auch sagen: Ich hatte meine Schere im Kopf. Wobei die Selbstdisziplin freiwillig war, jedenfalls zum großen Teil, es gab auch erzwungene Streichungen. Ich kenne aber keinen Journalisten, der gern für den Papierkorb schreibt, deshalb hat wohl jeder Journalist eine Schere im Kopf. (...) Die meisten [,Wahrheit‘-]Redakteure hatten ein missionarisches Bewußtsein, und wenn man ein Missionar ist, dann nimmt man sengende Hitze oder ständige Regengüsse in Kauf, Hauptsache ist, man bekehrt die Seelen. Dieses missionarische Bewußtsein hat die Schere im Kopf gerechtfertigt.“<sup>37</sup>

<sup>36</sup> Heinz Grünberg im Gespräch mit der Autorin.

<sup>37</sup> Gerhard Seyfarth im Gespräch mit der Autorin.

### 3. Die Vormachtstellung der SED gegenüber SEW und „Wahrheit“

Die SEW trat seit ihres Bestehens als eine unabhängige Partei auf. Die Kontakte zur SED überschritten nicht das Maß der guten, freundschaftlichen Beziehungen zwischen den „Bruderparteien“, hieß es. Eine Anleitung oder gar Finanzierung der SEW durch die SED gebe es nicht, wurde auch wiederholt gegenüber der Mitgliedschaft betont. Gleichwohl stellte die SEW immer wieder den Vorbildcharakter der DDR heraus: Diese veranschauliche das von der SEW angestrebte Gesellschaftsmodell und sei die „größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse“. <sup>38</sup> Ideologisch blieb die SEW an der SED ausgerichtet, der Dogmatismus der Ostberliner Genossen übertrug sich direkt auf die politische Arbeit der SEW.

#### 3.1. „Diszipliniert kämpfende Revolutionäre“<sup>39</sup> - Die SEW als Teil der „kommunistischen Weltbewegung“

„Wir sprachen zwar immer von den drei kommunistischen Parteien auf deutschem Boden, die unter unterschiedlichen Kampfbedingungen wirken, gingen dabei aber immer von der führenden Rolle der SED als einer Partei aus, die in einem Teil Deutschlands unsere gemeinsamen Kampfziele weitgehend verwirklicht hat. Praktisch entwickelte sich daraus eine Kopie der Politik und der Strukturen der SED.“<sup>40</sup>

<sup>38</sup> So Horst Schmitt während einer Delegationsreise in die DDR vor Arbeitern in Frankfurt (Oder), nach: Die Wahrheit, 22.5.1979, zitiert nach: Der Senator für Inneres von Berlin (Hg.): Die SEW. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeiten der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin, Mai 1980 (im folgenden als Beleg zitiert als: Die SEW, a.a.O.), S. 80.

<sup>39</sup> Die SEW, a.a.O., S. 41.

<sup>40</sup> Bericht des Parteivorstandes an den außerordentlichen Parteitag der SEW, a.a.O., S. 4.

Viele der im folgenden geschilderten Konflikte und Starrheiten der SEW können nicht losgelöst von den Traditionen und Entwicklungen der internationalen kommunistischen Bewegung gesehen werden. Die Politik der SEW kann letztendlich nur unter Beachtung der Vormachtstellung der SED betrachtet, ihr Scheitern nur im Rahmen des Untergangs der DDR gewertet werden. Die Stagnationen wie die Bewegungen im sozialistischen Lager übertrugen sich durch die enge Anbindung der SEW an die SED direkt auf die Westberliner KommunistInnen.

### **KPdSU und SED als Vorbilder der SEW**

Neben der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und der SED verstand sich die SEW als eine von drei kommunistischen Parteien in Deutschland. Die Existenz der drei Parteien war Konsequenz der Spaltung des Landes nach 1945: Die deutschen KommunistInnen beriefen sich seit der Chruschtschow-Doktrin auf die Dreistaatlichkeit, d.h., sie betrachteten West-Berlin als selbständige politische Einheit. Folglich organisierten sich die Westberliner und westdeutschen GenossInnen jeweils in unterschiedlichen Parteien.

Die 1968 gegründete DKP trat organisatorisch, personell und ideologisch die Nachfolge der KPD an.<sup>41</sup> Die SEW hingegen ging direkt aus der SED hervor. Dies hatte mit dem Sonderstatus Berlins zu tun: Die SED war auch in den Westsektoren der Stadt zugelassen, in Westdeutschland dagegen verboten.<sup>42</sup>

Trotz der formalen Selbständigkeit der drei kommunistischen Parteien akzeptierten SEW und DKP die SED als „führende Partei“, mit der Konsequenz der totalen politischen, organisatorischen und finanziellen Abhängigkeit. Die DDR wurde als sozialistischer Kernstaat in Deutschland betrachtet, wobei es „das Ziel aller drei deutschen kommunistischen Parteien [sei], den Sozialismus insgesamt auf deutschem Boden zum Siege zu führen“.<sup>43</sup> Die

<sup>41</sup> Die Neugründung war notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht die KPD 1956 verboten hatte.

<sup>42</sup> Zur geschichtlichen Entwicklung der SEW ausführlich: Kap. 3.2.

<sup>43</sup> „Niederschrift des Gespräches des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit einer Delegation des Parteivorstandes der SEW ..., am 16.01.1989 in Berlin“

DDR hatte für die SEW Vorbildfunktion, auch wenn dies in den 80er Jahren weniger deutlich ausformuliert wurde als im Jahre 1974:

„Was in der DDR die Werktätigen unter Führung ihrer revolutionären Partei erreicht haben - die Entmachtung der Großbourgeoisie, die Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, die Überführung der entscheidenden Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, die Errichtung der Arbeitermacht -, das ist auch das Endziel im Kampf gegen die Ausbeuterordnung in Westberlin.“<sup>44</sup>

Als orthodoxe kommunistische Partei verstand sich die SEW als Teil der „Kommunistischen Weltbewegung“, die von der KPdSU angeführt werde. Ihre treue Ergebenheit gegenüber der KPdSU betonte sie immer wieder, der Sozialismus in der Sowjetunion war unbestrittenes Vorbild für die GenossInnen im Westen. Die Haltung zur UdSSR wurde gemäß des Thälmannschen Duktus immer wieder zum „Prüfstein für jeden Kommunisten“ erklärt.<sup>45</sup> Auf dem außerordentlichen Parteitag 1969, auf dem die Westberliner SED-GenossInnen ihre Partei in SEW umbenannten, erklärte ihr Vorsitzender Gerhard Danelius:

„Das Kriterium für einen wahren Revolutionär ist sein Verhältnis zur KPdSU und zur großen Sowjetunion.“<sup>46</sup>

## **Dissonanzen im kommunistischen Lager in den 70er und 80er Jahren**

Die Vorbildfunktion der UdSSR wurde seitens der KPdSU erst 1987 von Gorbatschow aufgehoben. Doch schon zuvor waren zwischen den kommunistischen Parteien in Ost- und Westeuropa Dissonanzen aufgetreten. Aus ihrer Kritik an den Vorgängen in den sozialistischen Staaten (Stalinismus und seine unzureichende Aufarbeitung, Menschenrechtsverletzungen, Niederschlagung der Aufstände in Ungarn 1956, in Prag 1968 etc.) heraus entwickelten einige kommunistische Parteien in Westeuropa

SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117.

<sup>44</sup> Frank Stern, in: Die Wahrheit, 7.3.1974, zitiert nach: Die SEW, a.a.O., S. 78.

<sup>45</sup> Vgl. Die SEW, a.a.O., S. 54-63.

<sup>46</sup> Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der SEW am 15.2.1969, Berlin 1969, S. 110 f., zitiert nach: Die SEW, a.a.O., S. 55.



- vor allem in Italien, Frankreich und Spanien - im Verlauf der 70er Jahre einen in vielen Punkten zu Moskau konträren Standpunkt, wobei sie auf national eigenständige Wege zum Sozialismus setzten. Schlagwort für diese Richtung wurde der „Eurokommunismus“. Zentral für das eurokommunistische Programm war die Akzeptierung der politischen Demokratie und des Pluralismus als prinzipielle Werte.<sup>47</sup>

Die orthodoxen kommunistischen Parteien in Westeuropa, d.h. die Parteien, die sich weiterhin an der KPdSU orientierten, entwickelten sich dagegen immer mehr zu politischen Sekten im westeuropäischen Parteienspektrum.<sup>48</sup> Die eurokommunistischen Bestrebungen wurden von ihnen als „Antisowjetismus“ und „Antikommunismus“ betrachtet - zu demokratischen Reformen waren sie nicht bereit.<sup>49</sup>

Auch die SEW blieb bis zum Schluß „auf Linie“. Die SEW-Parteispitze rechtfertigte die Ausbürgerung Biermanns aus der DDR und die Inhaftierung des Kritikers Rudolf Bahro, sie befürwortete den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan und den Bau von Atomkraftwerken in der DDR. Als sich schließlich 1979/80 in den eigenen Reihen eine Gruppe von ReformernInnen zusammenfand (die sog. „Klarheit“-Fraktion), die sich in ihrer Kritik maßgeblich auf Gedanken aus dem eurokommunistischen Lager stützten, reagierte der SEW-Parteivorstand mit Parteiausschlüssen und lancierte Behauptungen, die KritikerInnen würden dem Westberliner Verfassungsschutz nahestehen.<sup>50</sup>

<sup>47</sup> Vgl. ausführlich zum Eurokommunismus: Annäherungen an den Sozialismus. Strategien eines dritten Weges zum Sozialismus, hrsg. von Joachim Bischoff und Jochen Kreimer, Hamburg 1980; Karin Priester: Hat der Eurokommunismus eine Zukunft? Perspektiven und Grenzen des Systemwandels in Westeuropa, München 1982.

<sup>48</sup> Vgl. dazu ausführlich: Klaus Kellmann: Die kommunistischen Parteien in Westeuropa. Entwicklung zur Sozialdemokratie oder Sekte? Stuttgart 1988.

<sup>49</sup> Vgl. z.B. den Aufsatz: „Antileninismus ohne Perspektive. Das bürgerliche Gerede vom ‚Eurokommunismus‘“, in: Konsequent 7/1977.

<sup>50</sup> Vgl. dazu ausführlich Kap. 4.1.

## Die SEW als marxistisch-leninistische Kaderpartei

Durch ihre feste Einbindung in die „kommunistische Weltbewegung“ und die immer stärkere ideologische Ausrichtung an der SED nach dem Auftreten Gorbatschows in der UdSSR erwies sich die SEW-Führung unfähig, auf Kritik angemessen zu reagieren. Zusätzlich bedingte das traditionelle Organisationsprinzip der SEW die starren Reaktionsschemata der Partei: eine demokratische Willensbildung wurde durch den organisatorischen Aufbau der SEW gemäß der Leninschen Lehre und durch die allseits geforderte Parteidisziplin wirksam verhindert.

Auch nach ihrer akuten Existenzbedrohung und dem Schwinden des starken Antikommunismus in West-Berlin behielt die SEW parteiinterne Umgangsformen bei, als arbeite sie in der Illegalität oder müsse jeden Moment damit rechnen, verboten zu werden.<sup>51</sup> Selbst einige Mitglieder des Parteivorstandes, des Büros und des Sekretariats hatten keine Kenntnis über die tatsächliche Mitgliederstärke der Partei, über die Auflage und Verbreitung der Zeitung oder gar über die Höhe der finanziellen Zuwendungen durch die SED.<sup>52</sup>

Auch das politische Vokabular der SEW war von Metaphern der unmittelbaren Bedrohung durchsetzt. Bis zum Ende der 80er Jahre tauchten politische Konkurrenten stets diffus als „der Gegner“ auf, was zumeist gleichbedeutend war mit „dem Klassenfeind“. Auch innerparteiliche Konflikte wurden stets nach dem Schema „Entweder mit oder gegen die Partei“ abgehandelt, KritikerInnen wurden zu Parteifeinden erklärt, die durch den „Gegner“ beeinflusst worden seien.<sup>53</sup>

<sup>51</sup> Vgl. „Ideologische Beratung in Kreuzberg“, Die Wahrheit, 19.1.1989.

<sup>52</sup> Dies bestätigten mir auch meine GesprächspartnerInnen.

<sup>53</sup> So sagte der Parteivorsitzende Horst Schmitt beispielsweise in einer Rede zur „Klarheit“-Fraktion: „Es ist kein Zufall, daß der Gegner seinen Hauptstoß immer gegen unsere Partei richtet. In uns sieht er, unabhängig von unserer zahlenmäßigen Stärke, die konsequent marxistisch-leninistische Kraft, die ihm gefährlich werden kann.“ Vgl. „Schlußwort des Genossen Horst Schmitt auf der 16. Tagung des Parteivorstandes am 6.6.80“, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 511. Auch anlässlich des Reaktorunglücks in Tschernobyl sieht Schmitt den „Gegner“ am Werk: „Die vom Gegner in diesem Zusammenhang entfachte Hysterie erzielte (...) nicht die von ihm erwünschte Wirkung. Es ist dem Gegner nicht gelungen, aus der Havarie eine antisowjetische Kampagne zu entwickeln.“ Abteilung IPW: „Informati-

Bis zum Schluß lehnte die SEW-Führung jedes Rütteln an den Prinzipien des demokratischen Zentralismus ab, noch auf dem letzten regulären Parteitag 1987 betonte der SEW-Parteivorsitzende Horst Schmitt, die Partei stünde fest „auf dem Boden der Leninschen Parteiprinzipien“.<sup>54</sup>

Höchstes Organ der SEW war der *Parteitag*, der in der Regel alle zwei Jahre stattfand.<sup>55</sup> Er wählte den Parteivorstand, den Parteivorsitzenden und seine Stellvertreter sowie die Revisionskommission. Er faßte Beschlüsse über die Politik der Partei, über das Parteiprogramm, das Statut, die Beitragsordnung, die Schiedsgerichtsordnung, die Auflösung der Partei sowie die Verschmelzung mit anderen Parteien.<sup>56</sup> Zwischen den Parteitagen war der *Parteivorstand* das höchste Organ der Partei. Er leitete ihre gesamte Tätigkeit. Die große Mitgliederzahl und die seltenen Sitzungen (in der Regel alle drei Monate) relativierte die ihm im Statut beigemessene Bedeutung. Seine Tätigkeit beschränkte sich im wesentlichen darauf, Beschlüsse zu fassen, denen Vorlagen des Büros oder Sekretariats zugrunde lagen. Das *Büro* und das *Sekretariat* des Parteivorstandes waren die eigentlichen Führungs- und Entscheidungsgremien der Partei.

Diese Organisationsform basiert auf dem von Lenin entwickelten Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, nach dem

- alle leitenden Organe von unten nach oben gewählt werden („demokratisch“),
- Beschlüsse höherer Organe für die jeweils niedrigeren Organe verbindlich sind („zentralistisch“),
- die einzelnen Parteiorgane regelmäßig Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegen müssen,
- die Mitglieder absolute Parteidisziplin zu wahren haben und

on über ein Gespräch des Genossen Gunter Rettner mit Genossen Horst Schmitt am 30. Mai 1986“, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/ 2.035/ 117, S. 4.

<sup>54</sup> Vgl. Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SEW, Berlin 1987 (im folgenden: Protokoll des VIII. Parteitages, a.a.O.), S. 70.

<sup>55</sup> Vgl. zu den folgenden Angaben über den Aufbau der Partei: Die SEW, a.a.O., S. 24-27.

<sup>56</sup> Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1984, S. 2267.

- sich die Minderheit der Mehrheit unterwirft.<sup>57</sup>

Die Festlegung der politischen Linie erfolgt in orthodoxen kommunistischen Parteien von oben. Durch den „wissenschaftlichen“ Charakter ihrer Weltanschauung beansprucht die Parteiführung dabei absolute historische Wahrheit und Unfehlbarkeit: Nur die marxistisch-leninistische „Partei neuen Typs“ könne erkennen, was die „objektiv richtigen“ politischen Ziele und Strategien seien, da sie mit Hilfe des Marxismus-Leninismus politische Situationen „richtig“ interpretieren und „objektiv“ entscheiden könne, was zu tun sei. Mit diesem Argumentationsmuster konnten KritikerInnen innerhalb der SEW immer wieder mundtot gemacht werden:

„Wo ‚richtige‘ Entscheidungen gefällt werden können, sind Minderheitsmeinungen regelrecht unlogisch; sie kann es eigentlich, nachdem ein Beschluß gefaßt worden ist, nicht mehr geben, denn der Beschluß ist richtig und muß dadurch ‚überzeugen‘.“<sup>58</sup>

Die Mitwirkung „von unten“ an Entscheidungsfindungen kann deshalb nur stattfinden, solange einzelne Aspekte der politischen Linie noch nicht festgelegt sind. Sind erst einmal Beschlüsse gefaßt, sind diese für die Mitglieder absolut verbindlich und können nicht mehr durch einen Willensbildungsprozeß von unten nach oben korrigiert werden.

Da die „Einheit der Partei“ im Vordergrund des Selbstverständnisses kommunistischer Parteien steht, erstarren parteiinterne Diskussionen schnell zur Demonstration der Geschlossenheit des Parteiwillens. Obwohl es laut Statut der SEW zu den Rechten und Pflichten der Parteimitglieder gehörte, „Kritik zu üben, offen Mängel in der Arbeit aufzudecken und sich für deren Beseitigung einzusetzen“,<sup>59</sup> konnte weder in der „Wahrheit“ noch auf den Parteiveranstaltungen Kritik an der politischen Linie der Führungsgremien geäußert werden.

So sollte sich die Zustimmung der SEW-Basis zur Strategie der Parteiführung beispielsweise in der möglichst einstimmigen Beschlußfassung

<sup>57</sup> Die SEW, a.a.O., S. 30.

<sup>58</sup> Helmut Bildein / Sepp Binder / Manfred Elsner / Hans-Ulrich Klose / Ingo Wolkenhaar: Organisierte Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. DKP - SDAJ - MSB Spartakus, KPD/KPD(ML)/KBW/KB, Opladen 1977, S. 28.

<sup>59</sup> Statut der SEW, abgedruckt in: Waldman, a.a.O., S. 216.

auf Parteitagungen ausdrücken.<sup>60</sup> Das Verständnis von Parteidisziplin ging bis in die frühen 80er Jahre hinein so weit, daß Parteitagsreden von den Delegierten zuvor mit dem jeweiligen Kreisvorsitzenden abgesprochen werden mußten, wobei jeder parteikritische Gedanke aus den Manuskripten getilgt wurde.<sup>61</sup> Auch die Diskussionsbeiträge auf Parteivorstandssitzungen waren von vornherein abgestimmt.<sup>62</sup> Um die Geschlossenheit der Partei zu versinnbildlichen, wurden selbst Austritte kritischer Mitglieder aus der SEW in Ausschlüsse umgemünzt.<sup>63</sup> Parteidisziplin bedeutete für die Parteispitze die rückhaltlose Anerkennung und Durchsetzung der politischen Linie der übergeordneten Gremien durch die Mitglieder. Kritik am Politikstil der SEW war nicht erwünscht, obwohl es im Statut weiter hieß: „Parteimitglieder, die Kritik unterdrücken oder die Unterdrückung der Kritik dulden, sind zur Verantwortung zu ziehen.“<sup>64</sup> Bildeten sich innerhalb der Partei dennoch Gruppen, die die politische Linie der Partei kritisierten, galt dies bereits als Fraktionsbildung, welche als Verstoß gegen die Parteidisziplin gewertet wurde.<sup>65</sup> Kritik an den Leitungsgremien war seitens der Mitgliedschaft nur noch in versteckter Form möglich. Die Wahlen zum Parteivorstand wurden z.B. von unzufriedenen Delegierten als Möglichkeit genutzt, an einzelnen FunktionärInnen Kritik zu üben: In der Regel sollten die vorgeschlagenen GenossInnen möglichst einstimmig gewählt werden. Es kam aber gerade gegen Ende der 80er Jahre immer öfter dazu, daß Delegierte einzelne

<sup>60</sup> Stimmt ein Gremienmitglied dennoch gegen eine Vorlage, wurde ihm nahegelegt, es solle die Entscheidung doch noch einmal überdenken. So berichteten es ausgetretene Vorstandsmitglieder 1980 im Interview: „Ausgetreten! Und wie soll es jetzt politisch weitergehen?“, Die Neue, 7.6.1980.

<sup>61</sup> Martin Buchholz: „Vor dem V. Parteitag: Nicht jammern und picheln“, berliner EXTRAdienst, 15.4.1977.

<sup>62</sup> So Ernst Welters im Gespräch mit der Autorin.

<sup>63</sup> So z.B. 1961, als es nach dem Mauerbau zu einer Austrittswelle kam (vgl. Fricke, a.a.O., S. 375) oder 1980 im Rahmen des Austritts der „Klarheit“-Fraktion (vgl. dazu Kap. 4.1.).

<sup>64</sup> Statut der SEW, a.a.O., S. 216.

<sup>65</sup> „Die Bildung von Fraktionen ist in der Partei nicht zulässig und mit der Mitgliedschaft in der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins nicht vereinbar.“ Statut der SEW, a.a.O., S. 218. Mit dieser Argumentation wurden beispielsweise 1980 die Mitglieder der „Klarheit“-Fraktion aus der SEW ausgeschlossen.

KandidatInnen vom Wahlzettel strichen. So erhielt beispielsweise Heinz Grünberg, der Chefredakteur der „Wahrheit“, auf dem Parteitag 1987 nur 296 von 422 Stimmen, nachdem von den Delegierten massive Kritik an der Art der Berichterstattung der „Wahrheit“ vorgebracht worden war<sup>66</sup> - ein verheerendes Ergebnis im Vergleich zu den anderen KandidatInnen, die - mit nur sieben Ausnahmen - stets über 400 Stimmen erhielten.<sup>67</sup> Die nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgebaute Struktur der SEW konnte also zu keiner Zeit wirklich demokratisch genutzt werden, sondern diente in aller Regel lediglich dazu, Beschlüsse der Parteispitze zentralistisch von oben nach unten durchzustellen. 1990 mußte sich auch der Parteivorstand eingestehen, daß in der SEW „Prozesse in der Regel zentralistisch, nur in Ausnahmefällen demokratisch abliefen.“<sup>68</sup> Alle Macht lag beim innersten Führungszirkel der SEW, welcher wiederum vollkommen abhängig war von der SED.

### **3.2. Von der SED zur SEW - Historische Entwicklung bis zur formalen Trennung der Parteien**

„Der Prozeß der Ablösung von der SED, die Ausarbeitung einer selbständigen Politik hat sich nie mit Konsequenz vollzogen, sie war auch von seiten der SED nicht gewollt.“<sup>69</sup>

Die SEW ist keine originär Westberliner Partei, sondern entstand im Verlauf der deutschen Teilung aus den Westberliner Bezirksorganisationen der SED: Im April 1946 fusionierten die KPD und die ostdeutsche SPD (unter massivem Druck der KPD und der Sowjetischen Militäradministration) zur SED. In den westlichen Sektoren Deutschlands und Berlins konnte sich die SPD dagegen der Vereinigung entziehen. Die Westalliierten wollten die SED in ihren Sektoren zunächst nicht zulassen, unter der Bedingung der Wiederezulassung der SPD im sowjetischen Sektor der Stadt wurde die SED jedoch im Mai 1946 in allen vier Sektoren Berlins aner-

<sup>66</sup> Vgl. dazu ausführlich: Kap. 4.2.

<sup>67</sup> Vgl. Protokoll des VIII. Parteitages, a.a.O., S. 288-290.

<sup>68</sup> Bericht des Parteivorstandes an den außerordentlichen Parteitag der SEW, a.a.O., S. 5.

<sup>69</sup> Ebd., S. 4.

kannt. Damit existierten in Gesamtberlin sowohl die SED als auch die SPD. In der umliegenden sowjetischen Besatzungszone dagegen gab es die SPD nicht mehr, in den Westzonen Deutschlands wiederum wurde die SED nicht anerkannt und auch eine Umbenennung der KPD in SED abgelehnt.<sup>70</sup>

Zunächst versuchte die SED, ihren Führungsanspruch auf demokratischem Wege durch Wahlen durchzusetzen. Von einer engen Anbindung an die Sowjetunion war im Gründungsauftrag der KPD nicht die Rede gewesen, statt dessen galt bis 1948 die „Ackermann-These“, nach der Deutschland einen eigenen Weg zum Sozialismus finden sollte. Bei den ersten Gesamtberliner Wahlen im Oktober 1946 konnte die SED jedoch entgegen ihrer Erwartung in keinem Sektor mehr Stimmen als die SPD erlangen, sie erhielt in Berlin nur 19,8 % der Stimmen, während die SPD mit 48,7 % die absolute Mehrheit nur knapp verfehlte.<sup>71</sup>

SED und SMAD mußten feststellen, daß sie ihre Macht nicht auf demokratischem Wege festigen konnten und daß ein einheitliches Deutschland unter kommunistischer Führung immer unwahrscheinlicher wurde. Deshalb wurde der zuvor propagierte „besondere deutsche Weg zum Sozialismus“ aufgegeben. Statt dessen wurde die SED im Zuge des sich verschärfenden Ost-West-Gegensatzes immer mehr an der KPdSU ausgerichtet und zu einer leninistischen Kaderpartei entwickelt.

Die Auseinandersetzung der Alliierten um die Zukunft Berlins (Einführung einer eigenen Währung für die Westzonen, Blockade West-Berlins durch die Sowjetunion) führte schließlich zur Spaltung der Stadt in zwei selbständige administrative Einheiten bis Ende 1948.<sup>72</sup> Die nachfolgenden Westberliner Wahlen in den Jahren 1948 und 1950 boykottierte die SED. Erst im Dezember 1954 nahm sie wieder an einer Westberliner Wahl teil und erhielt nur 2,7 % der abgegebenen Stimmen. Nach dem Chruschtschow-Ultimatum sank ihr Stimmenanteil sogar auf 1,9 % - die SED war in West-Berlin vom Stimmenanteil her bedeutungslos geworden und zog in ihrer Geschichte - auch nach ihrer Umbenennung in SEW -

<sup>70</sup> Horst Schmollinger /Richard Stöss: Die Parteien und die Presse der Parteien und Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1974, München 1975, S. 250.

<sup>71</sup> Die SEW, a.a.O., S. 18.

<sup>72</sup> Vgl. dazu ausführlich: Peter Müller, a.a.O., S. 2244.

nie ins Westberliner Abgeordnetenhaus ein.<sup>73</sup> Die SED geriet in West-Berlin in eine absolute Minderheitsposition.

Das Chruschtschow-Ultimatum vom 27.11.1958 hatte für die SED allerdings nicht nur einen deutlichen Wählerückgang zur Folge: Bis zu diesem Zeitpunkt waren die SED-Parteigruppen in West-Berlin organisatorisch ein Teil der SED der DDR gewesen. Die Westberliner Kreisorganisationen wurden von der „Bezirksleitung Groß-Berlin“ angeleitet. Mit dem Berlin-Ultimatum und der ihm zugrundeliegenden „Drei-Staaten-These“ Chruschtschows änderte sich die sowjetische Berlin-Politik. Man ging nun von der Existenz dreier deutscher Staaten aus: neben der BRD und der DDR gebe es die „selbständige politische Einheit Westberlin“.

Daraus hatte die SED organisatorische Konsequenzen für den in West-Berlin arbeitenden Teil der Partei zu ziehen: schrittweise wurde dieser aus der SED herausgelöst. Zunächst wurde im April 1959 eine Westberliner Leitung geschaffen, die allerdings noch den Weisungen der SED-Bezirksleitung unterworfen war.<sup>74</sup>

Erst nach dem Mauerbau löste sich die Westorganisation offiziell von der SED-Bezirksleitung. Als sich die SED im Oktober 1962 ein neues Statut gab, nach dem nur noch BürgerInnen der DDR Mitglieder der SED werden konnten, war auch ein eigenes Statut für die Westberliner Partei unumgänglich geworden.<sup>75</sup> Am 24.11.1962 wurde auf der Delegiertenkonferenz der Westberliner Parteiorganisation das „Statut der SED-Westberlin“ (SED-W) angenommen. Nach diesem Statut war die SED-W eine unabhängige Partei und nicht mehr an die SED weisungsgebunden.<sup>76</sup> Der erste Parteitag der SED-W fand im Mai 1966 statt, auf ihm wurde Gerhard Danelius zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Er hatte zuvor schon die Westberliner Leitung der SED innegehabt. Auf einem außerordentlichen Parteitag im Februar 1969 wurde schließlich die Umbenennung der SED-W in SEW beschlossen. Damit hatte sich die SEW formal endgültig von der SED getrennt.

<sup>73</sup> Die SEW, a.a.O., S. 19-20

<sup>74</sup> Peter Müller, a.a.O., S. 2247.

<sup>75</sup> Fricke, a.a.O., S. 374.

<sup>76</sup> Ebd., S. 375.



### 3.3. „Die SEW: Ein Anhängsel der SED?“<sup>77</sup> - Das apparative Verhältnis von SED und SEW

„Tatsache ist, daß wir bisher allen Wendungen der offiziellen Politik der kommunistischen Parteien in den sozialistischen Ländern, vor allem der SED, unhinterfragt gefolgt sind.“<sup>78</sup>

Auch nach der offiziellen Trennung der SED-Parteiorganisationen in Ost- und West-Berlin blieben SED und SEW organisatorisch miteinander verbunden. Letztendlich agierte die SEW weiterhin wie eine Kreisorganisation der SED: Über konspirative Kanäle stimmte der innerste Führungszirkel der SEW seine gesamte Tätigkeit, die Strategie und Taktik der Partei, die Personalpolitik und die Berichterstattung des SEW-Zentralorgans „Die Wahrheit“ mit den Genossen in Ost-Berlin ab. Eine Abteilung des ZK der SED war die eigentliche Kommando- und Kontrollzentrale der SEW.

#### Der Anleitungssapparat im ZK der SED

Zuständig für die Anleitung und Kontrolle der SEW durch die SED war die Westabteilung des ZK (auch Abteilung 70 genannt), die 1984 in Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) umbenannt wurde. Leiter der Westabteilung war von 1973 bis 1985 Herbert Häber,<sup>79</sup> sein Nachfolger Gunter Rettner leitete die Abteilung IPW bis 1989.<sup>80</sup>

<sup>77</sup> So der Titel der Diplomarbeit von Osswald, a.a.O.

<sup>78</sup> „SEW-Mitglieder erklären: Die Sprachlosigkeit durchbrechen“, Die Wahrheit, 11./12.11.1989.

<sup>79</sup> Die Umstände der Ablösung Häbers durch Rettner sind noch nicht vollständig geklärt. Häber wurde offenbar aufgrund seiner liberalen Haltung im SED-Politbüro gemäßregelt, seines Amtes enthoben und in die Psychiatrie abgeschoben. Vgl. „Ein Mann für alle Fälle“, Der Spiegel 22/1997; Hannes Bahrmann, Christoph Links: Chronik der Wende, Berlin 1994, S. 139, 173 sowie das Spiegel-Interview mit Häber: „Was treibt der Genosse da?“, Der Spiegel 22/1997.

<sup>80</sup> Jürgen Schröder: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Baden-Baden/Ffm, S. 2300 und Jochen

Die Westpolitik der SED spielte sich im wesentlichen auf zwei Ebenen ab: Während das Politbüro und Sekretariat des ZK als zentrale Entscheidungsebene anzusehen ist, war die Westabteilung für konzeptionelle Vorarbeiten und die politische Umsetzung der ZK-Entscheidungen zuständig.<sup>81</sup> Die Westabteilung arbeitete nach den Vorgaben des Politbüros und des Sekretariats des ZK und stand in unmittelbarer Verantwortung eines Politbüromitglieds. In den 60er und 70er Jahren übernahm Albert Norden diese Funktion, in den 80er Jahren war Hermann Axen zuständig.

Enge Arbeitsteilung bestand mit der Abteilung Verkehr des ZK der SED, die für die Abwicklung technisch-organisatorischer Fragen zuständig war: Ihre Aufgabe war die umfassende Betreuung der Funktionäre der „Bruderparteien“ aus dem Westen während ihres Aufenthaltes in der DDR.<sup>82</sup> Dazu gehörte die Unterbringung in DDR-Ferienheimen, alle notwendigen Transporte durch einen eigenen Fahrdienst und die medizinische Betreuung führender Parteifunktionäre. Auch Fragen des vereinfachten Transitverkehrs der Genossen aus West-Berlin fielen in den Verantwortungsbereich der Abteilung Verkehr.<sup>83</sup>

Darüber hinaus stellte sie eine ständige Verbindung zwischen dem Parteivorstand der SEW und dem ZK der SED durch einen eigenen Kurierdienst sicher. Auch die wichtigsten Akten der SEW (Kaderakten, Unter-

Staat: Die Westarbeit der SED, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/ Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hg.): Lexikon des DDR-Sozialismus, Paderborn u.a. 1996, S. 686.

<sup>81</sup> Vgl. Jochen Staat: Versuche der Einflußnahme der SED auf die politischen Parteien der Bundesrepublik nach dem Mauerbau, in: Materialien der Enquete-Kommission, a.a.O., S. 2416.

<sup>82</sup> Hauptaufgabe der Abt. Verkehr war die Finanzierung der DKP. Dazu ausführlich: Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski: Werkzeuge des SED-Regimes, Abschlußbericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, hrsg. vom Deutschen Bundestag als: Zur Sache 2/1994, Bonn 1994, 5 Bände (im folgenden: Koko, a.a.O.), Bd. 1, S. 277-285.

<sup>83</sup> Vgl. Westabteilung: „Grundsätze für die Arbeit zur Unterstützung der SEW“, 20.2.1980, SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715 sowie das Dokument „Struktur und Aufgaben der Abteilung Verkehr“, abgedruckt als Dokument 34 in: Koko, a.a.O., Anlagenband 1, S. 300-308.

lagen der Parteischiedskommission) wurden in der DDR unter Aufsicht der Abteilung Verkehr archiviert.<sup>84</sup>

Schließlich ist noch die ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe unter Heinz Wildenhain zu nennen, die für die Finanzierung der SEW zuständig war und auch die Druckerei der „Wahrheit“, das Druckhaus Norden „betreute“.<sup>85</sup> Auf die Verwendung der SED-Finanzmittel durch die SEW hatten weder die ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe noch die Abteilung Verkehr Einfluß, hier war die Westabteilung/Abteilung IPW verantwortlich, die mit der politisch-ideologischen Steuerung der SEW beauftragt war.<sup>86</sup>

## Methoden der Anleitung

Grundlage der Anleitung und Kontrolle der SEW durch die SED bildeten neben den grundsätzlichen Beschlüssen des Politbüros und Sekretariats des ZK die alljährlich beschlossenen, detaillierten „Pläne der Zusammenarbeit zwischen der SED und der DKP/SEW“. An der Erarbeitung dieser Pläne waren die ZK-Abteilungen Verkehr, West, Kultur, Finanzverwaltung und Parteibetriebe sowie das Ministerium für Kultur beteiligt, abgestimmt wurden diese Pläne zudem mit weiteren Abteilungen des ZK, den SED-Bezirksleitungen sowie weiteren staatlichen Organisationen wie FDJ und FDGB.<sup>87</sup> Konkret wurde die Anleitung der SEW durch eine Vielzahl gemeinsamer Treffen gewährleistet, auf denen die SEW-Funktionäre mit den Standpunkten der SED bekannt gemacht wurden. Die „Grundsätze für die Arbeit zur Unterstützung der SEW“ aus dem Jahr 1980 beschreiben aus Sicht der SED die Zusammenarbeit mit der SEW wie folgt:

„Entsprechend den Beschlüssen und der bisherigen bewährten Praxis werden von der Westabteilung des ZK zur Unterstützung der SEW Aussprachen, Konsultationen, Seminare, Lehrgänge, Studiendelegationen, Referenteneinsätze sowie andere politische Maßnahmen vorbereitet und durchgeführt bzw. ihre Durchführung gesichert. Die Entscheidung

<sup>84</sup> Vgl. ebd., S. 301.

<sup>85</sup> KoKo, a.a.O., Bd. 1, S. 105 und 283-284. Zur Frage der Finanzierung der SEW durch die SED siehe ausführlich Kap. 3.4.

<sup>86</sup> Vgl. KoKo, a.a.O., S. 105.

<sup>87</sup> Schröder, a.a.O., S. 2302 und Hans-Peter Müller, a.a.O., S. 1874.

über die entsprechenden Pläne trifft in Absprache mit dem Parteivorstand der SEW sowie in Abstimmung mit dem zuständigen Sekretär des ZK der Leiter der Westabteilung. (...) Wie bisher werden diese Aktivitäten in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand des FDGB, dem Zentralrat der FDJ, dem IPW, der Akademie für Gesellschaftswissenschaften sowie den Bezirksleitungen der Partei durchgeführt.“<sup>88</sup>

Die Palette möglicher Eingriffsinstrumentarien war also breit gefächert. Dennoch gaben diese Treffen zwischen SEW- und SED-Vertretern nur einen groben Rahmen für die Führung der SEW durch die SED an. Die tatsächliche Anleitung der SEW lief vor allem über regelmäßige persönliche Kontakte zwischen der SEW-Führungsspitze und dem Leiter der Westabteilung. Moreau berichtet von täglichen Konsultationen:

„Geographisch und organisatorisch umschlossen vom Gebiet und dem System des ‚real existierenden Sozialismus‘, war diese Partei der ständigen und direkten Kontrolle des SED-Apparates unterworfen. Die Führungskräfte der SEW gingen deswegen praktisch jeden Tag über die Grenze und stimmten jegliche Parteiaktivität in Westberlin mit den taktischen und ideologischen Vorgaben der SED ab.“<sup>89</sup>

Nach Akteneinsicht erscheint diese Angabe als überhöht. Vieles wurde brieflich geregelt, durch den Kurierdienst der Abteilung Verkehr stand der Parteivorstand der SEW in ständigem Kontakt mit der Westabteilung.<sup>90</sup> Unbestreitbar hat es jedoch sehr regelmäßige „Konsultationen“ zwischen der Westabteilung und führenden Mitgliedern der SEW gegeben. Der Parteivorsitzende der SEW oder Delegationen des SEW-Parteivorstandes trafen sich regelmäßig auch mit dem SED-Generalsekre-

<sup>88</sup> Westabteilung: „Grundsätze für die Arbeit zur Unterstützung der SEW“, 20.2.1980, SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715. „IPW“ steht hier für das „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft“, der zentralen DDR-Forschungsstätte über die Politik und Wirtschaft der Bundesrepublik. Es wurde 1971 gegründet und wurde von der Westabteilung angeleitet. Vgl. Staadt 1995, a.a.O., S. 2419.

<sup>89</sup> Patrick Moreau: Krisen und Anpassungsstrategien der kommunistischen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 46-47/1990, S. 50.

<sup>90</sup> „Die Post des Parteivorstandes der SEW geht auf dem bisher üblichen kurzen Weg an den Leiter der Westabteilung des ZK der SED.“ Aus: Westabteilung: „Grundsätze für die Arbeit zur Unterstützung der SEW“, 20.2.1980, SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

tär Erich Honecker oder mit dem für die Zusammenarbeit mit der SEW zuständigen ZK-Sekretär für Internationale Politik, Hermann Axen. Diese Treffen wurden von der SED dazu genutzt, auch in kritischen Situationen den SEW-GenossInnen möglichst schnell den Standpunkt der SED zu vermitteln, so z.B. anlässlich der Biermann-Ausbürgerung<sup>91</sup> oder zur Solidarnosc-Bewegung in Polen.<sup>92</sup> Auch mit anderen Parteiorganisationen wie z.B. der Chefredaktion der „Wahrheit“ oder einzelnen Kreisvorständen gab es regelmäßige „Treffen“, „Arbeitsgespräche“ und „Besuche“.<sup>93</sup> Dabei galt jedoch der Grundsatz, daß

„ohne Zustimmung des Vorsitzenden der SEW, Genossen Horst Schmitt, niemand befugt ist, den Parteivorstand der SEW, die Kreisvorstände, die Redaktion ‚Die Wahrheit‘ oder andere mit der SEW verbundene Einrichtungen bzw. Organisationen aufzusuchen.“<sup>94</sup>

Der Kontakt der SEW mit der SED war also hoch selektiv und zentralistisch kontrolliert, nicht einmal alle Mitglieder des Parteivorstandes

<sup>91</sup> „Als der Gegner die Provokation mit Biermann gegen unsere Republik startete, habe ich Gerhard [Danelius] zu einem Treffen gebeten, um ihn unverzüglich mit dem Standpunkt unserer Partei bekannt zu machen und eventuell über Fragen der Argumentation zu sprechen, so wie das mit den Genossen der DKP geschehen ist.“ Hausmitteilung Herbert Häbers an Erich Honecker, 21.12.1976, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 510.

<sup>92</sup> Vgl. Schreiben Herbert Häbers an Horst Schmitt, 7.1.1981, SAPMO-BArch, DY 30/ vorl. SED 26712.

<sup>93</sup> Diese Kontakte wurden intensiver, wenn es die politische Lage erforderte. So nahm z.B. vor der Wahl 1975 innerhalb der Westabteilung „eine kleine Agitationsgruppe die Arbeit [auf] (...), die täglich Argumentationen bzw. Informationsmaterial für den Wahlkampf der SEW erarbeitet.“ (Hausmitteilung Herbert Häbers an Erich Honecker, 15.1.1975, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 510.) Zwei Monate später berichtete die Westabteilung über diese Arbeit: „Mit Hilfe des IPW haben wir in den zurückliegenden Monaten fast täglich Materialien über die Lage in Westberlin, Ausarbeitungen zu innerstädtischen Problemen sowie Argumentationen zur Verfügung gestellt, die in großem Umfang insbesondere in der ‚Wahrheit‘ Verwendung fanden.“ (Hausmitteilung Herbert Häbers an Erich Honecker, 11.3.1975, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 510)

<sup>94</sup> Westabteilung: „Grundsätze für die Arbeit zur Unterstützung der SEW“, 20.2.1980, SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715. In dringenden Ausnahmefällen entschied der Leiter der Westabteilung (ebd.).

wußten von der totalen Abhängigkeit der SEW von ihrer Mutterpartei.<sup>95</sup> Die Parteibasis erfuhr in aller Regel erst 1989 von der Anleitung der SEW durch die SED.

### **Konfliktvermeidung und Gehorsam der SEW-Parteiführung**

In gewisser Weise wurde die SEW also auch nach der formalen Ablösung von ihrer Mutterpartei nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus angeleitet. Die SEW-Spitze besaß kaum eigenen Handlungsspielraum, regelmäßig wurden Spitzenkader zu Konsultationen mit der Westabteilung oder den zuständigen Politbüromitgliedern bzw. dem Generalsekretär Erich Honecker persönlich gebeten. So beeinflusste die SED die Politik der SEW in einem Ausmaß, das die Souveränität der Westberliner Bruderpartei untergrub. Bis hinein in kommunalpolitische Entscheidungen bestimmte die SED die Politik der SEW.<sup>96</sup> Die SEW-Führung tat keine öffentliche Äußerung von gewisser Tragweite, wenn diese nicht vorher mit der Linie der SED abgestimmt worden war.

Die Beschlüsse des SED-Politbüros und die je nach strategischen und ideologischen Interessen der SED ausfallenden Entscheidungen der Westabteilung wurden allerdings selten als Anweisungen an die SEW weitergeleitet, sondern in „Empfehlungen“ verkleidet. Die SEW-Führung ihrerseits mußte in der Regel von der SED nicht mit Druck auf Linie gebracht werden, sondern stand für ihre Anleitung aus Ost-Berlin auf Abruf bereit.<sup>97</sup>

<sup>95</sup> Vgl. „Das lange, lange Sterben der SEW“, die tageszeitung (im folgenden: taz), 19.2.1989.

<sup>96</sup> 1975 hieß es seitens der SED: „Es ist unsere Absicht, (...) in verstärktem Maße Hilfe bei der Entwicklung einer kontinuierlichen Kommunalpolitik der Partei zu geben.“ Hausmitteilung Herbert Häbers an Erich Honecker, 11.3.1975, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 510.

<sup>97</sup> Vgl. Schreiben Inge Koppes an die Abt. IPW, 18.12.1984: „Soeben ist uns die Pressemitteilung des DGB-Landesvorstandes Berlin auf den Tisch gekommen und es stellt sich die Frage, wie wir damit umgehen. Klaus Feske ist bereit zu einem Gespräch. Laßt uns bitte Bescheid kommen, wann und wo er sich einfinden soll, damit wir dementsprechend für unsere morgige Presse reagieren können.“ SAPMO-BArch, DY 30/ vorl. SED 37065.

Schon im Vorfeld wichtiger Entscheidungen suchten führende Mitglieder des Parteivorstandes der SEW die SED-Führung in Konsultationen und Abstimmungsgeprächen auf, um von vornherein jegliches Konfliktpotential zu unterbinden.<sup>98</sup> Unterwürfig erbatene die Westberliner GenossInnen „Ratschläge“ und „Hilfen“ - es entwickelte sich ein Stil des devoten Anleitungserbittens. So schickte beispielsweise der SEW-Parteivorsitzende Horst Schmitt an Erich Honecker den Wahlaufwurf der SEW zu den vorgezogenen Neuwahlen 1981 und schrieb dazu:

„Dieser Entwurf ist selbstverständlich in engster Zusammenarbeit mit den Genossen der Abteilung 70 entstanden. Falls Du Ratschläge oder Hinweise zum Wahlaufwurf hast, wäre ich Dir sehr dankbar. Ansonsten würden wir - Deine Zustimmung zu dem Wahlaufwurf vorausgesetzt - den Entwurf so vom Parteivorstand beschließen lassen und dann recht schnell in die Öffentlichkeit geben.“<sup>99</sup>

Wahlprogramme und andere zentrale Parteidokumente der SEW wurden für gewöhnlich dem Generalsekretär persönlich vorgelegt. Das Verfahren sah dabei in der Regel so aus, daß die SEW gemeinsam mit der Westabteilung ein Konzept erarbeitete, welches dann mit Bitte um Zustimmung bzw. Änderungswünsche Honecker vorgelegt wurde.<sup>100</sup> So übermittelte Horst Schmitt beispielsweise das Wahlprogramm der SEW für die Wahlen 1979 an Honecker mit der Bitte um Zustimmung, obwohl dieses bereits vom Parteivorstand der SEW beschlossen worden war. Schmitt war aber von der Westabteilung angemahnt worden:

<sup>98</sup> Dies stellt Müller auch für die DKP fest in: Hans-Peter Müller, a.a.O., S. 1875-1876 und 1914.

<sup>99</sup> Schreiben Horst Schmitts an Erich Honecker, 31.3.1981, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 511.

<sup>100</sup> Dieses Vorgehen ist nachweisbar für:

- das Wahlprogramm 1967 (vgl. Landesarchiv Berlin, BPA/ SEW 79);
- die Wahlkampfplattform 1975 (vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ vorl. SED 26715);
- das Wahlprogramm 1979 (vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 510);
- die Veränderung der Präambel des Parteistatuts 1981 (vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 511);
- den Wahlaufwurf für die vorgezogenen Neuwahlen 1981 (vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 511)
- sowie das Wahlprogramm 1989 (vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.035/117).

„Auf jeden Fall müßte man die geplante Veröffentlichung erst vornehmen, wenn er [= *Erich Honecker*] sich dazu geäußert hat.“<sup>101</sup>

Schmitt schrieb daraufhin an Honecker:

„Wir haben das Programm in engem Zusammenwirken mit Genossen Herbert Häber [*dem Leiter der Westabteilung*] erarbeitet, in einer Reihe von Beratungen in der Partei als Entwurf diskutiert und die dabei von den Genossen gemachten Verbesserungsvorschläge berücksichtigt. Die vorliegende Fassung ist am 22.9.1978 einstimmig von der 8. Tagung des Parteivorstandes im Prinzip gebilligt worden. (...) Ich würde mich freuen, wenn Du trotz der Fülle der auf Dir lastenden Arbeiten in der Lage wärst, Dir kurzfristig das Programm anzusehen und mich wissen zu lassen, ob Du mit der vorliegenden Fassung einverstanden bist, wobei wir Dir für jeden Hinweis dankbar sind und ihn selbstverständlich vor der Veröffentlichung berücksichtigen.“<sup>102</sup>

Tatsächlich wurden Honeckers Korrekturen noch aufgenommen, obwohl das Programm schon vom SEW-Parteivorstand beschlossen worden war und wenige Tage später in Druck ging.<sup>103</sup>

Grundsätzlich waren auch personelle Änderungen an der Führungsspitze, teilweise aber auch in den Kreisvorständen mit der Westabteilung abzustimmen.<sup>104</sup> Die Vorbereitung der SEW-Parteitage wurde ebenfalls

<sup>101</sup> Schreiben Herbert Häbers an Horst Schmitt, 25.9.1978, SAPMO-BArch, DY 30/ vorl. SED 26715.

<sup>102</sup> Schreiben Horst Schmitts an Erich Honecker, 25.9.1978, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 510.

<sup>103</sup> Vgl. Schriftwechsel zwischen Schmitt und Häber, 25. und 26.9.1978, in: SAPMO-BArch, DY 30/ vorl. SED 26715. In der Regel wurde allerdings geschickter vorgegangen: die Zustimmung Honeckers zu einem wichtigen Parteidokument wurde eingeholt, bevor es zur Abstimmung im Parteivorstand kam.

<sup>104</sup> Als Horst Schmitt 1978 nach dem Tode Gerhard Danelius' den Parteivorsitz übernahm, waren diesem Schritt lange Diskussionen innerhalb der Westabteilung vorausgegangen. Zunächst war der erfahrene Dietmar Ahrens, stellvertretender Parteivorsitzende, für diesen Posten vorgesehen. Schließlich wurde auch noch die Zustimmung des ZK der KPdSU eingeholt. (Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 510)

Vgl. auch Hausmitteilung Herbert Häbers an Erich Honecker, 6.11.1984, worin Honecker um Zustimmung zur Neubesetzung des Vorsitzes im Kreis Charlottenburg und um Zustimmung zur Vertretung des erkrankten Horst



gemeinsam mit der Westabteilung durchgeführt.<sup>105</sup> In einigen Fällen wurden auch die Reden des Parteivorsitzenden in Zusammenarbeit mit der Westabteilung entworfen.<sup>106</sup> Wichtige Parteitagsreden korrigierte Honecker wiederum persönlich. So wurde beispielsweise der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag der SEW 1977 „mit umfangreicher Hilfe“ der Westabteilung fertiggestellt. Der damalige Parteivorsitzende, Gerhard Danelius, übermittelte ihn an Erich Honecker, dieser billigte den Entwurf. Schließlich wurde der Bericht noch einem Mitglied des ZK der KPdSU vorgelegt. Erst als auch von ihm ein Einverständnis vorlag - zwei Tage vor Beginn des Parteitages -, teilte die Westabteilung Danelius mit, daß der abgesprochene Bericht des Büros in der vorliegenden Fassung vor dem Parteitag gehalten werden könne.<sup>107</sup>

Es scheint, daß die ideologische Ausrichtung der SEW an der SED unter ihrem ersten Parteivorsitzenden, Gerhard Danelius, seitens der SEW-Funktionäre noch nicht ganz so devot vorangetrieben wurde. Aus einigen Aktenfunden könnte man herauslesen, daß sich Danelius eine Nuance

Schmitt durch seinen Stellvertreter Dietmar Ahrens gebeten wird. (SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 10.04/ 24)

<sup>105</sup> Vgl. Schreiben Herbert Häbers an Paul Verner, 19.12.1980, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 511.

<sup>106</sup> Dies ist nachweisbar für die Rede Danelius' für den Parteitag 1977 (vgl. SAPMO-BArch, DY 30 / J IV 2/ 202/ 510) und für die Parteitagsreden Horst Schmitts von 1981 (vgl. SAPMO-BArch, DY 30 / J IV 2/ 202/ 511) und 1984 (vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 10.02/ 18). Welche Unterwürfigkeit in diesem Verhältnis lag, mag folgendes Zitat beleuchten: „Genosse Schmitt (...) hat mich gebeten, Dir seinen herzlichen Dank zu übermitteln für Deine Grüße und Deine Vorschläge zum Rechenschaftsbericht. Er hält die empfohlenen und im jetzigen Text enthaltenen Ergänzungen für sehr wertvoll und empfindet sie als Bereicherung seiner Rede.“ Aus dem Schreiben Reinhard Klassens an Paul Verner, 7.5.1981, SAPMO-BArch, DY 30 / J IV 2/ 202/ 511.

<sup>107</sup> Zu diesem Vorgang vgl. den Schriftwechsel zwischen Häber und Honecker sowie Häber und Paul Verner im März und April 1977 in: SAPMO-BArch, DY 30 / J IV 2/ 202/ 510.

mehr Eigenständigkeit herausnahm.<sup>108</sup> Gerade im Vergleich zur DKP wurde von der SED die mangelnde „Zusammenarbeit“ der SEW beklagt.<sup>109</sup> Danelius verstarb 1978, sein Nachfolger Horst Schmitt band die SEW noch fester an die SED.<sup>110</sup> Schmitt bat bei Honecker selbst für Delegationsfahrten der SEW-Führungsriege in andere sozialistische Staaten formal um Erlaubnis und erfragte Hinweise, wie er auftreten und argumentieren sollte.<sup>111</sup> Hinterher lieferte er schriftlich detaillierte Berichte über seine Gespräche mit den Parteiführern der Bruderparteien bei Honecker ab.<sup>112</sup> Honecker wiederum griff seinerseits sehr viel mehr als sein

<sup>108</sup> So berichtet Häber 1976 in einem Schreiben an Honecker, daß er Danelius kurz nach der Biermann-Ausbürgerung zu einer Unterredung gebeten habe, um Danelius mit dem Standpunkt der SED bekannt zu machen. „Dieser Vorschlag blieb zehn Tage unbeantwortet. In der Zwischenzeit erschien aber ein Leitartikel in der Zeitung ‚Die Wahrheit‘ gegen Biermann, in dem zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR eine unklare Haltung eingenommen wurde. (...) Auch Absprachen im Zusammenhang mit der Umstellung der ‚Wahrheit‘ [auf ein neues Layout] wurden nicht eingehalten.“ Hausmitteilung Herbert Häbers an Erich Honecker, 21.12.1976, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 510.

<sup>109</sup> „Obwohl die andere Bruderpartei geographisch weiter entfernt wirkt, ist die konkrete Zusammenarbeit mit ihr viel besser und systematischer als mit der SEW. Das betrifft auch solche Probleme wie die Kenntnis von Unterlagen über wichtige Beratungen, Fragen der Kaderausbildung u.a.“, Hausmitteilung Herbert Häbers an Erich Honecker, 30.12.1975, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/510

<sup>110</sup> „Die beiden führenden Genossen der SEW [= Schmitt und Ahrens] äußerten die Absicht, künftig die Art der Zusammenarbeit so zu gestalten, wie das zwischen SED und DKP üblich ist und sich bewährt hat. Sie unterstrichen ihre Bereitschaft und Entschlossenheit, die Beziehungen zur Führung der SED in der entsprechenden Weise zu festigen und auszubauen.“ Hausmitteilung Häbers an Honecker, 1.6.1978, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/510. Und: „Im Zusammenwirken bei der Abfassung des Wahlprogrammes der SEW zeigte er [= Schmitt] sich wie bisher als sehr kooperationsbereit. Es bestehen meines Erachtens alle Voraussetzungen für die positive Weiterentwicklung der Zusammenarbeit.“ Westabteilung: „Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW“, 6.10.1978, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 510.

<sup>111</sup> Vgl. dazu die Akte SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 510.

<sup>112</sup> Vgl. dazu die Akte SAPMO-BArch, DY 30/ J IV J/ 84.

Vorgänger Ulbricht persönlich in die Anleitung der Bruderparteien im Westen ein.<sup>113</sup>

### **3.4. „SED-Bankschalter im Westen“<sup>114</sup> - Die finanzielle Abhängigkeit von SEW und „Wahrheit“**

„Was ich heute so alles über die Parteifinanzen und -machenschaften höre, das hätte ich vor zwei Monaten noch für eine Verleumdung des Klassenfeindes gehalten.“<sup>115</sup>

Das Ausmaß der finanziellen Abhängigkeit der SEW von der SED ist im Gegensatz zur Finanzierung der DKP durch die SED bislang so gut wie unerforscht. Mittlerweile sind aber zumindest einige Dokumente veröffentlicht, die Aussagen über das Ausmaß der Alimentation zulassen. Zuständig für die Finanzierung der SEW war die ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe unter Heinz Wildenhain. Auf seine Anweisung hin wurde 1989 ein Großteil der Akten der Abteilung vernichtet, das betrifft insbesondere die Unterlagen, die Auskunft über die Verwendung von Geldern für befreundete Parteien hätten geben können.<sup>116</sup> Deshalb ist die Beweislage bislang noch lückenhaft, dennoch kann schon jetzt zu Recht gesagt werden, daß die SEW in totaler finanzieller Abhängigkeit von der SED stand.

Ursprünglich sollten mit diversen, von Stroh Männern der SED getätigten Grundstückskäufen und den verdeckt für die SED arbeitenden Firmen vor allem die kontinuierliche Arbeit der Westberliner Parteiorganisationen und das regelmäßige Erscheinen der „Wahrheit“ in den Zeiten des Kalten Krieges gesichert werden. Nach dem Mauerbau sah sich die SED in

<sup>113</sup> Vgl. Hans-Peter Müller, a.a.O., S. 1915.

<sup>114</sup> So Götrick Wewer im Hinblick auf die DKP in: Kommunistische Unternehmungen in der Bundesrepublik. Eine wenig beachtete Finanzierungsquelle, in: Beiträge zur Konfliktforschung 1/1986.

<sup>115</sup> Äußerung eines Mitglieds des Büros des Parteivorstandes, nachdem auf dem außerordentlichen Parteitag der SEW im Februar 1990 die finanziellen Verstrickungen der Partei bekannt wurden. Zitiert nach: „Das lange, lange Sterben der SEW“, taz, 19.2.1989.

<sup>116</sup> Koko, a.a.O., Bd. 1, S. 284 und Schröder, a.a.O., S. 2301.

West-Berlin mit der Tatsache konfrontiert, daß Druckereien mit Repressalien des Berliner Senats rechnen mußten, hätten sie die „Wahrheit“ gedruckt. Zudem waren 1961 zunächst sämtliche Büros der SED in den Westbezirken der Stadt geschlossen worden.<sup>117</sup>

Aber auch, nachdem die Gefahr, die SEW könnte durch die Beschlagnahmungen ihres Vermögens vor dem finanziellen Aus stehen, nicht mehr akut bestand, unternahm die SEW-Führung keine Bemühungen, sich aus der finanziellen Abhängigkeit von der SED zu befreien und die SED-Firmen in das Eigentum der SEW zu überführen, um so eine von der Mutterpartei unabhängige Finanzierung der SED zu sichern.<sup>118</sup>

## Zwei Methoden der Finanzierung

Allen offiziellen Finanzberichten zum Trotz: Der Finanzhaushalt der SEW basierte maßgeblich auf Geldern der SED. Zwar veröffentlichte die „Wahrheit“ regelmäßig Listen mit den Namen von Spendern für die Partei, doch auch diese Übersichten stimmten nicht, denn die meisten der dort Genannten hatten das Geld für ihre Spende vorher von geheimer Hand zugesteckt bekommen.<sup>119</sup> Die Finanzierung der SEW durch die SED lief im wesentlichen über zwei Wege:

<sup>117</sup> Vgl. „SED-Büros in Westberlin geschlossen“, Tagesspiegel, 25.8.1961; „Polizeigewalt gegen Büros der Partei“, Neues Deutschland, 25.8.1961 und Fricke, a.a.O., S. 374. Die Büros konnten erst im Sommer 1962 nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts wieder geöffnet werden, vgl. Neues Deutschland, 19.6.1962.

<sup>118</sup> Vgl. Abschlußbericht der SEW-Untersuchungskommission, a.a.O.

<sup>119</sup> Ernst Welters berichtete im Gespräch mit der Autorin: „Das war ja keine Spende, die die SED bei uns abgegeben hat, sondern es war ein Koffer mit Geld, der einmal im Monat bei uns antanzte. Die Aufgabe von X [*Name ist der Autorin bekannt*] war es, die Spendenbescheinigungen unter 15.000 DM zu vermüllen.“ Das gleiche berichtet Peter Schütt für die DKP in: Die Musik bestimmt, wer bezahlt. Wie die SED die westdeutsche „Bruderpartei“ DKP finanziell gesteuert hat, in: Deutschland-Archiv 11/1990, S. 1721. In den Dokumentenbänden des Koko-Untersuchungsausschusses ist als Dokument 609 ein solcher Vorgang dokumentiert: Die Abteilung Verkehr zahlte einem DKP-Genossen 320.000 DM aus, diesen Betrag überwies er der DKP. Vgl. Koko, a.a.O., Anlagenband 3, S. 2470-2471.

## ! Etats

Zum einen stellte die SED ihrer „Bruderpartei“ in West-Berlin einen Etat zur Verfügung, der zum Teil verdeckt über Spenden, zum Teil über Geldkuriere an die SEW weitergeleitet wurde. Regelmäßig wurde aus den Rechenschaftsberichten der SEW deutlich, daß die Partei in übermäßiger Abhängigkeit von Spenden lebte. Der Rechenschaftsbericht 1988 gibt beispielsweise insgesamt Einnahmen von 12,8 Mio. DM an, davon 3,2 Mio. DM aus Mitgliedsbeiträgen und 8,5 Mio. DM aus Spenden.<sup>120</sup> 1989 hatte sich dieses Verhältnis noch mehr verschoben: bei Gesamteinnahmen von 13,3 Mio. DM resultierten 12,3 Mio. DM aus Spenden.<sup>121</sup>

Bei seiner Vernehmung vor dem Koko-Untersuchungsausschuß des Bundestages gab Heinz Wildenhain, Leiter der ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe, an, aus seinem Bereich seien jährlich Zuwendungen in Höhe von 12 bis 15 Mio. DM an die SEW geflossen. Zusätzliche Finanztransfers aus anderen Quellen mochte er nicht ausschließen.<sup>122</sup> Der „Gesamtvalutaplan“ seiner Abteilung verzeichnet 1984 Gesamtausgaben für die SEW in Höhe von 12,1 Mio. DM.<sup>123</sup> Für 1985 waren Ausgaben in einer Gesamthöhe von 12,6 Mio. DM vorgesehen.<sup>124</sup> 1986 wurden der SEW 12,4 Mio. DM „durch Barauszahlungen“ seitens der SED übermittelt, 1987 12,9 Mio. DM.<sup>125</sup> 1988 stieg dieser Betrag auf 14,1 Mio. DM an, und auch für das Jahr 1989 waren Ausgaben für die SEW in Höhe von 14,25 Mio. DM geplant.<sup>126</sup>

<sup>120</sup> Vgl. Rechenschaftsbericht der Revisionskommission beim Parteivorstand der SEW an den außerordentlichen Parteitag, unveröffentlicht [Berlin 1990], S. 14.

<sup>121</sup> Ernst Welters: „Zur Finanzsituation der SI“, in: SI-Forum Nr. 4, 22.6.1990.

<sup>122</sup> So Hans-Peter Müller, a.a.O., S. 1922.

<sup>123</sup> Vgl. Gesamtvalutaplan 1984, Dokument 610 in: Koko, a.a.O., Anlagenband 3, S. 2475.

<sup>124</sup> Vgl. Valutaplan 1985, Dokument 610 in: Koko, a.a.O., Anlagenband 3, S. 2473.

<sup>125</sup> Angabe für 1986: Hausmitteilung Heinz Wildenhains an Erich Honecker, 28.1.1987, Dokument 540 in: Koko, a.a.O., Anlagenband 2, S. 2181-2182; Angabe für 1987: Hausmitteilung Wildenhains an Honecker, 12.1.1988, Dokument 541 in: Koko, a.a.O., Anlagenband 2, S. 2183-2184.

<sup>126</sup> Vgl. Hausmitteilung Wildenhains an Honecker, 23.1.1989 nebst Anlage (Valutaplan für 1989), Dokument 537 in: Koko, a.a.O., Anlagenband 2, S. 2167-2171.

## ! Parteifirmen

Zum anderen existierten in mehreren westeuropäischen Ländern Firmen, die dem Bereich Kommerzielle Koordinierung unter Alexander Schalck-Golodkowski und damit der SED gehörten.<sup>127</sup> Die sogenannten „Parteifirmen“ der SED spielten eine wichtige Rolle bei der Finanzierung durch Spenden. Die erwirtschafteten Gewinne der Firmen kamen zum großen Teil der SED zugute, Teile der Einnahmen flossen aber auch an SEW bzw. DKP, indem die Firmen (direkt oder getarnt) Spenden an die Parteien tätigten: Sie übermittelten SED-Gelder in Spendenform an die SEW und beschäftigten SEW-Mitglieder in Scheinarbeitsverhältnissen. Als Geschäftsführer wurden in der Regel „verdiente Genossen der Bruderparteien“ eingesetzt.<sup>128</sup> Die Geschäftsführer waren weisungsgebunden und rechenschaftspflichtig gegenüber dem Bereich Kommerzielle Koordinierung.<sup>129</sup> Die SED-Firmen hatten damit im wesentlichen vier Funktionen:

„Sie gaben die legale Basis ab für die Beschäftigung hauptamtlicher Parteikader, sie sollten die legale Inserierung in der Parteipresse und anderen Publikationen und die legale Überweisung von Geldspenden an die Partei ermöglichen sowie erlauben, Bargeldtransaktionen für die Partei durch ausgewählte Firmenangestellte abzudecken.“<sup>130</sup>

Auch Sonderausgaben konnten über diese Firmen geregelt werden, wie ein im Rahmen des Koko-Untersuchungsausschusses veröffentlichtes Dokument belegt. Dort heißt es:

<sup>127</sup> Die sogenannten Parteifirmen waren seit 1976 dem Bereich Kommerzielle Koordinierung unterstellt. Davor war die Abteilung Verkehr zuständig. Vgl. Koko, a.a.O., S. 105.

<sup>128</sup> Vgl. dazu ausführlich: Koko, a.a.O., S. 235-248, 278-284.

<sup>129</sup> Vgl. „Ordnung für die einheitliche Leitung und Kontrolle der Tätigkeit der Firmen in der BRD und anderen kapitalistischen Ländern, die sich im Eigentum der SED befinden“, Dokument 142 in: Erste Beschlußempfehlung und erster Teilbericht des ersten Untersuchungsausschusses nach Art. 44 des Grundgesetzes (Koko-Ausschuß), Bundestagsdrucksache 12/3462, 14.10.1992, S. 1085.

<sup>130</sup> Hans-Peter Müller, a.a.O., S. 1921. Durch die im Zitat angesprochenen Inserate konnte die „Wahrheit“ beispielsweise in den 80er Jahren jährliche Einnahmen von 60.000 DM verbuchen. Vgl.: Valutaplan 1984 und Valutaplan 1985 (Dokument 610) sowie Valutaplan 1989 (Dokument 537), jeweils abgedruckt in: Koko, a.a.O., S. 2169 und 2473-2475.

„Auf Vorschlag der Bruderparteien, wie DKP, SEW u.a., werden diesen Parteien bestimmte Geschenke in Spendenform für Pressefeste, Parteitage usw. in Abstimmung mit der Abteilung Verkehr und des Staatssekretariats für Kommerzielle Koordinierung zur Verfügung gestellt.“<sup>131</sup>

## SED-Firmen in West-Berlin

In West-Berlin trat die SED wahrscheinlich vor allem über die „Organisation und Verwaltung Aktiengesellschaft“ (ORVAG AG) auf, einer Briefkastenfirma mit Sitz in Zürich.<sup>132</sup> Der Leiter der ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe, Heinz Wildenhain, besaß Aktien der ORVAG im Wert von ca. 5 Mio. DM.<sup>133</sup> Weitere Aktien hielt wohl auch der Generalbevollmächtigte der ORVAG, ein SEW-Mitglied, in seinen Händen.<sup>134</sup>

Über die ORVAG waren sowohl der Verlag als auch das Druckhaus der „Wahrheit“ in SED-Besitz: Die „Druckhaus Norden GmbH“ war bis 1989 eine hundertprozentige Tochter der „Zeitungsdienst Berlin Verlags- und Druckerei-Gesellschaft mbH“. Das Stammkapital des „Zeitungsdienstes“ war zu hundert Prozent im Besitz der ORVAG AG.

Zusätzlich besaß die ORVAG alle Geschäftsanteile der „Gründel Grundstücksgesellschaft mbH“. Die Gründel GmbH war sowohl Besitzerin des Grundstücks, auf dem sich das „Druckhaus Norden“, der „Zeitungsdienst“ und die „Wahrheit“-Redaktion befand, als auch Eigentümerin eines Grundstücks in Charlottenburg, auf dem der Parteivorstand der

<sup>131</sup> „Ordnung für die einheitliche Leitung und Kontrolle der Tätigkeit der Firmen in der BRD und anderen kapitalistischen Ländern, die sich im Eigentum der SED befinden“, Dokument 142 in: Erste Beschlußempfehlung und erster Teilbericht des ersten Untersuchungsausschusses nach Art. 44 des Grundgesetzes (Koko-Ausschuß), Bundestagsdrucksache 12/3462, 14.10.1992, S. 1085.

<sup>132</sup> 1990 erklärte der damalige PDS-Parteivorsitzende Gregor Gysi: „Es ist sicher, daß die ORVAG eine Tarnfirma der SED-PDS ist.“ So: „Die Millionenspur verliert sich in Zürich“, taz, 20.2.1990.

<sup>133</sup> Vgl. Koko, a.a.O., S. 284.

<sup>134</sup> Vgl. „Notiz für Dr. Gregor Gysi und Wolfgang Pohl vom 6.4.1990“, Dokument 620 in Koko, a.a.O., Anlagenband 3, S. 2526.

SEW seinen Sitz hatte. Schließlich verwaltete eine weitere hundertprozentige Tochtergesellschaft der ORVAG, die TVO (Treuhand-, Verwaltungs- und Organisationsgesellschaft mbH) die Grundstücke der Gründel GmbH. Die Geschäftsführer dieser Gesellschaften waren SEW-Mitglieder. So waren über die ORVAG AG der Verlag, die Druckerei und die Redaktion der „Wahrheit“ finanziell an die SED gebunden.<sup>135</sup>

## **Finanzierung in der Praxis**

Der Abschlußbericht der SEW-Untersuchungskommission schildert, wie die Finanzierung der SEW durch die SED via Parteifirmen ablief: so habe der „Zeitungsdienst“-Verlag für die Herstellung der „Wahrheit“ (inklusive redaktioneller Arbeiten) vom Parteivorstand der SEW - als Herausgeber der Zeitung - stets Pauschalsummen verlangt, unabhängig von der Zahl der beschäftigten RedakteurInnen. Auf den Rechnungen sei noch nicht einmal die Aufspaltung in Personal- und Sachkosten vorgenommen worden. Die Rechnungen seien stets ohne Prüfung von Einzelposten bezahlt worden. Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß diese Handhabe wohl nur dadurch erklärlich ist, daß es sich letztendlich nicht um SEW-eigene Gelder gehandelt habe, sondern um Finanzmittel, die die SED über ihre diversen Scheinfirmen der SEW zukommen ließ, und insofern von der SEW nur pro forma geprüft wurden.<sup>136</sup>

<sup>135</sup> Vgl. zu den tatsächlichen Eigentumsverhältnissen der angeblichen SEW-Firmen vor allem: Abschlußbericht der SEW-Untersuchungskommission, a.a.O.; „Die Millionenspur verliert sich in Zürich“, taz, 20.2.1990; „Die kapitalistischen Methoden der SED“, Die Welt, 15.12.1987. Die dargestellten Verhältnisse beziehen sich auf Mitte der 80er Jahre. Auch davor waren Verlag und Druckerei in der Hand der SED, allerdings über andere Kanäle: eine wichtige Rolle spielte die schwedische „Svenska Västfisk Export AB“, Tochter der ORVAG und Eigentümerin des Grundstücks von Verlag, Druckerei und Redaktion. Bis 1986 gehörte die Zeitungsdienst GmbH zudem nicht direkt der ORVAG, sondern der luxemburgischen „Gesellschaft für die Förderung des Presse- und Verlagswesens“. Geschäftsführerin dieser Gesellschaft war die ORVAG. Vgl. dazu: „Ost-Berlin und die internationalen Geldpfade“, Die Welt, 11.2.1984.

<sup>136</sup> Vgl. Abschlußbericht der SEW-Untersuchungskommission, a.a.O., S. 8-9.



Zudem importierte die SED die „Wahrheit“ in die DDR. Über den dortigen Postvertrieb wurden auch die anderen sozialistischen Staaten mit dem SEW-Blatt versorgt.<sup>137</sup> Diese Importe brachten der SEW jährliche Einnahmen von knapp 2 Mio. DM.<sup>138</sup> Gleichzeitig aber geriet die „Wahrheit“ dadurch in eine bedeutende finanzielle Abhängigkeit, die vor allem gegen Ende der 80er Jahre vom Chefredakteur bedacht werden mußte, nachdem die SED anhand der sowjetischen Zeitung „Sputnik“ gezeigt hatte, daß sie sich nicht scheute, auch Presseerzeugnisse der „Bruderparteien“ von ihrer Vertriebsliste zu nehmen.<sup>139</sup>

Über die Finanzen konnte die SED jederzeit korrigierend in die Politik der SEW eingreifen. Das hohe Ausmaß der finanziellen Unterstützung nahm der SEW jede Eigenverantwortung und stellte ihre Souveränität in Frage, denn über die Finanzen wurde der gesamte Parteiapparat der SEW erpressbar.

Die SED sah sich aber erst 1989 gezwungen, den finanziellen Hebel anzusetzen, um eine Demokratisierung der SEW zu verhindern. So soll die Existenz der „Wahrheit“ im Jahr 1989 mehrfach gefährdet gewesen sein, weil die SED-Führung drohte, die finanzielle Hilfe einzustellen.<sup>140</sup> Auch bei der Neukonzipierung der „Wahrheit“ spielte die finanzielle Abhängigkeit der Zeitung von der SED eine große Rolle. Ernst Welters, damals SEW-Sekretariatsmitglied, erinnert sich:

„In der Spätzeit hat man uns ganz knallhart gesagt, wenn wir die Zeitung nicht so machen, wie sie in Ostberlin gewünscht wird, dann gibt es keine Kohle mehr für die Zeitung. (...) Da wußten wir schon, daß höchstens 4.000 Ausgaben in Westberlin verkauft wurden bzw. abonniert waren, die Zeitung aber, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe, nahezu 400.000 DM im Monat in der Herstellung kostete. Von daher war klar, daß der Großteil der Finanzen für die Zeitung von der SED kam. Deshalb haben die natürlich auch weitestgehend gesagt, wie die Zeitung auszusehen hatte.“<sup>141</sup>

<sup>137</sup> Klaus-Dieter Heiser im Gespräch mit der Autorin.

<sup>138</sup> Vgl. Valutapläne 1984 und 1985 (Dokument 610) sowie Valutaplan 1989 (Dokument 537), in: Koko, a.a.O., S. 2169 und 2473-2475.

<sup>139</sup> So Klaus-Dieter Heiser im Gespräch mit der Autorin, vgl. Kap. 4.2.

<sup>140</sup> Vgl. dazu ausführlich Kapitel 3.5.

<sup>141</sup> Ernst Welters im Gespräch mit der Autorin.

Da die Finanzierung der SEW zudem projektbezogen mit der SED geregelt wurde, konnten mißliebige Initiativen der SEW behindert werden. Frauke Gundlach, SEW-Kreisvorsitzende in Charlottenburg, erinnert sich:

„Das Geld für die Gehälter war kein Problem. Da soll der Mann mit dem Koffer gekommen sein. Aber alles andere ging projektmäßig: Projekte, die sie gut fanden, dafür gab es Geld, und für die anderen eben nicht. Finanzpläne gab es offenbar nicht. Wenn ein Projekt politisch unbequem wurde, wurde mit dem Geld argumentiert: dann hieß es einfach, es sei kein Geld da. Wenn wir gesagt haben: ‚Gut, dann müssen wir insgesamt ein Limit kriegen oder einen Etat. Sagt uns doch, wieviel Geld zur Verfügung steht, damit wir planen können ...‘, gab es keine Diskussionen. Etatdiskussionen waren eigentlich auch nicht zu erwarten. Entweder kam ein Okay zu einem Projekt oder eben nicht. Oder man wurde hingehalten.“<sup>142</sup>

### **3.5. Unter ständiger Beobachtung - Anleitung und Kontrolle der „Wahrheit“**

„Die Linie der ‚Wahrheit‘ wurde nicht von der Redaktion entwickelt, sondern von der Partei und weitergehend dann natürlich auch von der SED.“<sup>143</sup>

Natürlich hatte die Abhängigkeit der SEW von der SED auch Auswirkungen auf die Arbeit der SEW-Zeitung „Die Wahrheit“. Gegründet als parteiinternes Mitteilungsblatt für die SED-Mitglieder im Westteil Berlins, wurde die „Wahrheit“ zunächst vollkommen selbstverständlich von der Berliner Bezirksleitung der SED angeleitet. Nach dem Mauerbau gab es diese Anleitung offenbar immer noch, wenn auch unter erschwerten Bedingungen.<sup>144</sup> Seit den 70er Jahren jedoch gelangten die Anweisungen der SED nur über den Parteivorsitzenden in die Redaktion. Direkte Anleitungskanäle von der Westabteilung zur Redaktion scheint es schon damals nicht gegeben zu haben.

<sup>142</sup> Frauke Gundlach im Gespräch mit der Autorin.

<sup>143</sup> Ernst Welters im Gespräch mit der Autorin.

<sup>144</sup> Vgl. Ellerbrock, a.a.O., S. 92-93.

Eine wichtige Rolle bei der freiwilligen Unterordnung der „Wahrheit“ unter die Parteilinie der SEW und im weiteren Sinne der SED spielte der Chefredakteur. Er achtete auf die Durchsetzung des Parteiauftrages in der Zeitung, alle entscheidenden Fragen liefen über seinen Tisch. Der „Wahrheit“-Chefredakteur wurde vom Parteivorstand der SEW in Abstimmung mit der SED ausgewählt.<sup>145</sup> Dabei war nur selten die journalistische Qualifikation ausschlaggebend, in den meisten Fällen hatten die Chefredakteure der „Wahrheit“ keine journalistische Ausbildung.<sup>146</sup> Entscheidend waren dagegen seine politischen Führungsqualitäten, denn er hatte die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß die „Wahrheit“ die Politik der SEW widerspiegelte.

Der Chefredakteur war die redaktionelle Kontaktstelle zum Parteivorstand der SEW, in dem er im übrigen Mitglied war. Er wurde als erster mit der Linie der Partei bekannt gemacht: Er stimmte täglich mit dem Sekretariat des SEW-Parteivorstandes die Inhalte der „Wahrheit“ mit der Politik der SEW ab. Über den Parteivorsitzenden vermittelt erhielt er zudem Anweisungen vom ZK der SED. Diese Verschachtelung des Einflusses der SED ließ den Eindruck entstehen, die Redaktion arbeite relativ selbständig und werde nur von ihrem Herausgeber, dem SEW-Parteivorstand, angeleitet.

<sup>145</sup> Zustimmung der SED zum Wechsel Mahle - Grünberg: Westabteilung: „Information über ein Konsultationsgespräch mit führenden Genossen des Parteivorstandes der SEW und der Chefredaktion der ‚Wahrheit‘“, SAPMO-BArch, DY 30/ vorl. SED 26712; SED-Anordnung der Absetzung Grünbergs und Ernennung Klaus-Dieter Heisers: Hausmitteilung Axens an Honecker, 22.6.1987, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.035/ 117, S. 65-66. Vgl. dazu auch ausführlich Kap. 3.5.

<sup>146</sup> Hans Mahle hatte allerdings jahrzehntelange Erfahrung durch seine Arbeit im Rundfunk und in der „Schweriner Volkszeitung“, als er das Amt des Chefredakteurs antrat. Heinz Grünberg und Klaus-Dieter Heiser hatten keinerlei journalistische Vorkenntnisse, nur Günter Bahr, der Chefredakteur der „Neuen Zeitung“, die im Dezember 1989 die Nachfolge der „Wahrheit“ antrat, war ausgebildeter Redakteur.

## Anleitung durch SEW-Parteivorstand

Ihre Anweisungen erhielt die „Wahrheit“ in den 80er Jahren nach Aussagen ihrer Chefredakteure ausschließlich vom SEW-Parteivorstand. Günter Bahr sagte dazu:

„Als Parteizeitung waren wir an die Beschlüsse des Parteivorstandes gebunden, ohne Wenn und Aber. Wir konnten uns nicht aussuchen, was drucken wir und was nicht. Das ging ja bis hin zu den Leserbriefen, gerade zu Tschernobyl kam viel Leserpost. In der Regel wurden diese Briefe (...) nicht veröffentlicht, auf Wunsch der Parteiführung, vielleicht auch der SED-Führung.“<sup>147</sup>

Jeden Morgen fand eine Besprechung zwischen Sekretariat und Redaktion statt. Für die „Wahrheit“ erschien in der Regel der Chefredakteur, hauptverantwortlich seitens des Sekretariats der SEW war der stellvertretende Parteivorsitzende Dietmar Ahrens. Auf den morgendlichen Beratungen wurden die wichtigsten Ereignisse des Tages und die Argumentationslinie der SEW grob durchgesprochen. Es kam auch vor, daß das Sekretariat der Redaktion Entwürfe für Kommentare, Berichte o.ä. überreichte. Direkt weisungsbefugt gegenüber der Redaktion waren - zumindest in den späten 80er Jahren - nur der Parteivorsitzende und seine StellvertreterInnen.<sup>148</sup>

Die Umsetzung der Vorgaben wurde in der Regel dann den einzelnen Redakteuren überlassen, nur selten ließ sich das Büro Artikel vor Andruck zur Kontrolle vorlegen. Gerhard Seyfarth, langjähriger Mitarbeiter und in den 80er Jahren stellvertretender Chefredakteur der „Wahrheit“:

„Recht häufig gab es Anleitungen oder ‚Argumentationslinien‘ für Kommentare oder andere Beiträge in der Zeitung. Diese Argumentationslinie wurde meistens vom Parteivorsitzenden entwickelt. Solange Horst Schmitt Parteivorsitzender war, war er sehr aktiv auf diesem Gebiet. Außerdem haben die Fachmitglieder des Sekretariats Ideen eingebracht und Themen vorgegeben. Die Ausarbeitung der Themen war den Redakteuren überlassen. Konkret bedeutete das, daß die Zeitung ein sehr hohes Maß an Eigenständigkeit hatte und daß die Kritik an der Zeitung immer mehr erst hinterher kam. Ganz, ganz selten sind vom Parteivorstand direkt Artikel zum Abdruck in der ‚Wahrheit‘

<sup>147</sup> Günter Bahr im Gespräch mit der Autorin.

<sup>148</sup> So Gerhard Seyfarth im Gespräch mit der Autorin.

übergeben oder Beiträge vor dem Abdruck kontrolliert worden. Das war die Ausnahme.<sup>149</sup>

Die enge Zusammenarbeit der Redaktion mit dem Parteivorstand war allerdings allein schon durch die Tatsache gesichert, daß der Chefredakteur der „Wahrheit“ immer auch Mitglied des Parteivorstandes war. Wurde dort der Standpunkt der SEW zu einem Thema besprochen, wurde auch festgelegt, wie die „Wahrheit“ über das Thema berichten und die Argumentation der Partei darstellen sollte.<sup>150</sup> Der Chefredakteur war die zentrale Schaltstelle zwischen Parteivorstand und Redaktion: er hatte die Linie der SEW aufzunehmen, sie in die Redaktion hineinzutragen und für ihre korrekte Umsetzung zu sorgen.

Zwar gab es keine fest installierte abendliche Endkontrolle der „Wahrheit“ vor Drucklegung durch den Parteivorstand, dennoch kam es ab und zu vor, daß in letzter Sekunde noch Anweisungen kamen, eine Überschrift oder die Plazierung eines Artikels zu ändern. Teilweise verschwanden abends ganze Seiten. So erinnert sich Waltraut Bahr daran, „daß ich mir am Sonnabend die Zeitung angeguckt habe und eine Seite nicht gefunden habe, die am Vortag noch fertiggemacht worden war und in den Druck gehen sollte.“<sup>151</sup>

In seltenen Fällen seien auch fertig gesetzte Leserbriefe auf Anweisung des Vorstandes von der Seite genommen worden.<sup>152</sup>

<sup>149</sup> Gerhard Seyfarth im Gespräch mit der Autorin.

<sup>150</sup> So Klaus-Dieter Heiser, von 1987 bis 1989 Chefredakteur der „Wahrheit“, im Gespräch mit der Autorin.

<sup>151</sup> Waltraut Bahr im Gespräch mit der Autorin.

<sup>152</sup> So Waltraut Bahr im Gespräch mit der Autorin. Jahrzehntelang wurden in der „Wahrheit“ keine kritischen Leserbriefe veröffentlicht. Als beispielsweise die DDR-eigene Reichsbahn mehrere MitarbeiterInnen entließ, erhielt die „Wahrheit“-Redaktion dazu viel kritische Post von LeserInnen - kein einziger Brief wurde aber veröffentlicht. Auch die Kreise konnten daran keine wirksame Kritik üben: als der Kreis Charlottenburg den Parteivorstand mit Mehrheitsbeschluß aufforderte, eine interne Stellungnahme zu den Entlassungen bei der Reichsbahn in der „Wahrheit“ abzudrucken, soll der Charlottenburger Kreisvorsitzende Klaus-Dieter Heiser, späterer Chefredakteur der „Wahrheit“, diesen Beschluß als „partei feindlich“ bezeichnet und Konsequenzen für die InitiatorInnen angekündigt haben. (Vgl.: „... Sondern Klarheit über alles“, Die Neue, 1.4.1980).

Die politische Linie der Zeitung wurde im wesentlichen nicht von der Redaktion entwickelt, sondern war von der Strategie des SEW-Parteivorstands abhängig und wurde vom Sekretariat bestimmt. Ernst Welters, Mitglied des Sekretariats:

„Die Richtung, strategische Fragestellungen oder wenn man sich zu ideologischen Fragen äußerte und mit Sicherheit, wenn man sich zum Verhältnis zur DDR irgendwie äußerte, da gab es eine Fülle von Direktiven, die über die Sekretäre direkt zur Chefredaktion getragen wurden.“<sup>153</sup>

Teilweise griff der SEW-Parteivorsitzende Horst Schmitt direkt in die Veröffentlichungspolitik der „Wahrheit“ ein. So bestimmte er, daß zum Reaktorunglück in Tschernobyl keine Leserbriefe veröffentlicht werden sollten. Selbst der Redaktion wurden diese Briefe vorenthalten.<sup>154</sup> Auch eine Artikelreihe der „Wahrheit“ über den Hintergrund des Amtsantritts des KPdSU-Generalsekretärs Nikita Chruschtschow im Jahre 1953 wurde 1989 auf persönliche Anweisung Schmitts abgebrochen. Diese administrativen Eingriffe des Parteivorsitzenden wurden in der Zeitungsdiskussion 1989 scharf kritisiert.<sup>155</sup> Was LeserInnen und Redaktion nicht wissen konnten: Schmitt handelte zumeist auf Anweisung der SED.

## „Die Wahrheit“ im Blickfeld der SED

Zumindest in den 80er Jahren scheint es keine fest installierten Anleitungsstränge von der SED direkt in die Redaktion gegeben zu haben. Hinweise dafür haben weder die Gespräche mit „Wahrheit“-JournalistInnen noch das eingesehene Aktenmaterial geliefert. Bei den Morgenbesprechungen mußten die Chefredakteure nach eigenen Angaben nur

<sup>153</sup> Ernst Welters im Gespräch mit der Autorin.

<sup>154</sup> Waltraut Bahr im Gespräch mit der Autorin: „Da kamen viele Leserbriefe, aber selbst uns in der Redaktion hat man nicht gesagt, daß es diese Leserbriefe gab. Wir haben angefragt: ‚Kommt denn da nichts?‘ - ‚Nee, da kommt nichts‘, wurde uns gesagt. Und unter der Hand hat mir die Sekretärin vom [Chefredakteur] Grünberg gesagt: ‚Heute sind schon wieder neue Briefe gekommen.‘“

<sup>155</sup> Vgl. z.B.: Michael Rump: „Unsere Politik muß glaubwürdig sein!“, Die Wahrheit, 10.4.1989; GenossInnen der Wohngruppe 203 der SEW Tiergarten in: „Die Diskussion über die Konzeption für ‚Die Wahrheit‘ wird fortgesetzt“, Die Wahrheit, 13.4.1989.

sehr selten das Gefühl bekommen, im Hintergrund wirke die SED mit. Entsprechend antwortete Gerhard Seyfarth auf die Frage, ob der Parteivorsitzende Horst Schmitt ihm des öfteren die Kritik der SED an der Zeitung übermittelte:

„Es wurde uns nicht direkt als Einschätzung der SED übermittelt, sondern als Einschätzung des Parteivorsitzenden. Ich kann mich an ein Beispiel erinnern: zu Zeiten von Glasnost und Perestroika hatte Paul Kohl, ein freier Mitarbeiter, aus Moskau eine Reportage geschrieben. Kohl hatte vorher in der ‚Wahrheit‘ Artikel über die Verbrechen publiziert, die deutsche Soldaten im Krieg in der Sowjetunion begangen hatten. Daher war er gut angesehen in der Redaktion und wohl auch im Parteivorstand. Jetzt hatte der Mann ehrlich, offen und begeistert über den frischen Wind berichtet, der in Moskau wehte. Dieser Beitrag hat meines Erachtens - ich kann das nicht nachweisen - wohl sehr schlechte Reaktionen in der DDR bekommen. Der Artikel wurde in einer Wochenendausgabe veröffentlicht, und dann kam am Montag ein Donnerwetter aus dem Munde des Parteivorsitzenden Horst Schmitt. Aber dieses Donnerwetter war keinesfalls so gehalten, daß man daraus schließen konnte, da hätte ihm jemand aus der DDR was gesagt. Es gab auch keine Kritik am Inhalt, sondern es kam Kritik um die Ecke: der Artikel sei veraltet, hätte hier und da ein paar Schnitzer und sei überhaupt viel zu groß aufgemacht. Horst Schmitt machte den Beitrag Kohls nieder, ohne zu sagen, was ihn eigentlich gestört hatte – nämlich die begeisterte Schilderung der ideologischen Liberalisierung in Moskau. Alle anderen Mitglieder des Sekretariats waren verblüfft über Schmitts Donnerwetter, niemand schloß sich dieser Kritik an oder äußerte auch nur eine Bekräftigung, sondern sie waren einfach überrascht, so daß ich annehme, daß der Parteivorsitzende einen direkten Draht hatte und er über diesen Draht tagesaktuell instruiert worden ist, was an der Zeitung schlecht und was an der Zeitung gut war.“<sup>156</sup>

Nur sehr selten scheint es direkte Kontakte zwischen den Chefredakteuren und dem Leiter der Westabteilung bzw. der Abteilung IPW gegeben zu haben.<sup>157</sup> Aus Aktenmaterial kann man auf jährliche Konsultationen

<sup>156</sup> Gerhard Seyfarth im Gespräch mit der Autorin.

<sup>157</sup> Hans Mahle sagte im Gespräch mit der Autorin, er habe sich kein einziges Mal mit Vertretern des ZK getroffen - eine Aussage, die durch (hier bereits

zwischen Vertretern der „Wahrheit“-Redaktion und Funktionären der Westabteilung/Abteilung IPW schließen.<sup>158</sup> In der Regel wurde die Arbeit der „Wahrheit“ des vergangenen Jahres kritisiert, Schwerpunkte der kommenden Berichterstattung diskutiert und die politische Anleitung der Zeitung durch den SEW-Parteivorstand überprüft. Im Rahmen dieser „Aussprachen“ wurde seitens der SED teilweise jedoch auch harsche Kritik am SEW-Blatt geübt.<sup>159</sup>

Vor wichtigen Ereignissen wurden darüber hinaus gesondert Treffen zwischen der Redaktion und der ZK-Abteilung angesetzt.<sup>160</sup> Auch Fragen

zitiertes) Aktenmaterial widerlegbar ist. Klaus-Dieter Heiser berichtete, daß er sich in seiner Funktion als Chefredakteur nur dreimal mit Gunter Rettner getroffen habe. Auch Günter Bahr sagte, er habe sich nur dreimal mit Rettner getroffen.

<sup>158</sup> Konsultationen zwischen Vertretern der SED und der „Wahrheit“ sind aus dem Aktenmaterial rekonstruierbar für: Dezember 1975 und Dezember 1977 (SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/510), Oktober 1981 (SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26712), November 1984 (SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 10.04/24), September und Dezember 1985 (SAPMO-BArch, DY 30/ vorl. SED 37065).

<sup>159</sup> In einem Diskussionspapier der SED für eine Konsultation im November 1984 wurde beispielsweise die fehlende „politische Führung“ der Redaktion bemängelt: „Immer wiederkehrende grobe politische Fehler in der Zeitung, deplazierte Gewichtung von Meldungen und Berichten, Sorglosigkeit bei der Formulierung von Überschriften, unparteiliches Herangehen bei Verarbeitung und Wertung von Nachrichten aus bürgerlichen Nachrichtenagenturen und Zeitungen, ungenügende Koordinierung der aktuellen Redaktionsabteilungen, wochenlanges Fehlen wichtiger Themen in der Zeitung, mangelndes Durchsetzungsvermögen bei der Realisierung der Parteibeschlüsse, ungenügende politische und fachliche Anleitung der Redaktionsabteilungen und jedes einzelnen Redakteurs sind in erster Linie Ausdruck dafür, daß die Zeitung nicht politisch geführt wird.“ Abteilung IPW: „Zu einigen inhaltlichen Problemen der ‚Wahrheit‘ und ihrer weiteren Profilierung nach dem VI. Parteitag der SEW unter besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden Wahlen in Westberlin“ [höchstwahrscheinlich das SED-Diskussionspapier zur Konsultation, 8.11.1984], September 1984, SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

<sup>160</sup> So fanden beispielsweise im August 1985 vor dem XI. Parteitag der SED mehrere Informationsgespräche und Diskussionsrunden mit den DDR-Korrespondenten der „Wahrheit“ und der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ statt.



des Layouts wurden mit Ost-Berlin ausführlich beraten.<sup>161</sup> Zudem wurden einige RedakteurInnen der „Wahrheit“ in Spezialkursen an der Leipziger Fachschule für Journalistik geschult.<sup>162</sup> Darüber hinaus gab es weitere regelmäßige Schulungsaufenthalte von Redaktionsmitgliedern in der DDR.<sup>163</sup> Eine über diese „offiziellen“ Kontakte hinausgehende *direkte* Beeinflussung ihrer Arbeit durch die SED war meinen GesprächspartnerInnen nicht bekannt. Allerdings erinnert sich Seyfarth:

„Klar formulierte Wünsche gab es anlässlich des Honecker-Besuchs in der BRD. Damals sagte mir Chefredakteur Klaus-Dieter Heiser, daß man im ZK der SED bestimmte Themen ausgespart sehen wollte, zum Beispiel Udo Lindenberg's Begegnung mit Erich Honecker. Trotzdem druckte die ‚Wahrheit‘ ein Foto dazu, weil wir eben nicht verschweigen wollten, was alle Welt sowieso wußte.“<sup>164</sup>

Eine Sonderrolle nahm offenbar das Korrespondenzbüro der „Wahrheit“ in der DDR ein. Der Abteilung IPW zufolge leistete das Korrespondenzbüro

Abteilung IPW: „Information über journalistische Vorhaben der Korrespondenten der DKP-Zeitung ‚Unsere Zeit‘ und der SEW-Zeitung ‚Die Wahrheit‘ in der DDR in Vorbereitung des XI. Parteitages der SED“, August 1985, SAPMO-BArch, DY 30/ vorl. SED 37065.

<sup>161</sup> Als die „Wahrheit“ 1977 ein neues Layout erhalten sollte, gingen diesem Schritt zahlreiche Besprechungen zwischen Redaktion, SEW-Parteivorstand und Westabteilung voraus. Hinzugezogen wurden auch Ostberliner Genossen des „Neuen Deutschlands“ und der „Berliner Zeitung“. Der fertige Entwurf des neuen Layouts der „Wahrheit“ ging hoch bis zu Honecker. Vgl.: Schreiben Herbert Häbers an Gerhard Danelius, 16.12.1976, SAPMO-BArch, DY 30/ vorl. SED 26715.

<sup>162</sup> Mitteilung Häbers an Honecker, 17.8.1976, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 510. 1976 wurde diese Möglichkeit offenbar das erste Mal genutzt, zuvor hat die Redaktion von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht (vgl. Westabteilung: „Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW“, Dezember 1975, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 510).

<sup>163</sup> Gerhard Seyfarth im Gespräch mit der Autorin: „Natürlich versuchte die SED, uns auch direkt zu beeinflussen. So gab es regelmäßig Schulungen in der DDR, und an einem Wochenende, das war 1987 oder 1988, sollte die ganze Redaktion bei einem Aufenthalt in Ostberlin von Professor Otto Reinhold auf Anti-Perestroika-Kurs gebracht werden. Der Versuch ging allerdings daneben ...“

<sup>164</sup> Gerhard Seyfarth im Gespräch mit der Autorin.

„den entscheidenden Beitrag zur Propagierung der Errungenschaften des Sozialismus in der DDR“.<sup>165</sup>

Nach dem Mauerbau wurde ein Großteil der Zeitung noch im Ostberliner Korrespondenzbüro geschrieben. Erst in den 70er Jahren wurde dieses zu einem „normalen“ Korrespondentenbüro abgebaut, das allerdings nach Einschätzung Gerhard Seyfarths weiterhin relativ eng an die Westabteilung gebunden war. Seyfarth zufolge versuchte der DDR-Korrespondent der „Wahrheit“,

„die Themen in der Zeitung durchzusetzen, die den entsprechenden Organen in der DDR wichtig waren. Bei ihm war besonders deutlich, daß er im Auftrag der zuständigen Abteilung des ZK der SED schreibt.“<sup>166</sup>

### **Indirekte Einflußnahme über den Parteivorsitzenden**

Auf die sonstige Redaktion scheint es *keine direkte, tägliche Einflußnahme* der SED auf die „Wahrheit“ gegeben zu haben. Durch die direkte Anleitung des SEW-Parteivorsitzenden konnte die SED allerdings *indirekt* auf die Redaktion Einfluß nehmen, was mittlerweile mit Material aus dem SED-Archiv belegt werden kann.

Die in Archivalien der Abteilung IPW erwähnte „tägliche politische und ideologische Unterstützung für die Redaktion“<sup>167</sup> war in der Redaktion offenbar nicht bekannt. Möglicherweise wurden diese täglichen Hinweise nicht schriftlich fixiert und waren an den SEW-Parteivorsitzenden bzw. seinen für die Anleitung der „Wahrheit“ zuständigen Stellvertreter Dietmar Ahrens gerichtet. Mit großer Wahrscheinlichkeit kann außerdem

<sup>165</sup> Abteilung IPW: „Information zur Umgestaltung der Zeitung der SEW ‚Die Wahrheit‘“, 18.9.1989, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.035/ 117, S. 161. Deshalb war die SED offenbar bereit, dieses Büro auch finanziell zu unterstützen. Vgl. Hausmitteilung Heinz Wildenhains an Erich Honecker, 28.1.1987, Dokument 540 in: Koko, a.a.O., Anlagenband 2, S. 2181-2182 und Hausmitteilung Wildenhains an Honecker, 23.1.1989, Dokument 537 in: Koko, a.a.O., Anlagenband 2, S. 2167-2171.

<sup>166</sup> Gerhard Seyfarth im Gespräch mit der Autorin.

<sup>167</sup> Hausmitteilung Hermann Axens an Honecker, 22.6.1987, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.035/117.

davon ausgegangen werden, daß auf den regelmäßigen Besprechungen zwischen SEW-Spitze und SED auch die Berichterstattung der „Wahrheit“ thematisiert wurde. Der stellvertretende Vorsitzende der SEW, Dietmar Ahrens, erklärte gegenüber der Autorin:

„Ich habe von der Westabteilung keine Anweisungen an den Chefredakteur bekommen. Zuerst gab es relativ regelmäßig Gespräche mit Herbert Häber von der Abteilung. Das waren in der Regel politisch-analytische Gespräche, in denen er die Sicht der SED auf die unterschiedlichsten Probleme aus erster Hand darlegte - sicherlich auch mit der Intention, daß wir das aufnehmen und verstehen und auf diese oder jene Weise in unsere Politik einfließen lassen, aber das war nie ein administrativer Akt.“<sup>168</sup>

Aus einigen Anweisungen der SED wird deutlich, daß es zwischen der SEW-Parteispitze und der Westabteilung jedoch bei besonders kritischen Themen Absprachen über die Berichterstattung gegeben haben muß. So heißt es in einem Schreiben Häbers an Schmitt:

„Am 31. Dezember 1980 veröffentlichte die Wahrheit auf Seite 6 einen umfangreichen Artikel über die Lage in Polen. Dieser Beitrag ist in wichtigen Teilen unrichtig und *entspricht nicht den Einschätzungen, die auf den verschiedenen Beratungen getroffen wurden*. Gibt es in der Leitung der Zeitung, das ist die Frage, die sich damit verknüpft, eine klare Linie für die Behandlung dieses komplizierten Themas und auch für die Klärung der Fragen unter den Mitarbeitern, bei denen es ziemlich viele Diskussionen zu dieser Angelegenheit geben soll?“<sup>169</sup>

Offenbar gab die SED ansonsten nur sehr selten *präventiv* Vorgaben. Es ist jedoch davon auszugehen, daß die Führungsspitze der SEW mit der politischen Linie der SED durch ihre Kontakte mit der Westabteilung ohnehin in Einzelheiten vertraut war und deshalb selbständig wußte, in welcher Richtung sie die Redaktion im Sinne der SED anzuleiten hatte.

Gegebenenfalls wurde erst nach dem Erscheinen von Artikeln, die der SED mißfielen, Kritik geäußert. Dabei waren moderate Formulierungen vorherrschend, wie: „Es ist sicher einen scharfen Kommentar in der ‚Wahrheit‘

<sup>168</sup> Dietmar Ahrens im Gespräch mit der Autorin.

<sup>169</sup> Schreiben Herbert Häbers an Horst Schmitt, 7.1.1981, SAPMO-BArch, DY 30/ vorl. SED 26712, Hervorhebungen von der Autorin.

wert ...“,<sup>170</sup> „Bei uns ist mit einiger Verwunderung bemerkt worden ...“<sup>171</sup> oder „Es ist meines Erachtens jedoch nicht richtig ...“<sup>172</sup>.

So beginnt beispielsweise ein Schreiben der Westabteilung an den SEW-Parteivorsitzenden Gerhard Danelius recht zurückhaltend:

„Einigen Genossen bei uns ist die Behandlung des Parteitages unserer kubanischen Bruderpartei in der ‚Wahrheit‘ unverständlich. Wir alle wissen, welche Autorität das revolutionäre Kuba besitzt, insbesondere bei der linksorientierten jungen Generation.“

Der Brief wird dann aber deutlicher:

„Um so weniger kann man begreifen, daß in der ‚Wahrheit‘ vom 20./21. Dezember für die Ausführungen des Genossen Fidel Castro auf der Seite 8 ganze 35 Zeilen zur Verfügung standen, während auf der Seite 9 ein Riesenartikel über die Militärregierung in Nigeria erscheint. Es ist ebenfalls nicht begreiflich, warum für die Ausführungen von Genossen Suslow in derselben Ausgabe der Zeitung nur 6 Zeilen zugestanden wurden, während man z.B. am 22. Dezember über eine Rede des Genossen Berlinguer in doppelter Länge berichtet. Auch die Platzierung der Berichte über den Parteitag der kubanischen Bruderpartei könnte diskutiert werden.“

Er endet mit der Feststellung, diese Art der Berichterstattung ließe

„ernste Schwächen in der politischen Leitung der Redaktion zutage treten. Die Chance, durch eine gute und interessante Berichterstattung über den kubanischen Parteitag eine große erzieherische Aufgabe für die Partei und vor allem für die linksorientierte Jugend der Stadt zu erfüllen, ist glatt vertan worden.“<sup>173</sup>

Ein anderes Mal heißt es seitens der SED:

„Veranlaßt durch die Ausgaben der ‚Wahrheit‘ in den letzten Tagen, in denen durch die Darstellung wichtiger Felder der Politik gravierende Fragen entstanden, möchte ich Dir meine Besorgnis mitteilen. (...) Wie

<sup>170</sup> Schreiben Herbert Häbers an Dietmar Ahrens, 31.8.1978, SAPMO-BArch, DY 30/ vorl. SED 26715.

<sup>171</sup> Schreiben der Westabteilung an Gerhard Danelius, 14.2.1977, SAPMO-BArch, DY 30/ vorl. SED 26715.

<sup>172</sup> Schreiben Herbert Häbers an Horst Schmitt, 4.6.1980, SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

<sup>173</sup> Schreiben der Westabteilung an Gerhard Danelius, 22.12.1975, SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

kann es geschehen, daß zu den jüngsten Vereinbarungen über den Transit für Eure Zeitung nicht die ADN-Mitteilung zugrunde gelegt wird, daß man eher die Meinung Diepgens zum Vorgang zitiert als die Stellung der SEW? (...) Die gestrige Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Genosse Erich Honecker, vor Absolventen der Militärakademien enthält gewiß Aussagen, die einer Erwähnung wert wären. Schließlich meine ich, daß die heutige Veröffentlichung des Interviews mit den ‚Autonomen Anna und Hans‘ äußerst problematisch ist. Es ist ein prinzipieller Unterschied, ob man mit jungen, irritierten Anhängern dieser Richtung ins persönliche Gespräch kommt, oder ob man in der Öffentlichkeit den Eindruck einer Nähe einer kommunistischen Partei zu anarchistischen und terroristischen Feinden der marxistisch-leninistischen Arbeiterbewegung entstehen läßt.“<sup>174</sup>

Zur Behandlung des XXV. Parteitages der KPdSU heißt es in einem Schreiben Häbers an den SEW-Vorsitzenden Schmitt:

„Bei vollem Verständnis für die Anforderungen an Eure Zeitung halte ich aber die Art und Weise der Berichterstattung und Information für völlig unzureichend. Es ist unverständlich, warum (...) bei einem solchen Ereignis der KPdSU (...) nicht einmal eine halbe Zeitungsseite für die Berichterstattung zur Verfügung gestellt wird und auch nicht erkennbar ist, daß man mit klugen journalistischen Mitteln den gewiss umfangreichen Stoff für die Leser aufbereitet. Eigentlich hatte ich angenommen, daß es in der Redaktion einen mit Euch abgestimmten Plan der Behandlung des XXV. Parteitages der KPdSU gibt. Die heutige Ausgabe der ‚Wahrheit‘ erweckt diesen Eindruck nicht.“<sup>175</sup>

Auch wenn die hier beispielhaft zitierten Hinweise an Deutlichkeit nichts zu wünschen ließen, waren sie doch im Vergleich zum Kommandoton, der im Anleitungssystem der DDR-Presse herrschte, recht zurückhaltend formuliert. Selbst Zensurmaßnahmen wurden in Bitten verkleidet. Nachdem sich die „Wahrheit“ in mehreren Artikeln über die Stellung Ost-Berlins innerhalb des Vierseitigen Abkommens geäußert hatte, hieß es

<sup>174</sup> Schreiben Gunter Rettner an Dietmar Ahrens, 15.9.1988, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/ 2.035/ 117, S. 80.

<sup>175</sup> Schreiben Herbert Häbers an Horst Schmitt, 26.2.1976, SAPMO-BArch, DY 30/ vorl. SED 26715.

beispielsweise in einem Schreiben der Westabteilung an den damaligen Parteivorsitzenden Gerhard Danelius:

„Darum bin ich dringend aufgefordert worden, Dich herzlichst zu bitten, die ‚Wahrheit‘ zu veranlassen, auf alle Fragestellungen, die in irgendeiner Weise die Rolle und die völkerrechtliche Stellung der Hauptstadt der DDR berühren, zu verzichten.“<sup>176</sup>

## Zensurmaßnahmen der SED in den 80er Jahren

Ähnliche Zensurmaßnahmen gehen für die 70er Jahre aus dem zugänglichen Aktenmaterial des SED-Parteiarchivs nur sehr selten hervor. Offenbar mußte die SED erst aktiv werden, als die Redaktion gegen Ende der 80er Jahre mit Gorbatschow einen reformerischen Kurs einschlug. Die Berichterstattung der „Wahrheit“ über Glasnost und Perestroika führte mehrmals zu kritischen Aussprachen zwischen der SEW-Spitze und der Abteilung IPW.

So kam es 1986 zu einem Gespräch zwischen der Abteilung IPW und dem SEW-Parteivorsitzenden Horst Schmitt, nachdem die „Wahrheit“ zwei Interviews mit sowjetischen Journalisten veröffentlicht hatte, in denen die bisherige Zensurpraxis sowjetischer Zeitungen kritisiert wurde. Schmitt kündigte gegenüber seinen Gesprächspartnern Folgen für die Redaktion der „Wahrheit“ an:

„Den Hauptvorwurf mache sich Genosse Schmitt, daß er über die beabsichtigte Veröffentlichung dieser Artikel nicht informiert gewesen sei. Er ziehe daraus die Konsequenz, sich in Zukunft vom Chefredakteur der Zeitung Veröffentlichungen in Zusammenhang mit dem XXVII. Parteitag der KPdSU vorlegen zu lassen. Die Auseinandersetzung mit den verantwortlichen Redakteuren wird geführt. (...) Ich habe Genossen Horst Schmitt angeraten, insgesamt die Redaktion ‚Die Wahrheit‘ stärker unter persönliche Kontrolle zu nehmen, da sich seit geraumer Zeit die Signale verstärken, daß die Parteiorganisation der Zeitung politisch-ideologisch mangelhaft geführt wird. Genosse Horst Schmitt

<sup>176</sup> Brief der Westabteilung an Gerhard Danelius, 14.2.1977, SAPMO-BArch, DY 30/ vorl. SED 26715.

hat die Absicht, die Schlußfolgerungen aus den Vorkommnissen in Kürze mit uns erneut zu beraten.“<sup>177</sup>

Erneut griff also die SED nicht direkt in die Redaktion ein, sondern veranlaßte den Parteivorsitzenden der SEW, die „Wahrheit“ strenger zu kontrollieren.

Auch der finanzielle Hebel wurde angesetzt: Wie bereits erwähnt, war im Jahr 1989 die Existenz der „Wahrheit“ mehrfach gefährdet, weil die SED-Führung damit drohte, die Finanzierung der Zeitung einzustellen, sollte die „Wahrheit“ ihre Art der Berichterstattung nicht ändern. So gefährdete die kritische Berichterstattung der „Wahrheit“ über die Niederschlagung der studentischen Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 die „solidarische Unterstützung seitens der SED“.<sup>178</sup>

Auch als die „Wahrheit“ im September 1989 mit dem Aufmacher „DDR-Kirchen fordern Dialog und Reformen“<sup>179</sup> erschien, wurden zwei SEW-Funktionäre zur Abteilung IPW bestellt. Dort wurde eine veränderte Veröffentlichungspolitik gefordert und wiederum angedeutet, daß eine weitere finanzielle Unterstützung nicht möglich wäre, wenn der Kurs der „Wahrheit“ sich nicht ändere.<sup>180</sup> Der Redaktion wurde außerdem ein Mitglied des Büros des SEW-Parteivorstandes „kommissarisch“ zugeordnet, der über die Veröffentlichungspolitik der „Wahrheit“ wachen und eine abendliche Kontrolle der Zeitung vornehmen sollte.<sup>181</sup>

## Die Absetzung Grünbergs

1987 führte die Veröffentlichung reformerischer Artikel in der „Wahrheit“ sogar zur Absetzung des Chefredakteurs der Zeitung, Heinz Grün-

<sup>177</sup> Hausmitteilung Rettners an Honecker vom 17.12.1986, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.035/ 117, S. 43-44.

<sup>178</sup> Vgl. Abschlußbericht der SEW-Untersuchungskommission, a.a.O., S. 5.

<sup>179</sup> Die Wahrheit, 18.9.1989.

<sup>180</sup> Vgl. Abschlußbericht der SEW-Untersuchungskommission, a.a.O., S. 5.

<sup>181</sup> So Klaus-Dieter Heiser im Gespräch mit der Autorin. Der damalige Chefredakteur Heiser befand sich zu dieser Zeit im Urlaub, die „kommissarische“ Überwachung der Redaktion wurde bis zu Heisers Rückkehr drei Wochen später beibehalten.

berg. In der „Wahrheit“ war im Sommer 1987 der erste Teil einer Reportagenserie über die UdSSR erschienen, in dem über die KPdSU-Zeitung „Prawda“ berichtet wurde. Auch die in der Vergangenheit übliche Selbstzensur, der Umgang mit kritischen LeserInnen-Briefen und die einseitig negative Berichterstattung über kapitalistische Länder wurden dann thematisiert.<sup>182</sup>

Von der SED erfolgte daraufhin prompt die Anweisung, die Reportagenreihe nicht fortzusetzen.<sup>183</sup> Dennoch erschien eine Woche später in der „Wahrheit“ die Fortsetzung der Serie.<sup>184</sup> Noch am Tage der Veröffentlichung wurde Erich Honecker von Hermann Axen über das Erscheinen des Artikels informiert. Horst Schmitt sagte dem SED-Bericht zufolge, er sei vom Chefredakteur der „Wahrheit“, Heinz Grünberg, „belogen worden“ - scheinbar hatte Grünberg zugestimmt, auf eine Fortsetzung der Reportage zu verzichten. Gleichzeitig kündigte Schmitt „kadermäßige Konsequenzen“ an.<sup>185</sup>

Dennoch wurde Schmitt zu einer erneuten „Aussprache“ mit Hermann Axen und Gunter Rettner gebeten. Axen legte fest:

„In der Sitzung des Sekretariats und des Büros sind sofortige kadermäßige Maßnahmen herbeizuführen:

a) Es muß sofort ein kommissarischer Chefredakteur eingesetzt werden. Genosse Schmitt muß sein versöhnlerisches Verhalten gegenüber dem Genossen Grünberg aufgeben.

<sup>182</sup> Vgl. Horst Löffler: „Prawda: das Sprachrohr der Partei, das Sprachrohr der Massen - ein Widerspruch?“, Die Wahrheit, 16.6.1987.

<sup>183</sup> „Entsprechend den Festlegungen im Politbüro hatte Genosse G. Rettner mit Genossen H. Schmitt noch während der 4. Tagung über den in der ‚Wahrheit‘ erschienenen Artikel vom 16.6.87 gesprochen. Er hatte verlangt, daß keine Fortsetzung veröffentlicht wird. Genosse H. Schmitt teilte voll und ganz unsere Kritik. Der Artikel sei ohne seine Kenntnis erschienen. Er werde veranlassen, daß der zweite Teil auf keinen Fall veröffentlicht wird.“ Hausmitteilung Hermann Axens an Erich Honecker, 22.6.1987, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, S. 65.

<sup>184</sup> Horst Löffler: „Die Partei war völlig überrascht“, Die Wahrheit, 20./21.6.1987.

<sup>185</sup> Hausmitteilung Hermann Axens an Erich Honecker, 22.6.1987, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, S. 65.



b) Möglichst bald ist eine definitive, qualifizierte Neubesetzung der Funktion des Chefredakteurs bzw. Stellvertreters herbeizuführen.“<sup>186</sup>

Und schließlich wurde angekündigt:

„Die Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft verstärkt ihre tägliche politische und ideologische Unterstützung für die Redaktion.“<sup>187</sup>

Honecker vermerkte daraufhin auf dem Schreiben Axens handschriftlich:

„Einen neuen Chefredakteur auswählen und dann entscheiden.“<sup>188</sup>

Tatsächlich stimmte das Sekretariat der SEW einen Tag später der Ablösung Heinz Grünbergs zu, nachdem dieser um seine Entlassung gebeten hatte.<sup>189</sup>

Im persönlichen Gespräch betonte Heinz Grünberg, er sei nicht aufgrund eines bestimmten Artikels abgesetzt worden, sondern habe die Zeitung freiwillig verlassen, „sehr ordentlich mit Parteivorstandsbeschluß, aber auch in scharfer Auseinandersetzung“.<sup>190</sup>

## Die Umsetzung der Vorgaben durch die Redaktion

Die „Wahrheit“ bemühte sich in aller Regel, die über den Parteivorsitzenden vermittelten „Hinweise“ der SED so schnell wie möglich zu berücksichtigen. Als die SEW-Zeitung z.B. 1977 von einem Interview der „Saarbrücker Zeitung“ mit Erich Honecker nur Auszüge veröffentlichte, wurde der SEW-Parteivorsitzende von der Westabteilung angemahnt:

„Ich glaube, es ist unumgänglich, daß ein Weg gefunden wird, um die Leser der ‚Wahrheit‘ in den nächsten Tagen in einem angemessenen Umfang über die Ausführungen des Genossen Erich Honecker zu informieren.“<sup>191</sup>

<sup>186</sup> Ebd., S. 66.

<sup>187</sup> Ebd.

<sup>188</sup> Ebd., S. 65.

<sup>189</sup> Hausmitteilung Gunter Rettners an Erich Honecker, 23.6.1987, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/ 2.035/ 117, S. 64.

<sup>190</sup> Heinz Grünberg im Gespräch mit der Autorin.

<sup>191</sup> Schreiben Herbert Häbers an Horst Schmitt 22.2.1977, SAPMO-BArch, DY 30/ vorl. SED 26715.

Tatsächlich druckte die „Wahrheit“ nur einen Tag nach dieser Mahnung das Interview ungekürzt im Wortlaut.<sup>192</sup> Auch nachdem die Westabteilung 1981 an Schmitt schrieb:

„Leider muß ich Dir im Auftrage mitteilen, daß nicht verstanden wird, wieso die bedeutsamen Ausführungen von Genossen Gromyko vor den UN in der heutigen ‚Wahrheit‘ in solch knapper Weise wiedergegeben werden und noch dazu an einer Stelle, wo man sie kaum findet.“<sup>193</sup>, druckte die „Wahrheit“ nur einen Tag später die gesamte Gromyko-Rede nach.

Teilweise ging die Linientreue der Parteiführung so weit, daß Formulierungen der Westabteilung originalgetreu in „Wahrheit“- bzw. SEW-Stellungnahmen übernommen wurden. So schrieb die Westabteilung 1981, nachdem in West-Berlin heftige Auseinandersetzungen zwischen HausbesetzerInnen und Polizei Schlagzeilen gemacht hatten, an den SEW-Vorsitzenden Horst Schmitt:

„Was die Kommentierung dieser Bürgerkriegsaktionen anbelangt, so meine ich, daß sie auch nicht zuletzt darauf gerichtet sind, alle jene einzuschüchtern, die in den zurückliegenden Wochen während des Besuchs von Haig usw. für Frieden und gegen Raketenrüstung demonstriert haben. Das Vorgehen richtet sich natürlich gegen die Hausbesetzer und alle jene, die eine andere Wohnungspolitik wollen. Es richtet sich aber auch gegen die Friedensbewegung. Brutale Gewalt ist die Antwort auf das Engagement für Frieden und soziale Interessen. Alle Gewerkschaftler sollen eingeschüchtert werden, die sich gegen die Rotstiftpolitik wehren. Wer für Frieden eintritt, bekommt den Knüppel zu spüren, wer für soziale Interessen eintritt, kriegt Tränengas ins Gesicht usw. Man muß meines Erachtens die Dinge ausargumentieren und mit plastischen Formulierungen die Bedeutung und Zielsetzung dieser brutalen terroristischen Aktionen der Polizei und ihrer politischen Befehlshaber darstellen.“<sup>194</sup>

<sup>192</sup> „Möge Vernunft und guter Wille in den Beziehungen zwischen Deutscher Demokratischer Republik und der Bundesrepublik Deutschland stets die Oberhand behalten“, Die Wahrheit, 23. und 24.2.1977.

<sup>193</sup> Schreiben an Horst Schmitt, vermutlich von Herbert Häber, 24.9.1981, SAPMO-BArch, DY 30/ vorl. SED 26712.

<sup>194</sup> Ebd.

Einen Tag später veröffentlichte die „Wahrheit“ eine Stellungnahme des stellvertretenden Parteivorsitzenden der SEW, Dietmar Ahrens, zum selben Thema. Darin hieß es:

„Deutlich wurde, daß es bei den Bürgerkriegsaktionen der Polizei keineswegs nur um die Hausinstandbesetzer und jene geht, die für eine soziale Wohnungspolitik eintreten. Die Polizeiattacken haben zugleich die Aufgabe, all jene einzuschüchtern, die sich in Betrieben, Institutionen und Wohngebieten gegen den ständig voranschreitenden Sozialabbau wenden. Sie richten sich insbesondere auch gegen die immer aktiver und zahlreicher werdenden Kräfte, die für Frieden und Entspannung eintreten. (...) Wer für eine bessere Wohnungspolitik eintritt, der soll Tränengas in die Augen bekommen. Wer gegen Nato-Raketenbeschlüsse und die US-Neutronenwaffe auftritt, der soll den Polizeiknüppel spüren. Wer gegen Sozialabbau und für die Verteidigung demokratischer Rechte demonstrierte, gegen den stehen Wasserwerfer bereit. Das ist das Rezept der CDU.“<sup>195</sup>

<sup>195</sup> „Jetzt erst recht: Einheit der linken, demokratischen und friedliebenden Kräfte stärken“, Die Wahrheit, 25.9.1981.

#### 4. Aufbrüche und Niederlagen - Die SEW in den 80er Jahren

Viele SEW-Spitzenfunktionäre waren aufgrund ihrer persönlichen politischen Entwicklung aufs Engste mit der SED verbunden und identifizierten sich mit dem Aufbau des Partei- und Staatsapparates in der DDR. Ein Großteil von ihnen war deshalb bis in die 80er Jahre hinein bereit, im Sinne der SED politisch zu arbeiten. Gerade die älteren Funktionäre sahen ihre politische Heimat in der SED und wollten - sozusagen im Parteiauftrag - in West-Berlin für die SED wirken. Daraus resultierte eine „fast sakrale Identifikation mit der SED“<sup>196</sup> und die Bereitschaft, in der Strategiebestimmung der blinden Verteidigung der DDR den Vorrang zu geben vor dem Bemühen, eine spezifische Politik für West-Berlin zu entwickeln.

Die ideologische Verbundenheit zwischen SEW und SED - für ältere GenossInnen ein Grundstein ihres politischen Selbstverständnisses - konnte den Nachkriegsgeborenen, die in den späten 60er und im Laufe der 70er Jahre zur SEW stießen, nicht vermittelt werden. Die nachwachsende Funktionärgeneration setzte statt dessen auf die „kritische Solidarität“ mit den Ländern des real existierenden Sozialismus und wollte Impulse aus anderen linken Bewegungen Westeuropas in die SEW tragen. Über Jahre hinweg wurden diese Anstöße von der Parteiführung und dem Großteil der älteren Kader bestenfalls ignoriert. Zumeist aber reagierte der SEW-Apparat mit Ausgrenzung, Parteiverfahren und Ausschlüssen. Nachdem die SEW in den frühen 70er Jahren eine große Zahl junger Mitglieder gewinnen konnte, verließen viele Neuzugänge - aufgrund der Unbeweglichkeit der Parteiführung frustriert - schon nach wenigen Jahren die Partei.

Mit dem neuen KPdSU-Generalsekretär, Michael Gorbatschow, bekamen die kritischen SEW-Mitglieder jedoch Mitte der 80er Jahre einen Hoffnungsträger an die Hand, der für sie die Möglichkeiten eines reformierten, demokratischen Sozialismus symbolisierte. Ihr Versuch, die SEW „von unten“ im Sinne von Glasnost zu verändern, zwang die Partei zu einem Spagat zwischen SED und KPdSU, der die Partei zu zerreißen drohte.

<sup>196</sup> So Peter Müller, a.a.O., S. 2271.

#### 4.1. Bündnisangebote und Sektierertum - Zerreißproben zwischen DDR-Loyalität und West-Orientierung

„Wenn es keine Krise signalisiert, in 14 Jahren beinahe 80 Prozent seines Wählerpotentials zu verlieren, was, bitte schön, ist dann eine Krise?“<sup>197</sup>

Während des Kalten Krieges hatte die SEW nur ein Schattendasein geführt: Die Partei wurde von den Westberliner Behörden und Medien mit allen Mitteln in ihrer politischen Artikulation behindert.<sup>198</sup> Der sich in Berlin manifestierende Systemgegensatz hatte für eine antikommunistische Stimmung in der Westberliner Bevölkerung gesorgt, gleichzeitig bot die Orientierung der SEW an der DDR keine politischen Identifikationspunkte für die Westberliner Bevölkerung.<sup>199</sup> Erst im Zuge der von der SPD-Regierung betriebenen Politik des „Wandels durch Annäherung“ konnte die SEW hoffen, aus ihrer politischen Isolation herauszutreten.

#### Bedeutungswandel der SEW innerhalb der Westberliner Linken

So versuchte die SEW 1967/68, Anschluß an die StudentInnenbewegung zu finden.<sup>200</sup> Die Zusammenarbeit mit der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) fand zwar nur punktuell statt und war auch nicht von langer Dauer.<sup>201</sup> Dennoch konnte die SEW in den APO-Jahren über 1.000

<sup>197</sup> „Außerparlamentarischer und Parlamentarischer Kampf“, Leserbrief von Martin Roski in der „Wahrheit“, 24.11.1988.

<sup>198</sup> Vgl. Peter Müller, a.a.O., S. 2245.

<sup>199</sup> Ebd., S. 2245-2246.

<sup>200</sup> Ausführlich zur Zusammenarbeit zwischen APO und SEW: Peter Müller, a.a.O., S. 2258-2261. Vgl. auch: Die Studenten und die Sozialistische Einheitspartei Westberlins. Beiträge der SED-W zum Ringen um Demokratie an den Hochschulen und in der Gesellschaft, hrsg. von der SEW, Berlin 1968.

<sup>201</sup> Der Einmarsch sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei („Prager Frühling“) beendete für einen Großteil der StudentInnen die Zusammenarbeit. Die SEW bezeichnete den Einmarsch als „Tat für den Frieden“. Vgl. auch: „Nach CSSR-Besetzung geschiedene Leute. Das Bündnis zwischen der SED und der APO war nur von kurzer Dauer“, in: Die Welt, 17.12.1968.

junge Mitglieder gewinnen.<sup>202</sup> Diese Resonanz spiegelte sich zunächst auch in den Wahlergebnissen der SEW wider. So konnte die SEW ihren Stimmenanteil bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen von 1967 und 1971 kurzzeitig steigern, er sank jedoch in der zweiten Hälfte der 70er Jahre wieder auf unter zwei Prozent und lag in den 80er Jahren sogar immer unter einem Prozent. Die Wahlergebnisse im einzelnen:<sup>203</sup>

Wahl	Stimmenanteil in %	Wahl	Stimmenanteil in %
1946	13,7	1971	2,3
1948	(boykottiert)	1975	1,8
1950	(boykottiert)	1979	1,1
1954	2,7	1981	0,6
1958	1,9	1985	0,6
1963	1,4	1989	0,6
1967	2,0		

Ihre quantitative Bedeutungslosigkeit bei Wahlen darf allerdings nicht darüber hinweg täuschen, daß der SEW innerhalb des linken Spektrums eine größere Bedeutung zukam, als es die Wahlergebnisse ahnen lassen. Innerhalb der politischen Landschaft West-Berlins hatte die Partei bis zum Schluß einen festen, wenn auch nicht unumstrittenen Platz inne, obwohl sich immer weniger WählerInnen für sie entschieden. Für die Zusammenarbeit mit den Westberliner KommunistInnen konnten sowohl VertreterInnen der Gewerkschaften und Kirchen als auch Teile von AL und SPD gewonnen werden, so daß die SEW immer mehr aus ihrer politischen Ghettoisierung heraustreten konnte, ohne dies allerdings in

<sup>202</sup> Über den tatsächlichen Umfang gibt es verschiedene Angaben. Der „Spiegel“ spricht von 1.200 neuen Mitgliedern aus der APO, Peter Müller gibt mit Berufung auf den „berliner EXTRAdienst“ vom 14.11.1970 an, die SEW habe in den Jahren 1968 bis 1970 etwa 3.000 junge Mitglieder gewinnen können. Vgl. „SED - Immer dabei“, in: Der Spiegel 22/1968 und Peter Müller, a.a.O., S. 2260.

<sup>203</sup> Karl G. Tempel: Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1990, S. 209.

eine Zunahme der WählerInnen-Stimmen oder Mitgliederzahlen umsetzen zu können.

Seit Mitte der 70er Jahre nahm die Mitgliederzahl der SEW kontinuierlich ab. Die blinde Verteidigung der Politik der sozialistischen Staaten durch die SEW, z.B. der Verurteilung Rudolf Bahros in der DDR und des Einmarsches von sowjetischen Truppen in Afghanistan, sowie die Prinzipienfestigkeit und Reformunwilligkeit der SEW-Führung (auch angesichts der Wahlniederlagen) ließen das Interesse an der Partei deutlich sinken und führten zu Unzufriedenheit auch innerhalb der SEW - ein schleichender Mitgliederschwund setzte ein.<sup>204</sup> Im Laufe ihrer Kampagnen konnte die Partei zwar immer wieder neue Mitglieder gewinnen. Diese verließen die SEW aber in aller Regel innerhalb kurzer Zeit desillusioniert. So konnte die SEW beispielsweise 1981 innerhalb von nur zwei Monaten über tausend neue Mitglieder anwerben, dennoch nahm die absolute Mitgliederzahl in diesem Zeitraum ab.<sup>205</sup>

Angaben über die Mitgliederzahlen wurden von der SEW nicht veröffentlicht. Es liegen nur Schätzungen von Wissenschaftlern, Angaben des Verfassungsschutzes und SED-Zahlen für die Jahre 1978 bis 1980 vor. Ihnen zufolge hat sich die Mitgliederstärke wie folgt entwickelt:<sup>206</sup>

<sup>204</sup> Nüske, a.a.O., S. 127 und Peter Müller, a.a.O., S. 2265.

<sup>205</sup> Vgl. Westabteilung „Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981“, Oktober 1982, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 10.02/ 9.

<sup>206</sup> Angaben zusammengestellt nach: Schmollinger/Stöss, a.a.O. (Sch/S), S.250; Moreau, a.a.O. (M), S.50; Verfassungsschutzberichte 1972-1979 (VS) und Angabe des „Spiegels“ vom 30.5.1966 (S) nach Müller, a.a.O., S. 2270 und SED-Angaben (SED) nach: Westabteilung: „Information zur Situation der SEW“ 10.3.1981, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 10.02/ 9.

1961	8.000 (S/Sch)	1979	6.000 (SED)
1965	5.400 (S/Sch)	Ende 1980	5.300 (SED)
1966	6.200 (S)	1986	4.500 (M)
1967	7.100 (S/Sch)	1987	4.500 (M)
1968	7.000 (S/Sch)	1988	4.100 (M)
1971	6.000 (VS)	Ende 1989	3.200 (M)
1972	7.000 (S/Sch)	März 1990	2.700 (M)
1974	7.500 (VS)	April 1990	1.600 (M)
1977	7.000 (VS)	Juli 1990	1.000 (M)
1978	6.400 (SED)		

Nach internen Informationen verlor die SEW durchschnittlich 250 Mitglieder jährlich durch Abwanderung in die Bundesrepublik und durch etwa 100 Todesfälle im Jahr.<sup>207</sup> Daneben gab es regelmäßige „Austrittswellen“ als Reaktion auf die Betonkopf-Mentalität der Parteiführung.<sup>208</sup> Immer mehr WählerInnen verlor die SEW an ultra-orthodoxe kommunistische Konkurrenzparteien wie z.B. die KPD (ML) und an die Alternative Liste (AL).<sup>209</sup> Die AL wurde zur ernstzunehmenden politischen Konkurrentin. Sie schaffte es schon kurz nach ihrer Gründung, bei den Wahlen 1979 3,7 % der WählerInnen-Stimmen auf sich zu vereinen, womit sie die SEW aus dem Stand überholt hatte. Nur zwei Jahre später zog sie mit 7,2 % ins Berliner Abgeordnetenhaus ein.<sup>210</sup>

<sup>207</sup> Westabteilung: „Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17.5.1981“, April 1984, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/ 10.02/ 9.

<sup>208</sup> So z.B. 1976/77 als Reaktion auf die Ausbürgerung Wolf Biermanns aus der DDR und die Unterstützung dieses Schritts durch die SEW. Einige SEW-Mitglieder hatten eine Resolution verfaßt, in der sie sich gegen die Ausbürgerung wandten, und forderten den Abdruck der Resolution in der „Wahrheit“. Die Resolution war von 38 Mitgliedern und 148 SympathisantInnen unterzeichnet worden. Die SEW-Führung reagierte darauf mit Parteipordnungsverfahren und -ausschlüssen. Abdruck der Erklärung: „SEW-Mitglieder gegen Biermann-Ausbürgerung“ in: berliner EXTRADienst, 3.12.1976.

<sup>209</sup> Tempel, a.a.O., S. 209.

<sup>210</sup> Vgl. ebd., S. 180.



Doch auch der Mitglieder- und WählerInnen-Schwund veranlaßte die SEW-Parteispitze nicht zum Umdenken: Trotz der Wahlniederlagen blieb die SEW reformunwillig.

### **Innerparteiliche Konflikte durch Generationenwandel**

Ursache für das schnell einsetzende Desinteresse der neuen linken Bewegungen an der SEW war vor allem die ideologische Unbeweglichkeit der Partei, die sich weiterhin strikt an der SED und der KPdSU orientierte. Die aus der Studentenbewegung zur SEW gestoßenen neuen Parteimitglieder versuchten zwar in den 70er Jahren, die innerparteiliche Diskussion durch Gedanken des Eurokommunismus zu beleben, doch diese Impulse wurden von der Parteiführung nicht aufgegriffen. Gerade im Vergleich zu den Alternativbewegungen zeigte sich die hierarchisch strukturierte SEW als unflexibel und dogmatisch.<sup>211</sup>

Die Unbeweglichkeit der Parteiführung hatte über Jahre hinweg immer wieder zu Kritik seitens der Parteibasis geführt. Diese konnte von der Parteispitze jedoch in der Regel unterdrückt werden. Einen Höhepunkt fand die Unzufriedenheit innerhalb der SEW 1979/80 in der „Klarheit“-Fraktion: Erstmals in der Parteigeschichte entwickelte sich eine auf allen Ebenen der Parteihierarchie angesiedelte Opposition, die im November 1979 mit dem Blatt „Klarheit“ an die Parteiöffentlichkeit trat. Darin wurden eurokommunistische Gedanken verbreitet und mehr innerparteiliche Demokratie gefordert. Die SEW befinde sich in einem „desolaten Zustand“ und müsse statt der Kritiklosigkeit gegenüber der SED auf einem Eigengewicht bestehen. Statt Hörigkeit solle auf „kritische Solidarität“ mit den sozialistischen Staaten gesetzt werden, anstelle der marxistisch-leninistischen Organisationsprinzipien müsse mehr Basisdemokratie in der SEW installiert werden.<sup>212</sup>

Die Reaktionen der SEW-Führung waren zunächst hilflos: Der Vorsitzende Horst Schmitt behalf sich, indem er verbreitete, die „Klarheit“ sei

<sup>211</sup> Zum Verhältnis zwischen der SEW und den Alternativbewegungen: Peter Müller, a.a.O., S. 2261 - 2264.

<sup>212</sup> „Der Laufpaß“, Spiegel, 25.2.1980.

ein Organ des Westberliner Verfassungsschutzes.<sup>213</sup> Daraufhin wurden dem Parteivorstand im Mai 1980 drei Erklärungen übergeben, die von 60 SEW-Mitgliedern unterzeichnet worden waren und mit denen 30 Mitglieder ihren Austritt begründeten.<sup>214</sup> Die Austritte wurden von der Parteiführung in Ausschlüsse umgemünzt.<sup>215</sup> Auf der darauffolgenden Tagung des Parteivorstandes betrachtete Horst Schmitt den Austritt der „30 oder 35 Banditen“<sup>216</sup> als „notwendigen Reinigungsprozeß, der unsere Partei nicht schwächt, sondern aus dem sie politisch-ideologisch und organisatorisch gestärkt hervorgehen wird“.<sup>217</sup> Gleichzeitig machte Schmitt in seinem Schlußwort indirekt deutlich, wie mißtrauisch der Führungszirkel der SEW den neuen, zumeist akademischen Mitgliedern der Partei gegenüberstand.<sup>218</sup>

- <sup>213</sup> Vgl. „Zu den Ereignissen der Parteiwahlen“, in: Dokumentation: Aus dem Referat des Vorsitzenden der SEW auf der 15. Tagung des Parteivorstandes, Die Wahrheit, 21.4.1980.
- <sup>214</sup> Insgesamt traten im Rahmen der „Klarheit“-Fraktion 46 Mitglieder aus der SEW aus, 10 wurden nach Parteiverfahren ausgeschlossen. Vgl. Übersicht in der Akte: SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 510.
- <sup>215</sup> Die Austrittserklärungen wurden von der 16. Tagung des Parteivorstandes abgelehnt, statt dessen wurden die ehemaligen Parteivorstandsmitglieder aus der SEW ausgeschlossen, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 510.
- <sup>216</sup> Schlußwort des Genossen Horst Schmitt auf der 16. Tagung des Parteivorstandes am 6.6.1980, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 511.
- <sup>217</sup> Schmitt zitiert nach: „Die SEW ist sich ,viel zu gesund“, Frankfurter Rundschau, 7.6.1980.
- <sup>218</sup> Schmitt sagte dem SED-Protokoll zufolge: „Natürlich gab es solche Probleme nicht, solange das Durchschnittsalter der Parteimitglieder 64 Jahre war vor 20 Jahren. Aber inzwischen haben wir eine Partei mit vielen jungen Mitgliedern und wir haben im Abschwung mit der antiautoritären Bewegung, der Studentenrevolte usw., ja damals beinahe 3000 neue Mitglieder aufgenommen. (...) Darunter sind nicht wenige aus dem Kleinbürgertum und es zeigt sich jetzt, daß einige Kleinbürger geblieben sind.“ (Schlußwort des Genossen Horst Schmitt auf der 16. Tagung des Parteivorstandes am 6.6.1980, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 511.) Auch innerhalb einer Übersicht über die Anzahl der ausgetretenen bzw. ausgeschlossenen ehemaligen SEW-Mitglieder wird penibel zwischen Akademikern, Studenten und sonstigen Mitgliedern unterschieden. (Vgl. Übersicht in der Akte SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/ 202/ 510).

Mit Parteiaustritten und -ausschlüssen wurde eine Erneuerung der SEW verhindert, statt dessen ging sie „ideologisch rein und politisch bedeutungslos“<sup>219</sup> in die 80er Jahre und blieb weiterhin auf die SED fixiert. Aber auch nach dem Austritt bzw. Ausschluß der Mitglieder der „Klarheit“-Fraktion konnte die SEW-Führungsriege nicht verhindern, daß in den Folgejahren von der Basis zunächst sehr zurückhaltend, später immer deutlicher eine veränderte Politik der SEW gefordert wurde. Die Unbeweglichkeit der Parteiführung verschuldete eine im Verlauf der 80er Jahre immer deutlicher werdende Auseinanderdividierung der Generationen innerhalb der SEW.

Vor allem ältere SEW-Mitglieder sahen es als eine Form der Parteidisziplin an, die Länder des real existierenden Sozialismus nicht zu kritisieren, sondern in ihrem Sinne in West-Berlin wirken zu wollen, auch wenn dies oftmals mit den politischen Gegebenheiten und Notwendigkeiten in West-Berlin kollidierte. Sie waren bereit, ohne daß die SED Druck ausüben mußte, in deren Sinne zu arbeiten. Ernst Welters erinnert sich:

„Bis weit in die 80er Jahre hinein gab es genug Parteifunktionäre, die von sich aus, ohne daß es eine Drohung gab, bereit waren, Sachen so zu beeinflussen, daß eine Drohung gar nicht notwendig war. Das ging so weit, daß der Zuständige für den Kreis Steglitz zu uns kam und sagte: ‚Also die Betriebszeitung können wir so nicht drucken.‘ Die wurde dann kurzerhand eingestampft. Wir haben uns gewehrt, aber da waren die Dinger schon durch den Reißwolf gedreht.“<sup>220</sup>

Auf der anderen Seite bezogen sich aber immer mehr FunktionärInnen der SEW in ihrer politischen Überzeugung weniger auf die enge Verbundenheit mit den sozialistischen Staaten, sondern hatten ihre politische Sozialisation in der - zumindest idealtypisch - antiautoritären und anti-hierarchischen Studentenbewegung erfahren. Für sie war das dogmatische Klammern der Parteiführung an das Vorbild des real existierenden Sozialismus und an das Feindbild des Westens unverständlich und Grund für Kritik: Statt „Vasallentreue“ käme es auf die Entwicklung einer eigenständigen Position gegenüber den östlichen „Bruderparteien“ an. Auch innerparteilich sei viel zu verändern: die Entscheidungsfindung innerhalb der SEW müsse demokratisiert werden, damit die Basis Einfluß auf die politische Linie der Partei nehmen könne. Dagegen verkün-

<sup>219</sup> Nüske, a.a.O., S. 127.

<sup>220</sup> Ernst Welters im Gespräch mit der Autorin.

dete der Parteivorsitzende Horst Schmitt noch 1985: „Basisdemokratie verträgt sich nicht mit den Prinzipien einer marxistisch-leninistischen Partei.“<sup>221</sup> Die oberste Führungsriege der SEW blieb auf die SED fixiert und deshalb sowohl in ihrer Beziehung zu den sozialistischen Staaten als auch in Hinsicht auf die innerparteiliche Kritik unbeweglich.

### **Ambivalenzen zu linken Bewegungen**

Die Glaubwürdigkeit der politischen Arbeit der SEW-GenossInnen wurde dadurch maßgeblich untergraben. So initiierte die SEW in den 80er Jahren zwar Kampagnen wie „Unsere Stadt gegen Atomwaffen“ und kritisierte die Stationierung von NATO-Sprengköpfen in der Bundesrepublik, die Kritik wurde jedoch nicht auf die sowjetische Rüstungspolitik ausgeweitet. Auch zur Anti-AKW-Bewegung konnte die SEW nur halbherzig Stellung beziehen: sie kritisierte die westliche Atompolitik, verteidigte aber gleichzeitig den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken in der DDR und anderen sozialistischen Staaten. Die wachsende Ökologiebewegung brachte die SEW zudem in den Konflikt, Umweltverschmutzung in der Bundesrepublik zu beklagen, gleichzeitig aber über die verheerenden ökologischen Zustände in Osteuropa und der UdSSR zu schweigen.

Auch zum Reaktorunglück in Tschernobyl Ende April 1986 bezog die SEW nicht deutlich Stellung. Kritisiert wurden in erster Linie nicht die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen im Reaktor oder die Nutzung von Atomkraft generell, sondern im Mittelpunkt der SEW-Kritik stand die „bürgerliche Hysterie“ und „antikommunistische Hetze“ der westlichen Presse.<sup>222</sup>

So wurde im Verlauf der 80er Jahre immer offensichtlicher, daß die SEW ideologisch-strategisch zu sehr den sozialistischen Staaten verhaftet war, als daß sie überzeugende politische Konzepte für West-Berlin und Westeuropa liefern konnte.

<sup>221</sup> Nach: Volker Skierka: „Wie eine Splitterpartei weltberühmt wird“, Süddeutsche Zeitung, 1.8.1985.

<sup>222</sup> Vgl. dazu vor allem die „Erklärung des Sekretariats des Parteivorstandes der SEW zu politischen Schlußfolgerungen aus dem Unglück von Tschernobyl“, abgedruckt in: Die Wahrheit, 28.5.1986.

Nach und nach konnten jedoch immer mehr jüngere Parteimitglieder verantwortliche Posten innerhalb der SEW-Hierarchie einnehmen. Sie forderten von innen heraus eine Veränderung des Politikstils der SEW und verlangten mehr Offenheit auch gegenüber der Parteibasis. 1989 erläuterte auch Horst Schmitt gegenüber Erich Honecker, bei der SEW „handele es sich in gewisser Weise bereits um eine neue Partei. Die früher überall bestimmenden und über Jahrzehnte herangewachsenen Kader wären im Grunde durch eine neue Generation in der Partei ersetzt worden. Das Verhältnis zur DDR und zum Sozialismus entwickelte sich über die Theorie und nicht mehr wie früher durch die direkte Verbundenheit mit der DDR in einer Partei. Mit der neuen Generation spielten bürgerlich beeinflusste Vorstellungen von Demokratie und Freiheit auch in Teilen der Partei eine Rolle.“<sup>223</sup>

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Kraftprobe zwischen der alten Funktionärsriege und den jüngeren Parteimitgliedern im Zeichen von Glasnost und Perestroika bereits zugespitzt. Michael Gorbatschow wurde gegen Ende der 80er Jahre zur Schlüsselfigur für das Bestreben nach einer demokratischen Erneuerung der SEW. Innerhalb der Partei entwickelte sich seit 1987/88 eine kritische Strömung.<sup>224</sup> Die reformerischen FunktionärInnen gingen jedoch zu keiner Zeit auf Konfrontationskurs gegenüber der Parteiführung - anders als etwa in der DKP die „Erneuerer“<sup>225</sup> - und konnten von der SEW-Spitze bis zum Untergang der Partei von Machtpositionen ferngehalten werden.

<sup>223</sup> „Niederschrift des Gesprächs des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit einer Delegation des Parteivorstandes der SEW unter Leitung ihres Parteivorsitzenden, Genossen Horst Schmitt, am 16.1.1989 in Berlin“, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.035/117, S. 120.

<sup>224</sup> Vgl. dazu auch: Moreau, a.a.O., S. 50-53.

<sup>225</sup> In der DKP entwickelte sich in der Folge von Gorbatschows Reformpolitik seit 1987 eine innerparteiliche Opposition, die DKP-Führung blieb dagegen auf SED-Linie, was zu einer Spaltung der Partei in einen „Betonblock“ und in die Fraktion der „Erneuerer“ führte. Vgl. dazu vor allem: Wilke u.a.: Die DKP, a.a.O.; Manfred Wilke: Die Krise der Deutschen Kommunistischen Partei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/ 1990 (im folgenden: Wilke: Die Krise, a.a.O.), sowie: Detlev Albers / Frank Deppe / Michael Stamm: Fernaufklärung. Glasnost und die bundesdeutsche Linke, Köln 1989.

#### 4.2. Gefangen im Spagat zwischen SED und KPdSU - Auswirkungen der Politik Gorbatschows auf SEW und „Wahrheit“

„Immer dann erlitten Parteien schwere Rückschläge, wenn sie glaubten, mit den gestern noch gültigen Formeln auch schon über Antworten auf aktuelle Fragen zu verfügen.“<sup>226</sup>

Für die SEW-Führung beschwor der 1985 angetretene neue Generalsekretär der KPdSU, Michael Gorbatschow, einen Loyalitätskonflikt herauf, denn er stellte sie vor die Schwierigkeit, am Vorbild der KPdSU festhalten und gleichzeitig die unbewegliche DDR-Führung nicht verprellen zu wollen. Letztendlich richtete sich die SEW-Spitze mit der SED gegen Gorbatschow. Große Teile der Parteibasis hingegen betrachteten die neue Politik der KPdSU als Anstoß, auch die SEW demokratisch umzugestalten.

Gorbatschow war zunächst mit seinen Abrüstungsvorschlägen, dann auch mit seinen Gedanken über einen demokratischen Sozialismus auf Begeisterung gestoßen. Auf ihrem XXVII. Parteitag im März 1986 versuchte die KPdSU, die Umsetzung von „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestroika“ (Umgestaltung) in allen Bereichen ihrer Politik einzuleiten.<sup>227</sup> Zudem entließ die KPdSU auf diesem Parteitag alle „Bruderparteien“ in die ideologische Unabhängigkeit: sie sollten von nun an eine eigenverantwortliche Politik betreiben, womit der seit 1968 geltenden „Breshnew-Doktrin“ eine eindeutige Absage erteilt wurde.<sup>228</sup>

In seiner Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution 1987 unterstrich Gorbatschow erneut:

<sup>226</sup> Vgl. Schriftlich eingereicherter Diskussionsbeitrag des Genossen Michael Rau, Protokoll des VIII. Parteitages, a.a.O., S. 435-439.

<sup>227</sup> Vgl. die Dokumentation: 27. Parteitag der KPdSU März 1986. Sowjetunion zu neuen Ufern? Dokumente und Materialien mit einer Einleitung von Dr. Gert Meyer, Düsseldorf o.J.

<sup>228</sup> Dies wurde so im neugefaßten und vom XXVII. Parteitag der KPdSU bestätigten Parteiprogramm festgelegt, vgl. Wilke u.a.: Die DKP, a.a.O., S. 198. Nach der Breschnew-Doktrin hatten die sozialistischen Staaten im sowjetischen Einflußbereich nur eine begrenzte Souveränität.

„Die Zeiten der Komintern, des Informbüros und selbst die Zeiten der bindenden internationalen Beratungen sind vorbei. (...) Alle Parteien sind restlos und unumkehrbar selbständig.“<sup>229</sup>

Und auch den Vorbildcharakter der Sowjetunion hob er auf:

„Wir haben uns überzeugt, daß Einheit keineswegs mit Identität und Uniformität gleich ist. Wir haben uns auch überzeugt, daß der Sozialismus kein ‚Modell‘ hat, nach dem sich alle richten würden, und auch keines haben kann.“<sup>230</sup>

### **Die Vorgaben der SED: Ablehnung von Reformen**

SED, DKP und SEW hatten sich stets als Teil der Kommunistischen Internationale unter Führung der KPdSU gefühlt, die Treue zur Sowjetunion wurde schon in den 20er Jahren von der KPD zum Prüfstein für die Zuverlässigkeit eines Kommunisten erhoben. Das sowjetische Modell des Sozialismus hatte Vorbildcharakter. Gorbatschows Bekenntnis zur Vielfalt der Wege zum Sozialismus und zur Eigenständigkeit aller kommunistischen Parteien mußte die KommunistInnen in der Bundesrepublik und der DDR, die immer die Einheit und Geschlossenheit der internationalen Arbeiterbewegung beschworen hatten, in ihrem Selbstverständnis deshalb hart treffen.<sup>231</sup>

Die SED distanzierte sich seit dem Amtsantritt Gorbatschows zunehmend von der KPdSU. Die Parteiführung kritisierte Gorbatschows Politik zwar nicht direkt, ließ aber keinen Zweifel an ihrer ablehnenden Haltung. Eine offene Konfrontation zwischen SED und KPdSU wurde aber bis zum Schluß von beiden Seiten vermieden.<sup>232</sup>

<sup>229</sup> Michael Gorbatschow, Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution, Köln 1987, S. 91, zitiert nach: Wilke: Die Krise, a.a.O., S. 30.

<sup>230</sup> Ebd.

<sup>231</sup> Vgl. Manfred Wilke: DKP und PDS nach dem Ende des deutschen Kommunismus, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 3, Bonn 1991, hrsg. von Uwe Backes und Eckhard Jesse, S. 147.

<sup>232</sup> Vgl. dazu den Dokumentenband: Honecker - Gorbatschow. Vieraugen-gespräche, hrsg. von Daniel Küchenmeister, Berlin 1993.

Die SED versuchte vor allem durch die selektive Wahrnehmung der sowjetischen Umgestaltungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich einerseits und der Demokratisierung von Partei und Staat andererseits, das reformerische Potential der Gorbatschowschen Politik für die DDR zu minimieren.<sup>233</sup> So wurden die Veränderungen im wirtschaftlichen Bereich der UdSSR gutgeheißen, wobei betont wurde, daß die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der DDR schon seit dem VIII. Parteitag der SED gelte, für die DDR mithin kein Handlungsbedarf bestehe.<sup>234</sup> Auch die außenpolitischen Schritte Gorbatschows zur Entspannung der Blockkonfrontation begrüßte Erich Honecker, soweit sie sich mit seinen Interessen deckten.<sup>235</sup>

Doch schon bei ersten Ansätzen innerer Reformen sperrte sich die SED-Spitze, ähnliche Schritte in der DDR und innerhalb der SED einzuleiten. Dabei berief sich die SED auf ihre Eigenständigkeit. Hatte sie zuvor jeden Schwenk der sowjetischen Politik mitgemacht, hieß es nun, es sei für die SED nicht neu, „daß es kein für alle sozialistischen Länder geltendes Modell gibt“.<sup>236</sup> Die SED-Führung berief sich auf einen „Sozialismus in den Farben der DDR“, die von Gorbatschow postulierte Unabhängigkeit aller sozialistischen Staaten nutzte sie als Legitimation ihrer Unbeweglichkeit - die liberale Position Gorbatschows ermöglichte es ihr, auf Distanz zu gehen.<sup>237</sup> Gerade gegenüber dem Verlauf und den Ergebnissen des XXVII. Parteitags der KPdSU zeigte Honecker deutlich seine Ver-

<sup>233</sup> Vgl. Wilke u.a.: Die DKP, a.a.O., S. 204-212.

<sup>234</sup> Honecker wies Gorbatschow am Rande des XXVII. Parteitags der KPdSU darauf hin, daß die UdSSR nur nachzuvollziehen brauche, was die DDR seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 praktiziere. Vgl. Küchenmeister, a.a.O., S. 13.

<sup>235</sup> Allerdings hatte er kein Verständnis für Ansätze zur generellen Beseitigung der Gegnerschaft zwischen Warschauer Vertrag und NATO und damit verbunden zwischen DDR und Bundesrepublik. Vgl. ebd., S. 16.

<sup>236</sup> „Aus dem Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des Zentralkomitees der SED, Berichterstatter: Erich Honecker: Mit Blick auf den XII. Parteitag die Aufgaben der Gegenwart lösen“, UZ-Dokumentation, 6.12.1988, S. 9, zitiert nach: Wilke u.a.: Die DKP, a.a.O., S. 207.

<sup>237</sup> Hermann Weber: DDR. Grundriß der Geschichte 1945 bis 1990, Hannover 1991, S. 185.



stimmung.<sup>238</sup> Die ablehnende Haltung der SED gipfelte in der berühmten „Tapeten“-Äußerung Kurt Hagers.<sup>239</sup>

## Gespaltene Reaktion der SEW

Die SEW-Führung kam durch Gorbatschow in eine mißliche Lage zwischen SED und Mitgliedschaft: Zum einen konnte sie nicht von der SED-Linie abrücken, was in bezug auf Gorbatschow hieß, daß intern eine kritische bis ablehnende Haltung gegenüber den Reformgedanken eingenommen wurde. In der Mitgliedschaft waren Gorbatschows Anstöße zu demokratischen Veränderungen dagegen auf fruchtbaren Boden gefallen. Da der Großteil der SEW-Parteifunktionäre in Moskau geschult wurde, verbreiteten sich die sowjetischen Reformgedanken unter den jüngeren Parteifunktionären schnell.

Die eigene Unbeweglichkeit und auch die Reformunwilligkeit der SED konnte die SEW-Spitze gegenüber der Mitgliedschaft nicht verdecken. Die Jahrzehnte lang geleistete „Sozialismuspropaganda“, welche die Glaubwürdigkeit der SEW gegenüber anderen politischen Kräften ohnehin untergraben hatte, wurde mit Gorbatschows Eingeständnissen der tatsächlichen Verhältnisse in der Sowjetunion vollständig entblößt, denn das sozialistische Vorzeigeland erwies sich als ökonomisch rückständig und stalinistisch deformiert.

Gorbatschows Reformpolitik auf der einen und die Orthodoxie der SED auf der anderen Seite wurden zu den Fixpunkten, an denen sich Mitgliedschaft und Führung der SEW ausrichteten. Dabei blieb die SEW-Führungsspitze der Bruderpartei in Ost-Berlin treu ergeben, während ein Großteil der reformbereiten, zumeist jüngeren Funktionäre versuchte, Gorbatschows Reformgedanken auf die SEW zu übertragen, dabei aber

<sup>238</sup> Vgl. „Information über das Treffen des Genossen E. Honecker mit Genossen M.S. Gorbatschow am 20.4.1986 in Berlin“, abgedruckt als Dokument 9 in: Küchenmeister, a.a.O., S. 78-105.

<sup>239</sup> Das Politbüromitglied Kurt Hager sagte in einem „Stern“-Interview: „Würden Sie, nebenbei gesagt, (...) wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“, aus: „Kurt Hager beantwortet Fragen der Illustrierten ‚Stern‘“, Neues Deutschland, 10.4.1987, zitiert nach Wilke u.a.: Die DKP, a.a.O., S. 206.

an der unbeweglichen Führung scheiterte. 1989 mußte sich der Parteivorstand der SEW eingestehen:

„In der Praxis versuchten wir, die sich immer deutlicher zeigenden Unterschiede in der Entwicklung von Sowjetunion und DDR durch einen grotesken Spagat zu überwinden.“<sup>240</sup>

## Die ReformerInnen an der Parteibasis

In der SEW-Parteibasis hatte Gorbatschow mit seinen Reformgedanken die Hoffnung auf einen Neuanfang der kommunistischen Bewegung geweckt. Die „Wahrheit“ berichtete zum großen Teil begeistert über die Entwicklungen in der Sowjetunion. Der damalige stellvertretende Chefredakteur, Gerhard Seyfarth, erinnert sich an diesen Aufbruch wie folgt:

„Ab 1987, als sich die Konflikte zwischen DDR und UdSSR verschärften, als klar wurde, daß Gorbatschow einen ganz anderen Kurs fährt als Honecker und daß diese Widersprüche nicht so leicht zu überwinden sind, nahmen die Reibereien der Redaktion mit dem Parteivorstand heftig zu. Wir hatten die Hoffnung, daß sich Gorbatschows Reformkurs auch in der DDR durchsetzen würde und daß es einen reformierten Sozialismus geben wird, der seine Attraktivität auch auf Westeuropa ausübt. Das haben wir auch in der Zeitung deutlich gemacht. Im Sekretariat des Parteivorstands war man hingegen der Ansicht, daß Gorbatschow einen äußerst gefährlichen Kurs steuere, der direkt oder indirekt zur Restauration des Kapitalismus führe. So kam es in der Zeit zwischen 1987 und 1989 verstärkt zu kritischen Einschätzungen der Zeitung durch die leitenden Gremien und durch den Parteivorstand, die zumeist voll hinter Honecker standen.“<sup>241</sup>

Gerade die jüngeren Funktionäre der SEW versuchten, Gorbatschows Kritik auf die eigene Partei zu übertragen. Wesentlich war dabei, daß mit Gorbatschow eine Reform der SEW gefordert werden konnte, ohne dabei Gefahr zu laufen, das Etikett des Revisionismus angehängt zu bekommen - wer mit dem Generalsekretär der KPdSU argumentierte, konnte nicht so

<sup>240</sup> „Erklärung des Parteivorstandes der SEW zur Entwicklung in der DDR, ihren Auswirkungen auf Westberlin und zu Schlußfolgerungen für die SEW“, Die Wahrheit, 20.11.1989.

<sup>241</sup> Gerhard Seyfarth im Gespräch mit der Autorin.

einfach ausgegrenzt und ausgeschlossen werden, wie dies noch bei den KritikerInnen der SEW in den 70er Jahren oder den Mitgliedern der „Klarheit“-Fraktion 1980 möglich war. Ernst Welters, damals Mitglied des Sekretariats des SEW-Parteivorstandes, berichtet darüber:

„Es war klar, daß Gorbatschow für die Partei internen Sprengstoff bedeutete, denn die SED war mit Gorbatschow überhaupt nicht einverstanden. Das hat nicht nur die SED zerrissen, sondern hatte auch seine Auswirkungen auf die SEW. (...) Insofern war das schlimmste, was auf einer Parteivorstandstagung passieren konnte, daß man sich auf Veränderungen nach Gorbatschow berief. Glasnost hatte eine große Bedeutung. Diese Entwicklung kann man dann auch an den Protokollen der Parteivorstandstagungen nachlesen: Bis 1988 wurde über die Diskussion nur mit Zitaten berichtet, während 1989 plötzlich die Diskussionsbeiträge veröffentlicht wurden. Und da konnte man erstmalig nachlesen, daß es Widersprüche gab. Das wurde ja vorher weggewischt und eingekleidet in bestimmte Parteifloskeln. Das wurde unter dem Gesichtspunkt von Gorbatschow betrieben und da konnte keiner sagen, das geht nicht, das machen wir nicht. Vieles wurde über diesen Hebel bewegt.“<sup>242</sup>

## VIII. Parteitag der SEW

An die Öffentlichkeit geriet die parteiinterne Kritik insbesondere auf dem VIII. Parteitag der SEW 1987. Dort hatte der Parteivorstand zur „Ausstrahlungskraft der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU“ lediglich die „Friedensoffensive“ und den „strategischen Kurs auf sozial-ökonomische Beschleunigung“ genannt. Mit keinem Wort ging der Parteivorsitzende Horst Schmitt auf die etwaige Notwendigkeit von Veränderungen innerhalb der SEW oder in der DDR ein. Nach SED-Manier wurde Gorbatschows Reformpolitik als rein sowjetische Entwicklung abgehandelt.<sup>243</sup>

In der Diskussion auf dem VIII. Parteitag der SEW machten einige Delegierte dagegen durchaus deutlich, daß auch eine Veränderung der politi-

<sup>242</sup> Ernst Welters im Gespräch mit der Autorin.

<sup>243</sup> Vgl. Bericht des Parteivorstandes an den VIII. Parteitag, in: Protokoll des VIII. Parteitages, a.a.O., S. 26-27.

schen Linie und der innerparteilichen Strukturen der SEW notwendig sei.

Auch die einseitige Berichterstattung der „Wahrheit“ wurde kritisiert. Erstmals wurde öffentlich der Umgang mit kritischen LeserInnen-Briefen bemängelt<sup>244</sup> und die Berichterstattung über das Reaktorunglück in Tschernobyl gerügt.<sup>245</sup> Einige Redner machten ihre Kritik konkret an der Person des Chefredakteurs Heinz Grünberg fest.<sup>246</sup> Grünberg erhielt bei der Wahl der Kandidaten zum Parteivorstand nur 296 von 422 Stimmen, während der Großteil der restlichen Kandidaten wie üblich nahezu einstimmig angenommen wurde.<sup>247</sup>

Die SED mußte angesichts des VIII. Parteitages der SEW bemerken,

„daß einige Kräfte in der Partei versuchen, ‚basisdemokratische‘ Vorstellungen, wie sie von der Alternativen Liste praktiziert werden, auf die Arbeit der Partei zu übertragen.“<sup>248</sup>

Auch wenn die Kritik der reformerisch eingestellten Kräfte innerhalb der SEW auf dem VIII. Parteitag insgesamt noch recht moderat ausgefallen war, zeigten die Signale des Parteitages ihre Wirkung: Um eine Reaktion auf die Kritik an der „Wahrheit“ zu zeigen, regte die SEW-Führung eine Neukonzipierung der Zeitung an. Zudem hatte der VIII. Parteitag die Einrichtung der Kommission „Westberlin und das Jahr 2000“ beschlossen, die eine Standortbestimmung der SEW vornehmen und Material für den nächsten Parteitag entwickeln sollte.

Jedoch zeigte sich, daß es der SEW-Spitze vor allem darauf ankam, einen offenen Ausbruch der Krise zu verhindern und sie deshalb bereit war, kleine Zugeständnisse zu machen. Nach wie vor blieb sie jedoch unwillig, eine grundlegende Reform der Partei in Betracht zu ziehen, und ver-

<sup>244</sup> Vgl. Redebeitrag des Genossen Gerhard Heß, ebd., S. 139-143.

<sup>245</sup> Aus Zehlendorf kam dazu der Antrag, der Parteitag möge die Unterdrückung von Leserbriefen an die „Wahrheit“ zum Thema Tschernobyl mißbilligen. Erst nach einem längeren Disput wurde der Zehlendorfer Antrag abgelehnt und statt dessen eine Änderung des Berichts des Parteivorstandes an den Parteitag beschlossen.

<sup>246</sup> Mehrere Delegierte forderten ausdrücklich personelle Konsequenzen innerhalb der Chefredaktion, ebd., S. 225 und 438.

<sup>247</sup> Vgl. ebd., S. 289.

<sup>248</sup> Abteilung IPW: „Bericht über den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins vom 15. bis 17.5.1987“, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/ 2.035/117, S. 59.

schleppte bereits beschlossene Entscheidungen zu einem veränderten Politikstil: So nahm die Kommission „Westberlin und das Jahr 2000“ erst Ende 1988 ihre Arbeit auf. Auch die neue Konzeption der „Wahrheit“ brachte keine wirklichen Veränderungen - das grundsätzliche Konzept der „Wahrheit“ als Parteizeitung sollte nicht angetastet werden.<sup>249</sup>

Die ReformersInnen ihrerseits hofften, auf dem nächsten Parteitag - für 1990 geplant - einen kompletten Generationswechsel im SEW-Parteivorstand, in den Führungsgremien und an der Parteispitze durchsetzen zu können.<sup>250</sup>

## Die unbewegliche Parteispitze

Im Gegensatz zur Parteibasis blieb die oberste Führungsspitze der SEW letztendlich unbeweglich. Die SEW-Spitze war durch ihre Abhängigkeit von der SED an deren Linie gebunden: Bei internen Unterredungen zwischen SED und SEW ließ deren Parteivorsitzender Horst Schmitt keinen Zweifel an seiner ablehnenden Haltung Gorbatschow gegenüber. Durch die Einsichtnahme in Aktenmaterial des SED-Archivs kann belegt werden, daß die SEW-Führung die Chance zu einem Neuanfang mit Gorbatschow nie auch nur ansatzweise nutzen konnte oder wollte.

Offenbar versuchte die KPdSU zunächst, die Westberliner GenossInnen zu Diskussionen über notwendige Reformen zu bewegen. KPdSU-FunktionärInnen informierten die SEW-Mitglieder durch eine Vielzahl von Vorträgen und Informationsveranstaltungen über ihr Reformprogramm.<sup>251</sup>

<sup>249</sup> Vgl. dazu ausführlich: Kap. 4.3.

<sup>250</sup> So Ernst Welters im Gespräch mit der Autorin: „Die Partei bereitete sich 1989 völlig unabhängig von der ‚Wende‘ [in der DDR] auf einen Generationswechsel vor. Auf dem ins Auge gefaßten Parteitag im Juni 1990 wäre eine komplette Wachablösung vorgenommen worden.“ und Gerhard Seyfarth: „SEW - Firma oder Partei?“, NZette vom 16.12.1989

<sup>251</sup> Sowjetische WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und FunktionärInnen hielten in der Schulungsstätte der SEW, der Marxistischen Abendschule (MASCH) sowie der SEW-Organisation Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) in der SEW verstärkt Vorträge über Glasnost und Perestroika. 1987 fanden beispielsweise innerhalb von nur drei Monaten im DSF „28 Veranstaltungen und Hunderte Gespräche zur sowjetischen Außen-

Im Juli 1986 sandte das ZK der KPdSU zudem an den SEW-Parteivorsitzenden Horst Schmitt eine Aufstellung verschiedener Fragen, die im Rahmen einer Diskussion „in einer sehr offenen kameradschaftlichen und kritischen Atmosphäre“ geklärt werden sollten. Es handelte sich um Fragen zur Zukunft der kommunistischen Bewegung und der Arbeiterbewegung allgemein in Westeuropa und um spezielle Anforderungen an die SEW als Westberliner Partei.<sup>252</sup>

Die SEW hätte dieses Angebot zu einer offenen Auseinandersetzung über ihre Politik der Partei nutzen können. Horst Schmitt beantwortete das Schreiben jedoch nicht selbst, sondern übergab den Fragenkatalog an die Abteilung IPW, welche ihn an Honecker und Axen weiterleitete. Axen erarbeitete schließlich für Horst Schmitt ein zehnteitiges Papier mit detaillierten Vorschlägen zur Beantwortung der Fragen.<sup>253</sup>

Darin bezeichnete die SED die „Behauptung von einem allgemeinen Rückgang und der Stagnation der kommunistischen Bewegung in den kapitalistischen Ländern“ als schlichtweg „falsch“.<sup>254</sup> SED, SEW und DKP seien „für die Gegenwart theoretisch und politisch gerüstet“.<sup>255</sup> Die Probleme der Kommunisten in West-Berlin und Westdeutschland wurden quasi zur inneren Angelegenheit der SED erklärt, die Moskau nicht zu interessieren hätte.

Sehr deutlich wurde dieser Angriff gegenüber der KPdSU durch die folgende Stellungnahme im SED-Papier:

„Die vom XX. Parteitag der KPdSU beschlossene Korrektur und Überwindung von Fehlern und Entstellungen im Leben der sowjetischen Gesellschaft und in der KPdSU wurden in einer Art und Weise vollzogen, die sich äußerst negativ und schädlich für die gesamte internationale kommunistische Bewegung, insbesondere auch in den nicht-

und Innenpolitik mit über 1500 Teilnehmern“ statt. Vgl. Redebeitrag des Genossen Hans Mahle auf dem VIII. Parteitag der SEW, in: Protokoll des VIII. Parteitages, a.a.O., S. 148.

<sup>252</sup> Vgl. Abteilung IPW: „Information über ein Gespräch des Genossen Gunter Rettner mit Genossen Horst Schmitt, Vorsitzender der SEW“, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.035/117, S. 17-20.

<sup>253</sup> Vgl. Hermann Axen: „Bemerkungen zu den vom Zentralkomitee der KPdSU an Genossen Horst Schmitt gestellten Fragen“, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.035/117, S. 27-36.

<sup>254</sup> Ebd., S. 32.

<sup>255</sup> Ebd., S. 35.

sozialistischen Ländern, ausgewirkt hat. Das bewirkte eine Woge des Revisionismus, des Eurokommunismus, des Nationalismus in der kommunistischen Weltbewegung, die Schwächung, Spaltung und den Zerfall mehrerer Bruderparteien.<sup>4256</sup>

Die SED erklärte also den mit dem XX. Parteitag der KPdSU eingeleiteten Versuch der Aufarbeitung des Stalinismus zur Ursache der Krise der kommunistischen Bewegung. Ohnehin verweist die Ablehnung der Reformversuche Gorbatschows durch die SED immer wieder auf die in der DDR nur sehr oberflächlich vollzogene Entstalinisierung.<sup>257</sup> Mit seiner Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 hatte sich Chruschtschow von Stalin und seinen Herrschaftsmethoden distanziert.<sup>258</sup> In der Folgezeit hatte die SED die Aufarbeitung des Stalinismus nur teilweise vollzogen, eine wirkliche Beseitigung der Ursachen des Stalinismus in der DDR wurde von der SED rasch unterbunden.<sup>259</sup> Im Rahmen ihrer Gorbatschow-Kritik erneuerte die SED ihre Ablehnung des XX. Parteitages der KPdSU.

Auch in der kritischen Haltung zum XX. Parteitag der KPdSU herrschte offenbar Übereinstimmung zwischen SED- und SEW-Führung. So äußerte der SEW-Parteivorsitzende Horst Schmitt 1989 in einer Unterredung gegenüber Honecker nicht nur sein Unbehagen über Gorbatschows Reformpolitik, sondern gab zu verstehen, daß er bereits mit dem XX. Parteitag der KPdSU „Schwierigkeiten“ gehabt hätte. Der Bericht der Abteilung IPW protokolliert Schmitts Aussage wie folgt:

„Ein ernstes Handicap für die Kommunisten sei die Entwicklung in einigen sozialistischen Ländern und besonders manches in der Sowjetunion und wie Perestroika und Glasnost über die Medien in Westberlin ankommen. Er mache auch gegenüber sowjetischen Genossen aus

<sup>256</sup> Ebd., S. 34.

<sup>257</sup> Vgl. dazu: SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahr 1956, hrsg. von Josef Gebert u.a., Berlin 1990 sowie: Frank Stern: Dogma und Widerspruch. SED und Stalinismus in den Jahren 1946 bis 1958, München 1992.

<sup>258</sup> Die Geheimrede Chruschtschows. Über den Personenkult und seine Folgen, Berlin 1990.

<sup>259</sup> Der Personenkult wurde kritisiert, im Sommer 1956 veranlaßte die SED eine Amnestie, in deren Verlauf 25.000 Strafgefangene, darunter viele politische Häftlinge entlassen wurden. Vgl. Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1997, 2. Aufl., S. 344f.

seiner Auffassung kein Geheimnis. Die SEW mische sich nicht in die Angelegenheiten der KPdSU. Es sei jedoch Tatsache, daß es bereits nach dem XX. Parteitag große Schwierigkeiten gegeben hätte, nach dem XXVII. Parteitag seien sie jedoch noch größer geworden.“<sup>260</sup>

## **„Wahrheit“ unter verschärfter SED-Beobachtung**

Auch die Redaktion der „Wahrheit“ bekam zu spüren, in welchem Konfliktfeld zwischen SED und KPdSU sich die SEW bewegte. Der überwiegende Teil der Redaktion begrüßte Gorbatschows Politik. Durch eine kritische Berichterstattung über die tatsächlichen Verhältnisse in der UdSSR und durch die ausführliche Darstellung der Reformvorschläge der KPdSU versuchte die „Wahrheit“, ein Stück „Glasnost“ auch in die SEW zu tragen. Dabei stieß sie jedoch regelmäßig auf Widerstand bei der Parteiführung. Der damalige Stellvertretende Chefredakteur Gerhard Seyfarth schildert das Verhalten des SEW-Parteivorsitzenden Horst Schmitt wie folgt:

„Sein Dilemma war, daß er als Parteivorsitzender die KPdSU nicht offen kritisieren durfte, daß ihm aber schon beim 27. Parteitag der KPdSU im Februar 1986 der eingeschlagene Kurs höchst verdächtig vorgekommen war. Deshalb griff er die Perestroika nicht frontal an, sondern kritisierte einzelne, aber durchaus typische Erscheinungen des Umbruchprozesses. (...) In bezug auf die ‚Wahrheit‘ versuchte Schmitt, den Abdruck von Artikeln zu verhindern, die er als ideologisch schädlich empfand - auch oder gerade dann, wenn sie aus sowjetischer Feder stammten. (...) Eine kurze Zeitlang gab es die Anweisung, Beiträge der sowjetischen Nachrichtenagentur APN vor dem Abdruck dem Parteivorstand zu zeigen. Diese Anweisung wurde bald ‚vergessen‘, weil sich herausstellte, daß Meinungsäußerungen von Gorbatschow oder Schewardnadse - um deren Abdruck kein Weg herum führte - viel brisanter waren als die Äußerungen irgendwelcher APN-Journalisten.“<sup>261</sup>

<sup>260</sup> Vgl. „Niederschrift des Gesprächs des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit einer Delegation des Parteivorstandes des SEW ... 16.1.1989 in Berlin“, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.035/117, S. 121.

<sup>261</sup> Gerhard Seyfarth im Gespräch mit der Autorin.



Daß die SEW-Parteiführung wiederum oftmals auf Anweisung der SED handelte, war der Redaktion größtenteils nicht bekannt. Veröffentlichte die „Wahrheit“ Artikel über Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion, kam es mehrfach zu scharfen Reaktionen aus Ost-Berlin. Offenbar fürchtete man dort, daß die Kritik an stalinistischen Zuständen in der Sowjetunion von den LeserInnen auf die DDR übertragen werden würde. Da die „Wahrheit“ zudem auch in der DDR erhältlich war, hatte die SED-Spitze einen Grund mehr, die reformerische Berichterstattung der „Wahrheit“ auf das Genaueste zu kontrollieren und Impulse zu Veränderungen so weit wie möglich einzudämmen. Ein Beispiel dafür ist die bereits ausführlich geschilderte Absetzung Grünbergs und das Verbot der UdSSR-Serie im Sommer 1987. Zu ähnlich harschen Abmahnungen kam es immer wieder: So veröffentlichte die „Wahrheit“ beispielsweise im Dezember 1986 zwei Interviews mit sowjetischen Journalisten. Im ersten Interview forderte der Chefredakteur des theoretischen Organs der KPdSU („Kommunist“) unter dem Titel „Dogmatisches Herangehen an Probleme ins Wanken bringen“ mit Bezug auf den XXVII. Parteitag der KPdSU eine neue Denkweise innerhalb der sozialistischen Presse.<sup>262</sup> Wenige Tage später erschien unter dem Titel „Der sowjetische Leser hat großes Vertrauen zu seinen Zeitungen“ ein weiteres Gespräch mit einem sowjetischen Journalisten über die Auswirkungen des XXVII. Parteitages der KPdSU auf die Presse. Ein Redakteur des KPdSU-Zentralorgans „Prawda“ sagte darin, es müsse eine Vielfalt an Meinungen und keine Tabuthemen mehr geben, Kritik an Mißständen müsse frei geäußert werden können, auch wenn sie Parteifunktionäre oder Mitglieder des Politbüros beträfe.<sup>263</sup> Nach Erscheinen des zweiten Interviews wurde Horst Schmitt sofort vom Leiter der Abteilung IPW, Gunter Rettner, zu einem „ausführlichen und prinzipiellen Gespräch“ gebeten. Darin kündigte Schmitt gegenüber Rettner an, er werde sich von der „Wahrheit“-Redaktion zukünftig alle Artikel vorlegen lassen, die in Zusammenhang mit dem XXVII. Parteitag stünden.<sup>264</sup> Schmitts Stellungnahme zeigt

<sup>262</sup> „Dogmatisches Herangehen an Probleme ins Wanken bringen“, Interview mit Iwan Frolow, Die Wahrheit, 12.12.1986.

<sup>263</sup> Vgl. „Der sowjetische Leser hat großes Vertrauen zu seinen Zeitungen“, Interview mit Jewgeni Wassiljewitsch Spechow, Die Wahrheit, 16.12.1986.

<sup>264</sup> Hausmitteilung Rettners an Honecker, 17.12.1986, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, S. 43.

deutlich, in welcher Zwickmühle zwischen SED-Führung und SEW-Mitgliedschaft sich die SEW-Parteiführung befand, wobei Schmitt an seiner ablehnenden Haltung zu den parteiinternen Diskussionen keinen Zweifel läßt.

„Genosse Horst Schmitt machte darauf aufmerksam, daß es ihnen in letzter Zeit schwerfällt, unter einem Teil von Mitgliedern und Funktionären, insbesondere der Redaktion ‚Die Wahrheit‘ bei Festigung der prinzipiellen Position zur Sowjetunion klarzumachen, daß die gegenwärtige innenpolitische Diskussion, die in den sowjetischen Medien seit dem XXVII. Parteitag geführt wird, so keineswegs weder auf die Bedingungen der DDR noch auf die Kampfbedingungen der SEW zutreffend sind. Vielmehr gebe es einige Genossen, die die in der Sowjetunion geführte Diskussion als Alibi benutzen, um ihre Unzufriedenheit vor allem mit der richtigen Linie der Parteiführung der SEW zu konfrontieren.“<sup>265</sup>

Nur einen Tag nach diesem Gespräch wandte sich Schmitt schriftlich direkt an Erich Honecker, um noch einmal zur Veröffentlichung der beiden Interviews Stellung zu nehmen. Hierbei stellte der SEW-Partei-vorsitzende seine Ablehnung der Glasnost-Politik klar. Schmitt schreibt an Honecker:

„Es ist müßig, lang und breit auf den Inhalt [*der beiden Interviews*] einzugehen. Grundtendenz ist jedenfalls - wenn man es etwas vergrößert ausdrückt -, daß alles in der Sowjetunion bisher falsch gemacht wurde, von Errungenschaften des Sozialismus ist überhaupt keine Rede und alles sieht aus, als beginne die Sowjetunion bei der Stunde Null. Aufgabe der sozialistischen Presse sei es vor allem, Mängel und Verfehlungen aufzudecken und jede Kritik ohne Ansehen der Person breit zu popularisieren, bis hin zur ‚Pflicht‘, auch die Mitglieder des Zentralkomitees nicht zu schonen.

Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, muß ich sagen, daß in beiden Fällen mir und dem Büro die Interviews erst zugänglich waren, als sie bereits gedruckt gewesen sind. Wir haben nach dem zweiten Interview sofort seitens des Büros strikte Maßnahmen festgelegt, die eine Wiederholung derartiger Erscheinungen unmöglich machen. In der Verurteilung des Erschienenen gibt es im Büro absolute Übereinstimmung. (...)

Sei bitte überzeugt, daß wir alles tun werden, um eine Wiederholung derartiger Vorfälle unter allen Umständen zu verhindern und u n s e r e Art der Sozialismuspropaganda durchzusetzen.“<sup>266</sup>

Besonders hart wurde der über die SEW-Parteiführung ausgetragene Machtkampf zwischen Redaktion und SED, als sich die „Wahrheit“ 1988/89 unübersehbar für eine demokratische Wende der SEW stark machte und ihre Spalten auch KritikerInnen öffnete. Eine Artikelreihe über den KPdSU-Reformer Chruschtschow wurde 1988 auf Anweisung des SEW-Parteivorsitzenden Horst Schmitt abgebrochen. Er legte darüber hinaus fest, daß dem Parteivorstand zukünftig alle Artikel sowjetischer Autoren vor Abdruck vorgelegt werden müßten.<sup>267</sup>

#### **4.3. „Euphorie in der Agonie“ - Verspätete Reformen in der SEW**

„Insbesondere im Sekretariat wurde zu spät begriffen, daß die ‚Wahrheit‘-Krise in Wirklichkeit eine Krise des Selbstverständnisses unserer Partei war.“<sup>268</sup>

Die innerparteiliche Kritik entlud sich nach dem schlechten Abschneiden bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Januar 1989 offen. Der Vorwurf: das neue Denken der sowjetischen Bruderpartei hätte in der SEW keinen Einzug gehalten, der „Gorbatschow-Effekt“ sei nicht für die Gewinnung neuer WählerInnen genutzt worden.<sup>269</sup>

#### **Aufbruchsversuche 1989**

Aus der Kritik an der SEW-Wahlpolitik entwickelte sich ein Streit über die Orientierung der Partei: Sie müsse sich endlich als „westlich“ begreifen. Das schlosse zwar keineswegs die „kritische Solidarität“ mit den Staaten

<sup>266</sup> Schreiben Horst Schmitts an Erich Honecker, 18.12.1986, SAPMO-BArch, DY 30/ J IV J/ 84. (Hervorhebung im Original)

<sup>267</sup> Vgl. dazu ausführlich: Kap. 4.3.

<sup>268</sup> Bericht des Parteivorstandes an den außerordentlichen Parteitag der SEW, a.a.O., S. 18.

<sup>269</sup> Vgl. ausführlicher: Nüske, a.a.O., S. 128-129.

des real existierenden Sozialismus aus, es käme aber darauf an, die Probleme dieser Länder nicht schönzureden. Plattform für die innerparteilichen Diskussionen wurde die „Wahrheit“, indem sie LeserInnen-Briefen viel Platz einräumte und auf der im Dezember 1988 neu eingerichteten „Forum“-Seite wöchentlich kontroverse Ansichten gegenüberstellte.<sup>270</sup>

Im Rahmen dieser Diskussionen wurde die ganze Partei von einer Aufbruchswelle erfaßt. Das Verhältnis zwischen Parteiführung und Basis wurde einer kritischen Analyse unterzogen, die unterwürfige Haltung der SEW gegenüber den sozialistischen Ländern bemängelt und die Aufarbeitung „weißer Flecken“ in der Geschichte der SEW (gemeint damit vor allem die „Klarheit“-Gruppe)<sup>271</sup> und in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung (hier vor allem: Stalinismus) gefordert. Gegenüber der DDR habe zu lange „Vasallentreue“ geherrscht, was der Glaubwürdigkeit der SEW geschadet hätte. Dagegen müßten eigene Standpunkte gefunden werden.

Den KritikerInnen gelang es, ihre Positionen via „Wahrheit“ in die Partei einzubringen, ohne von der Führung als „Parteifeinde“ aus der SEW ausgeschlossen zu werden. Frauke Gundlach, Kreisvorsitzende in Charlottenburg, erinnert sich:

„Wir waren ganz euphorisch. Mit einem Mal gingen Sachen, die waren früher unmöglich gewesen. Einer, der damals aus der SEW austrat, sagte dazu: ‚Das kommt mir vor wie Euphorie in der Agonie - ihr merkt es nur nicht.‘“<sup>272</sup>

<sup>270</sup> Auslöser war ein Brief der SEW-Betriebsgruppe 14 aus Schöneberg, der am 12./13.11.1988 unter dem Titel „Mißtrauen gegen vorschnelle Antworten“ in der „Wahrheit“ veröffentlicht wurde. In ihm wurde gefordert, auch an der Umweltverschmutzung in der DDR Kritik zu üben, sonst würde die SEW immer mehr an Glaubwürdigkeit verlieren: „Nur derjenige hat Autorität, der das Leben in seiner vollen Widersprüchlichkeit wahrnimmt und werten kann. Wer Mißerfolge nicht sieht und benennt, kann nicht glaubwürdig sein, wenn er von Erfolgen spricht.“

<sup>271</sup> Ein „Plädoyer zur Rehabilitierung der ‚Klarheit‘-Leute“ druckt die Wahrheit zunächst mit dem vorsichtigen Zusatz ab: „Wir veröffentlichen nachstehenden Beitrag im Bewußtsein, daß nicht alle Leser die Meinung des Autors teilen.“ Vgl. Die Wahrheit, 26.10.1989. Eine interessante Ergänzung folgte im November: Dirk Ihlbrock: „Einige Hintergründe zum Ausschluß der ‚Klarheit‘-Leute 1980“, Die Wahrheit, 16.11.1989.

<sup>272</sup> Frauke Gundlach im Gespräch mit der Autorin.

Die SEW-Spitze versuchte, die KritikerInnen in Umgestaltungsinitiativen einzubinden und sich einen reformistischen Anstrich zu geben: Zentralen Stellenwert nahmen dabei die Neukonzeption der „Wahrheit“ und die Kommission „Westberlin und das Jahr 2000“ ein. Die Kommission sollte ursprünglich keine neuen ideologischen Richtungen einschlagen, vorgesehen war vielmehr eine Diskussion traditioneller Grundbegriffe der kommunistischen Lehre wie beispielsweise Klassenstrukturen, alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik, real existierender Sozialismus und Wesen der Partei, sowie eine Konzeption für eine „anti-bürgerliche“ Geschichte der SEW.<sup>273</sup>

Gegenüber Erich Honecker erklärte Horst Schmitt, die Kommission „solle wesentlich der ideologischen Stärkung der Partei dienen. Es ginge nicht um Debatten über alles Mögliche, sondern um die Analyse der eigenen Kampfbedingungen, um die Bestimmung der weiteren Strategie und Taktik der Partei, damit sie ihre Aufgaben in Westberlin lösen könne.“<sup>274</sup>

Und auch Schmitts Nachfolger, Dietmar Ahrens, erklärte zur Arbeit der Kommission, daß

„keine Kompromisse (...) im Selbstverständnis der SEW als marxistisch-leninistische Partei und im Verhältnis der Westberliner Kommunisten zum Sozialismus, speziell zur DDR“<sup>275</sup> zugelassen werden dürften.

Die Diskussion innerhalb der Arbeitsgruppen der Kommission wurde allerdings von den Mitgliedern über den vorgegebenen Rahmen hinaus auf aktuelle Fragestellungen ausgeweitet. So wurde über die Frage des demokratischen Charakters des real existierenden Sozialismus diskutiert, der durch die Fluchtbewegung eines Teils der DDR-Bevölkerung und die aufkommenden Bürgerbewegungen in Frage gestellt wurde.<sup>276</sup>

<sup>273</sup> Moreau, a.a.O., S. 51.

<sup>274</sup> Vgl. „Niederschrift des Gesprächs des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit einer Delegation des Parteivorstandes des SEW ... am 16.1.1989 in Berlin“, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.035/117, S. 121.

<sup>275</sup> Abteilung IPW: „Information über das Gespräch mit Dietmar Ahrens, Volker Junge und Jörg Kuhle am 12. Juli 1989“, 12.7.1989, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.035/ 117, S. 149.

<sup>276</sup> Moreau, a.a.O., S. 51.

Die oberste Parteiführung der SEW schwieg dagegen sowohl zur innerparteilichen Diskussion als auch zu den stürmischen Veränderungen in Osteuropa. Ohnehin war die Parteispitze der SEW Anfang 1989 geschwächt, denn der langjährige Vorsitzende Horst Schmitt war schwer erkrankt und starb im April 1989. Sein Nachfolger, Dietmar Ahrens, verkündete noch kurz vor dem Untergang der DDR: die „DDR war immer ein reformfähiger Staat“.

### **Neukonzipierung der „Wahrheit“**

Interessanterweise blieb in der parteiinternen Diskussion der Gedanke vorrangig, daß vor allem mit der Neukonzipierung der „Wahrheit“ der Aufbruch gelingen könne. Die Demokratisierung der Partei und die Veränderung der Zeitung wurden in der Diskussion nahezu gleich stark gewichtet: Das Gelingen eines Neuanfangs der „Wahrheit“ wurde zum Garant der Reformfähigkeit der SEW. Eine verbesserte Zeitung sollte der reformierten Partei wieder eine Diskussionsplattform bieten und darüber hinaus neue LeserInnen und damit neue WählerInnen erreichen.

Auch in der DDR wurde ein gesteigertes Interesse an der „Wahrheit“ registriert. Bislang war die Zeitung dort vor allem deshalb beliebt, weil sie auch das Programm des Westfernsehens abdruckte. Nun interessierten vor allem die SEW-internen Debatten die LeserInnen in der DDR, denn die SED schwieg zu den Entwicklungen im sozialistischen Lager.<sup>277</sup>

Eine Umgestaltung der „Wahrheit“ war sowohl von der Redaktion als auch von der SEW-Mitgliedschaft über Jahre hinweg immer wieder gefordert worden. Seit 1977 wurde auf den SEW-Parteitag immer wieder beschlossen, die Zeitung in Hinblick auf eine größere Resonanz auch außerhalb der Partei weiterzuentwickeln.<sup>278</sup> Konkrete Resultate hatten diese Beschlüsse nicht.

Gerhard Seyfarth berichtet über die Diskussionen nach dem VIII. Parteitag der SEW:

<sup>277</sup> Vgl. Dieter Dose: „Auch in der SEW mucken jetzt die Genossen auf“, Welt, 3.1.1989

<sup>278</sup> Vgl. dazu ausführlicher: Arbeitspapier der Arbeitsgruppe zur Vorlage für die 10. Tagung des Parteivorstandes der SEW, unveröffentlicht [Berlin 1989].

„Im Parteivorstand herrschte (...) kein großes Verständnis dafür, daß sich etwas ändern muß. Das Sekretariat wollte vielmehr seine Machtposition und seine tägliche Einflußnahme behalten. Seine Mitglieder hatten Angst vor Veränderungen, obwohl sie wußten, daß die Auflage der ‚Wahrheit‘ rapide abnahm. (...) Ich bekam eines Tages durch einen Irrläufer ein Schreiben des Postvertriebs auf den Tisch, in dem stand, daß nur 1.500 Abonnenten zu bedienen seien. (...) Aber die sinkende Auflage störte die führenden Organe überhaupt nicht. Die führten das zurück auf die ‚Machenschaften des Klassenfeindes‘. (...) Von seiten des Parteivorstandes gab es lange Zeit überhaupt keine Bereitschaft zu Reformen, während es in der Redaktion heftig grummelte. Die Perestroika würde ich dabei immer als wesentliches Element betrachten.“<sup>279</sup>

Im November 1988 wandte sich die Redaktion der „Wahrheit“ mit einem „dringenden Appell“ und „in großer Sorge um die Zukunft unserer Zeitung“ an den Parteivorstand der SEW. Es gäbe zu wenig qualifiziertes Personal, immer mehr RedakteurInnen würden die Zeitung frustriert verlassen. Es hieß:

„Die gesamte Redaktion ist der Auffassung, daß der Herausgeber seiner politisch-ideologischen, kadermäßigen, technischen und sozialen Verantwortung für die ‚Wahrheit‘-Redaktion nicht gerecht wird.“<sup>280</sup>

Der Parteivorstand der SEW reagierte auf das Schreiben zunächst nicht, erst im Februar 1989 waren die Probleme der „Wahrheit“ zentraler Tagesordnungspunkt einer Tagung des Parteivorstandes. Mit einer konzeptionellen Neugestaltung der Zeitung sollte ein „massenwirksames Blatt“ geschaffen werden, in dem der „demokratische Dialog mit und zwischen den linken und fortschrittlichen Kräften“ Raum finde. Die neue Zeitung müsse „eine parteiliche kommunistische Zeitung, aber sie [*dürfe*] kein innerparteiliches Mitteilungsblatt“ werden<sup>281</sup>, hieß es.

Inhaltlich fuhr die „Wahrheit“ 1989 einen Schlingerkurs zwischen gewohnter Anpassung und ungewohnter Offenheit. Die Parteimitglieder führten auf der Forum-Seite einen lebhaften Meinungsstreit aus, RedakteurInnen griffen bisherige Tabuthemen auf und berichteten selbstkritisch

<sup>279</sup> Gerhard Seyfarth im Gespräch mit der Autorin.

<sup>280</sup> Der Appell ist abgedruckt in der Wahrheit, 29.11.1989.

<sup>281</sup> Alle Zitate aus: „Konzeptionelle Vorschläge für die Gestaltung unserer Zeitung ‚Die Wahrheit‘ und Schlußfolgerungen daraus“, Dokumentation der 10. Tagung des Parteivorstandes am 18.2.1989, Die Wahrheit, 21.2.1989.

über die Entwicklungen innerhalb der SEW. Gleichzeitig erschienen aber auch weiterhin Artikel, die an der Hofberichterstattung über die DDR festhielten. Noch im September 1989 erschien eine Betrachtung über die DDR-BürgerInnen, die über Ungarn in die Bundesrepublik ausreisten, unter dem Titel „Eine gesamtdeutsche Schande“.<sup>282</sup> Auch als westliche Medien und DDR-Oppositionelle die Fälschung der Wahlergebnisse der Volkskammerwahlen im Mai 1989 kritisierten, war in der „Wahrheit“ zu lesen, es ginge den westlichen Kommentatoren lediglich darum, „Gift und Galle“ über die Wahl abzusondern und die DDR zu diffamieren.<sup>283</sup>

Die SED versuchte, über die SEW-Parteiführung die Neukonzeption der „Wahrheit“ in ihrem Sinne zu beeinflussen:

„Es ist dafür zu sorgen, daß die Zeitung der SEW prinzipiell kommunistische Positionen zum realen Sozialismus, insbesondere zur DDR wahr und die Kampfgemeinschaft von SEW und SED festigt. Tendenzen des Abrückens von dieser Kampfgemeinschaft, wie sie sich in Teilen der SEW und auch in einigen Beiträgen der ‚Wahrheit‘ zeigen, sind entschieden zurückzudrängen.“<sup>284</sup>

Doch Verbote und Abmahnungen sprach die SED diesmal nicht aus.<sup>285</sup> Eine Nullnummer der „Neuen Zeitung“ (NZ) erschien im Oktober 1989 mit einer Auflage von 60.000 Exemplaren.<sup>286</sup> Offensichtlich hoffte die SEW, mit der NZ an neue Leserkreise zu gelangen, denn die „Wahrheit“ hatte zuletzt eine Auflage von höchstens 12.000 Exemplaren. Nach Angaben des Chefredakteurs der NZ lagen die Verkaufszahlen der NZ tatsächlich fünf- bis sechsmal höher als die der „Wahrheit“.<sup>287</sup>

<sup>282</sup> WOKI: „Eine gesamtdeutsche Schande“, Die Wahrheit, 9./10.9.1989. Der Veröffentlichung folgen viele erboste LeserInnenbriefe.

<sup>283</sup> Vgl. „Wahrheit“ über die DDR-Wahl“, taz, 10.3.1989.

<sup>284</sup> Abteilung IPW: „Information zur Umgestaltung der Zeitung der SEW ‚Die Wahrheit‘“, 18.9.1989, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.035/ 117, S. 161.

<sup>285</sup> Günter Bahr berichtete im Gespräch mit der Autorin, daß die SED keine Anstalten unternahm, die Kommission zur Neukonzeption der „Wahrheit“ direkt zu beeinflussen. Er habe sich zwar dreimal mit Gunter Rettner, dem Leiter der Abteilung IPW, getroffen, dieser habe sich aber lediglich den Stand der Diskussionen darstellen lassen.

<sup>286</sup> Nüske, a.a.O., S. 137.

<sup>287</sup> Vgl. Günter Bahr: „Was ist los?“, NZette, 16.12.1989.



## SEW-Erklärung zu China

Auch im Parteivorstand der SEW konnten sich die ReformerInnen durchsetzen und erreichten, daß die SEW erstmals in ihrer Geschichte eine zur SED deutlich im Widerspruch stehende Erklärung veröffentlichte: Als das chinesische Militär im Juni 1989 die Studentenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens blutig niederschlug, hatte die Volkskammer der DDR die „Vorgänge in Peking“ in einer Stellungnahme als „Niedererschlagung einer Konterrevolution“ zur „Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit“ bewertet. Es handle sich dabei um eine „innere Angelegenheit der Volksrepublik China“.<sup>288</sup>

Der SEW-Parteivorstand dagegen äußerte sich in einer in der „Wahrheit“ veröffentlichten Erklärung „Bestürzung und Widerspruch“. Es hieß:

„Wir verurteilen das nicht zu rechtfertigende Blutvergießen durch Militäreinheiten. Wir appellieren an alle verantwortlichen Kräfte der Kommunistischen Partei und der Regierung der VR China, den Konflikt mit politischen Mitteln im Dialog zu lösen und keine Todesurteile zu vollstrecken.“<sup>289</sup>

Mit Aktenmaterial kann nachgewiesen werden, daß die SED daraufhin die Parteiführung der SEW zu einer Kurskorrektur zwang: Der Vorsitzende Dietmar Ahrens war sofort nach der Veröffentlichung der China-Erklärung nach Ost-Berlin zitiert worden. Er wurde von Hermann Axen, dem ZK-Sekretär für Internationale Politik, darauf hingewiesen, daß die Erklärung des SEW-Parteivorstandes ein „prinzipieller, die marxistisch-leninistischen Positionen preisgebender Vorgang“ sei.<sup>290</sup> Weiter heißt es: „Genosse Ahrens wurde kritisiert, daß er überhaupt eine solche Abstimmung nicht von vornherein unmöglich gemacht hat und Genossen Rettner nicht informierte. Wir wiesen mit Nachdruck drauf hin, daß die Distanzierung vom Sozialismus und von der SED von einigen Kräften vorangetrieben wird. Das zeige sich auch im Erscheinungsbild der

<sup>288</sup> Vgl. Gebhard Diemer/Eberhard Kuhr: Kurze Chronik der Deutschen Frage, München 1991, S. 115.

<sup>289</sup> Parteivorstand der SEW: „Erklärung zu den Ereignissen in der VR China“, Die Wahrheit, 19.6.1989.

<sup>290</sup> Hausmitteilung Hermann Axens an Erich Honecker, 11.7.1989, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.039/305, S.230.

‚Wahrheit‘. (...) Es ist festgelegt worden, daß noch in dieser Woche Genossen der Abteilung für IPW mit Kreisvorsitzenden der SEW Gespräche führen, um Einfluß auf die Korrektur des Fehlers der SEW zu nehmen.“<sup>291</sup>

Ein weiteres Treffen zwischen der SED und führenden Funktionären der SEW fand am 4.7.1989 statt. Im Rahmen dieser „Aussprache“ erklärte Axen, die China-Erklärung des Parteivorstandes sei ein „in der Geschichte der deutschen Kommunisten unerhörter einmaliger Fehler“ und legte die Haltung der SED zu den Ereignissen in China dar<sup>292</sup>:

„Die Niederlage des konterrevolutionären Aufruhrs [ist] unser aller Sieg, ein schwerer Schlag gegen den Weltimperialismus.“<sup>293</sup>

Er forderte die SEW-Führung auf, dafür zu sorgen, daß der Parteivorstand die Erklärung zurücknehme. Gegen diesen Vorschlag meldeten die anwesenden SEW-Funktionäre Bedenken an, aus dem Kurzbericht über das Treffen entsteht aber der Eindruck, die SEW-Funktionäre hätten keine grundsätzlichen Einwände:

„Die SEW-Vertreter anerkannten die Kritik. Sie versuchten sich zu entschuldigen, ihnen hätten Informationen über die Ereignisse in China gefehlt. Sie würden jetzt dem Standpunkt der SED zustimmen; in der SEW gebe es jedoch mehrheitlich eine Stimmung gegen das Vorgehen des chinesischen Militärs. Wir erwiderten, daß es in der Grundfrage der Revolution für eine kommunistische Partei kein Abgehen vom Marxismus-Leninismus geben dürfe. Die SEW müsse unbedingt damit Schluß machen, hier in einer Reihe mit der Reaktion zu stehen.“<sup>294</sup>

Der ausführliche SED-Bericht über dieses Gespräch vermerkt hingegen zwei kritische Stellungnahmen der Genossen Schewe und Welters:

<sup>291</sup> Ebd., S. 230-231.

<sup>292</sup> „Information der Abteilung IPW über ein Gespräch des Genossen Hermann Axen mit Mitgliedern des Büros des Parteivorstandes der SEW am 4.7.1989“, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.039/ 305, S. 240-241.

<sup>293</sup> Ebd., S. 241.

<sup>294</sup> Hausmitteilung Hermann Axens an Erich Honecker, 11.7.1989, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.039/305, S.230-231.

„Peter Schewe äußerte, die Erklärung der SEW habe nicht die KP Chinas verurteilt, sondern den Militäreinsatz. An der Humanismusauffassung würde sich dieser Einsatz brechen.“<sup>295</sup>

Ernst Welters, damals Mitglied im SEW-Parteivorstand, erinnerte sich an das Gespräch mit Axen wie folgt:

„Ich bekam einen Anruf auf der Arbeit, daß ich um 18 Uhr an der Friedrichstraße zu sein hätte, es sei eine ganz wichtige außerordentliche Beratung angesetzt worden. Ich wurde dann in das Gästehaus des ZK gebracht, und zu meiner völligen Überraschung sitzt da das ganze politische Büro der SEW. Axen fing an, uns zur Sau zu machen. Das dauerte ungefähr anderthalb Stunden. Er warf uns vor, daß wir die Weltlage nicht richtig eingeschätzt hätten und konterrevolutionär seien. Dann wurde die Diskussion eröffnet. Es meldete sich überhaupt keiner. Dietmar Ahrens - Kopf unterm Tisch. Inge Kopp - Kopf unterm Tisch. Ich denke, ich verstehe die Welt nicht mehr. Es war ja meine erste Beratung auf dieser Ebene, vielleicht war das ja so üblich, aber ich war überhaupt nicht bereit, auch nur einen Millimeter von dieser Beschlußfassung abzurücken.“ Das habe ich auch dem Axen gesagt. (...)

Das war der einzige Diskussionsbeitrag der SEW zu diesem Thema und dann hat Axen noch einmal einen anderthalbstündigen Vortrag gehalten und hat am Schluß ganz eindeutig gesagt, wenn wir den Beschluß nicht ändern, dann wird das Verfahren mit dem Geld anders gesehen werden müssen.“<sup>296</sup>

Im Sekretariat der SEW herrschte jedoch auch nach der Begegnung mit den SED-Oberem die einhellige Meinung vor, daß eine Rücknahme der China-Erklärung die Glaubwürdigkeit der SEW-Führung vollends ruiniere. Dietmar Ahrens erklärte Axen, daß die Rücknahme

„zu einer weiteren Zuspitzung im Parteivorstand und in der SEW insgesamt führen würde. Das wäre ein Vorziehen der Kraftprobe zu einem Zeitpunkt, die dem Fortbestand der SEW nicht dienlich sei. Es erweise sich zunehmend, daß es ein unterschiedliches Parteiverständnis im Vorstand und in der Mitgliedschaft gäbe. Eine formelle Korrektur

<sup>295</sup> „Information der Abteilung IPW über ein Gespräch des Genossen Hermann Axen mit Mitgliedern des Büros des Parteivorstandes der SEW am 4.7.1989“, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.039/ 305, S. 242.

<sup>296</sup> Ernst Welters im Gespräch mit der Autorin.

des Beschlusses zur China-Frage fände keine Mehrheit und würde die Einheit der Partei ernsthaft gefährden.“<sup>297</sup>

Dagegen betonte Gunter Rettner, der Leiter der Abteilung IPW:

„Es sei zwar richtig, die Diskussion besonnen zu führen, aber es dürfe hierbei keinerlei Naivität geben. (...) Die SEW müsse Lehren aus der Entwicklung der DKP ziehen. Eine unzureichende ideologische Arbeit und keine klare Führung führten über längere Zeit zur Erosion der Partei. (...) Der Kern der Marxisten-Leninisten sei unbedingt zu stärken. In der SEW müsse unbedingt eine Verbesserung in der täglichen konsequenten Führung der Partei erreicht werden. Die SED biete hierzu jede Hilfe an.“<sup>298</sup>

SEW-Spitze und SED-Strategen hatten also grundsätzlich verschiedene Ansätze, wie der Reformdiskussion innerhalb der SEW zu begegnen sei: Die SEW-Parteiführung bemühte sich um Schadensbegrenzung und war zu Zugeständnissen bereit, hoffte vielleicht sogar, aus dem Aufbruch der Partei profitieren und die Attraktivität der SEW steigern zu können. Die SED dagegen wollte keine Kompromisse eingehen und sah gerade in der strikten Ablehnung jedweder Veränderung das Mittel gegen den möglichen Zerfall der SEW.

Der SEW-Parteivorstand bereitete seine nächste Tagung vor, ohne die erneute Behandlung der China-Frage ins Programm mit aufzunehmen. Doch die SED achtete darauf, daß die Genossen in West-Berlin auf SED-Linie blieben:

„Erst durch die wiederholten und nachdrücklichen Hinweise der SED beschloß das Sekretariat, zu den Ereignissen in China eine marxistisch begründete klassenmäßige Position zu beziehen und den von der 12. Tagung gefaßten falschen Beschluß zu korrigieren.“<sup>299</sup>

<sup>297</sup> Abteilung IPW: „Information über das Gespräch mit Dietmar Ahrens, Volker Junge und Jörg Kuhle am 12. Juli 1989“, 12.7.1989, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.035/ 117, S. 148-149.

<sup>298</sup> „Information der Abteilung IPW über ein Gespräch des Genossen Hermann Axen mit Mitgliedern des Büros des Parteivorstandes der SEW am 4.7.1989“, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 2.039/ 305, S. 244.

<sup>299</sup> Abteilung IPW: „Information über die 13. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 14./15.7.1989 in Westberlin“, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/2.039/305, S. 246.

Das Sekretariat des SEW-Parteivorstandes erarbeitete einen „Bürobericht“, der sich im wesentlichen mit den Positionen der SED deckte. Es wurde beschlossen, auf einen formellen Antrag auf Aufhebung der kritischen China-Erklärung zu verzichten, da dieser keine Mehrheit im Parteivorstand gefunden hätte. Über den Bürobericht sollte aus gleichem Grunde nicht abgestimmt werden.<sup>300</sup>

In diesem sicherte die SEW der chinesischen KP-Führung ihre Solidarität zu. Es hieß:

„Als Westberliner Kommunisten stehen wir an der Seite der chinesischen Kommunisten, wir stehen an der Seite derer, die den Sozialismus in ihrem Land ökonomisch, politisch und ideologisch stärken wollen.“<sup>301</sup>

Wie erwartet wurde dieser Bericht auf der Parteivorstandstagung heftig diskutiert. Die Mitglieder, die sich für die SEW-Erklärung entschieden hatten, mußten feststellen, daß der vorgelegte Bürobericht faktisch eine Aufhebung ihres Beschlusses war. Nach heftigen Auseinandersetzungen wurde beschlossen, sowohl den Bürobericht als auch die gegen ihn auf der Parteivorstandstagung geäußerten Diskussionsbeiträge in der „Wahrheit“ zu veröffentlichen. Dies zeigte der SED zufolge,

„welche ernsthaften nicht klassenmäßigen Standpunkte im Parteivorstand und von einzelnen Büromitgliedern eingenommen werden. (...) Genossen D. Ahrens wird von uns empfohlen, von einer Veröffentlichung solcher Diskussionsbeiträge Abstand zu nehmen, in denen sich PV-Mitglieder unklassenmäßig zu den Ereignissen in der VR China äußerten.“<sup>302</sup>

In der Dokumentation der 13. Tagung, die die „Wahrheit“ am 19. Juli veröffentlichte, wurden weder der Bürobericht zu China noch die gegen ihn gerichteten Diskussionsbeiträge veröffentlicht: das Thema China taucht dort gar nicht auf. Die Veröffentlichung der „Ergänzung“ zum Bürobericht sowie der Diskussionsbeiträge wurden für eine spätere Ausgabe der „Wahrheit“ angekündigt.<sup>303</sup> Als im August 1989 der Westberliner Verfassungsschutz berichtete, die SEW sei auf einem Treffen zwischen Vertretern des ZK der SED und Parteiführern der SEW für die

<sup>300</sup> Vgl. dazu ausführlich: ebd.

<sup>301</sup> Materialien der 13. Tagung des Parteivorstandes der SEW, Beilage der Wahrheit, 4.8.1989.

<sup>302</sup> Abteilung IPW: „Information über die 13. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 14./15. Juli 1989 in Westberlin“, a.a.O., S. 248-249.

<sup>303</sup> Vgl. Dokumentation zur 13. Tagung, Die Wahrheit, 19.7.1989.

kritische China-Haltung der SEW aus Ost-Berlin abgemahnt worden,<sup>304</sup> wies die SEW-Führung diesen Bericht zunächst von sich.<sup>305</sup> Erst nach der Wende gab der Parteivorstand zu, daß die SEW-Führung nach der China-Stellungnahme tatsächlich nach Ost-Berlin zitiert worden war.<sup>306</sup>

## **Krise und Auflösung der SEW - Ende der „Wahrheit“**

Einer Reform der SEW kam schließlich die politische Entwicklung in den sozialistischen Ländern, insbesondere der DDR zuvor - mit der SED schlitterte die SEW in die Krise. Der Rücktritt der DDR-Regierung sowie des SED-Politbüros und die Öffnung der Mauer beschleunigten den Diskussionsprozeß innerhalb der SEW rasant. Die SEW-Führung hatte über Monate hinweg wie paralysiert gewirkt und weder auf die Kritik aus den eigenen Reihen noch auf die stürmischen Veränderungen in den sozialistischen Staaten angemessen reagiert.

Nach Öffnung der DDR-Grenzen forderten die ReformerInnen innerhalb der SEW, „die Sprachlosigkeit zu durchbrechen“. Die Parteiführung habe „in unverantwortlicher Weise die Politik des SED-Politbüros bis zu dessen Abtreten verteidigt und legitimiert. (...) Deutlich sichtbare Zeichen sind notwendig, personelle Konsequenzen, wie sie in der Partei zunehmend gefordert werden, unumgänglich. Nur so kann verlorengegangenes Vertrauen wiedergewonnen werden.“<sup>307</sup>

Tatsächlich traten Büro und Sekretariat des Parteivorstandes auf einer außerordentlichen Tagung des Parteivorstandes am 13.11.1989 zurück. Für die Weiterführung der politischen Geschäfte wählte der Vorstand einen „Geschäftsführenden Ausschuß“, der für Januar 1990 einen außerordentlichen Parteitag einberufen sollte.

<sup>304</sup> „Berliner Verfassungsschutz: SEW von SED gemäßregelt“, FAZ, 17.8.1989; „SEW von der SED wegen China-Erklärung abgemahnt“, Tagesspiegel, 11.8.1989.

<sup>305</sup> „Auf Linie“, taz, 11.8.1989.

<sup>306</sup> „Vorstand der SEW zurückgetreten“, FAZ, 15.11.1989.

<sup>307</sup> „SEW-Mitglieder erklären: Die Sprachlosigkeit durchbrechen“, Die Wahrheit, 11./12.11.1989. Diesen Artikel hatten nach Angaben der „Wahrheit“ 264 Mitglieder unterstützt.

Auf die inner- und außerparteiliche Kritik an der Parteiführung reagierte der Vorstand mit einer Erklärung und übte Selbstkritik: Die SEW habe „- oft wider besseres Wissen und Erleben - die Realität des Sozialismus idealisiert, statt [*sich*] seiner vollen Widersprüchlichkeit zu stellen.“ Auch das „uneingeschränkte, oftmals blinde Vertrauen in Wort und Tat der SED wie auch das verbreitete Mißtrauen gegenüber denjenigen in unseren Reihen, die schon seit geraumer Zeit kritisch auf Entwicklungen in der DDR verweisen“, wurde kritisiert. Der wachsende Entfremdungsprozeß zwischen Parteiführung und Bevölkerung in der DDR sei nicht bemerkt worden. „Wir hielten es für ein Privileg, im Sozialismus leben zu dürfen.“ Hinter dem Vorbild des real existierenden Sozialismus verberge sich aber kein Modell für West-Berlin, die SEW müsse sich von der stalinistisch geprägten und deformierten SED unabhängig machen.<sup>308</sup> Doch die Wende der SEW erfolgte zu spät: Immer mehr Mitglieder verließen die Partei - nach jahrzehntelangem Gehorsam der Parteiführung gegenüber der SED verkaufte sich die neue Offenheit nur schwer.

Neben die ideologische Krise trat das drohende finanzielle Aus der Partei: Der Austritt von fast einem Drittel der ehemals ca. 4.500 beitragszahlenden Mitglieder<sup>309</sup> und vor allem die Reduzierung der Finanzierung durch die SED brachten die Partei an den Rand des finanziellen Ruins. Der Etat der SEW reduzierte sich von ehemals über 13 Millionen Mark auf 800.000 DM für das Jahr 1990.<sup>310</sup>

Angesichts der katastrophalen finanziellen Lage entließ der Parteivorstand die hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei, kündigte Büroräume und schlug die Auflösung der Partei vor.<sup>311</sup> Auch die Gelder für die „Neue

<sup>308</sup> Alle Zitate aus der „Erklärung des Parteivorstandes der SEW zur Entwicklung in der DDR, ihren Auswirkungen auf Westberlin und zu Schlußfolgerungen für die SEW“, Die Wahrheit, 20.11.1989.

<sup>309</sup> Zur Mitgliederzahl war auf dem Parteitag bekanntgegeben worden, daß die Partei innerhalb eines Jahres 1.500 Mitglieder verloren habe (vgl. „SEW entscheidet über Auflösung“, Tagesspiegel, 16.2.1990) und die Zahl nun bei 2.840 läge (vgl. Nüske, a.a.O., S. 134).

<sup>310</sup> „Die SEW ihrer ideologischen Grundlage beraubt“, FAZ, 20.2.1990.

<sup>311</sup> „Erklärung des Parteivorstandes der SEW vom 7. Dezember 1989“, unveröffentlichtes Manuskript. Darin heißt es u.a.: „Das auch in der DDR praktizierte Sozialismus-Modell ist politisch und moralisch vollständig in Verruf geraten und endgültig gescheitert. (...) Der Name unserer Partei (...) wird zu

Zeitung“ (NZ) wurden gestrichen. Am 1.12.1989 hatte die NZ wie geplant die Nachfolge der „Wahrheit“ angetreten, doch nach nur fünf Ausgaben - am 6.12.1989 - stellte sie ihr Erscheinen wieder ein: der finanzielle Untergang der SEW ließ der Zeitung keine Chance.<sup>312</sup>

Die SEW hielt sich etwas länger als ihre Zeitung über Wasser: Für die Auflösung der Partei fand sich auf dem außerordentlichen Parteitag im Februar 1990 nicht die nötige Zweidrittel-Mehrheit. Im April wurde auf einem weiteren außerordentlichen Parteitag erneut über den Fortbestand der SEW diskutiert, schließlich wurde die Umbenennung der Partei in „Sozialistische Initiative“ (SI) beschlossen. Die Mitgliederzahl sank weiterhin unaufhörlich und soll im April 1990 bei ca. 1.600 gelegen haben, womit die SEW/SI seit 1989 zwei Drittel ihrer Mitglieder verloren hätte.<sup>313</sup> Die SI konnte keine politische Bedeutung mehr erlangen und löste sich schließlich Ende Juni 1991 auf.<sup>314</sup>

Recht auf engste mit dem (...) gescheiterten Sozialismus-Modell in Verbindung gebracht. Auch die materielle Abhängigkeit der SEW hat zu einer Situation geführt, die jetzt eine Auflösung unserer Partei notwendig macht.“

<sup>312</sup> Ein paar Unentwegte gaben nach dem Untergang der NZ noch ein unregelmäßig erscheinendes Blatt - die „NZette“ - heraus, die ab 14.2.1990 zunächst vom „Informationsdienst Berlin“ abgelöst wird. Die Nachfolgeorganisation der SEW, die SI, gab das „SI-Forum“ heraus.

<sup>313</sup> „Die SEW, gibt es die noch?“, FAZ, 30.4.1990.

<sup>314</sup> Auf dem Parteitag der SI (9./10.5.1991) wurde nur noch die Auflösung der SI bis Juni 1991 vorgeschlagen. Dieser Antrag wurde bei nur zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen. Auch die sich anschließende Urabstimmung bestätigte die Auflösung der Partei. Damit hatte sich die SI aufgelöst. Nüske, a.a.O., S. 144-145.



## 5. Resümee

Über Jahre hinweg waren keine direkten Zensurmaßnahmen der SED gegenüber der „Wahrheit“ notwendig, denn die Linientreue der Redaktion und des SEW-Parteivorstandes machte ein Eingreifen der SED überflüssig. Erst als die Zeitung gegen Ende der 80er Jahre versuchte, einen unabhängigen Standpunkt zu entwickeln, bekam sie den Einfluß der SED zu spüren.

Die redaktionelle Arbeit der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, die in die Widersprüche von Autonomiestreben und Abhängigkeit eingespannt war, kann deshalb beispielhaft für die politische Entwicklung der SEW insgesamt stehen: Als sich die Parteibasis Ende der 80er Jahre mit Gorbatschow auf einen Reformkurs begeben will, muß sie erkennen, daß die Politik der SEW nicht von den Parteimitgliedern, sondern von einer von ihrem Einfluß abgekapselt agierenden Parteiführung und vom ZK der SED bestimmt wird: Die SEW war substantiell weisungsgebunden und fest in den Apparat der Westarbeit der SED eingegliedert.

Historisch aus der SED hervorgegangen, hat sich die SEW letztendlich nie vollständig von ihr getrennt, sondern hatte für die SED strategischen Charakter im Rahmen ihrer Deutschlandpolitik. Die Linie der SEW wurde in zentralen Bereichen in Ost-Berlin festgelegt und war von der politischen Interessenlage der SED abhängig. Dabei war der direkte Einfluß der SED auf einen engen Kreis von FunktionärInnen beschränkt. Der Führungskreis bat regelmäßig bei der SED um Rat für seine tägliche politische Arbeit und stimmte die Strategie der SEW mit den Ostberliner Genossen ab. In den Parteiapparat der SEW waren quasi konspirative Strukturen eingewoben, die sorgsam vom ohnehin gering gehaltenen Einfluß der Parteimitglieder abgeschottet wurden. Diese Kanäle sorgten dafür, daß der Einfluß der SED vor der Parteibasis geheimgehalten werden konnte und dennoch eine sichere Anleitung und Kontrolle der SEW durch die SED gewährleistet war.

Eine zentrale Position nahm dabei der Parteivorsitzende ein, der seine Tätigkeiten und Äußerungen nahezu vollständig mit der zuständigen ZK-Abteilung abstimmte. Darüber hinaus übermittelte die SED über den Parteivorsitzenden auch Anweisungen für andere SEW-Parteiorganisationen.

Dadurch wurde die Politik der SEW im wesentlichen nicht von der Basis bestimmt, sondern ausschließlich von einem fremdfinanzierten und fremdgesteuerten Teil des Parteiapparats. Eine Partei ohne Personalhoheit, ohne eigene Schriftgutverwaltung und ohne selbständige Finanzierung kann nicht als eigenständig betrachtet werden. Zusätzlich machte die Fremdfinanzierung der SEW die Partei unabhängig von Wählerstimmen und Mitgliederwillen. Organisatorisch, finanziell und strategisch blieb die SEW ein Bestandteil der SED. Die enge Anbindung der SEW an die SED sorgte dafür, daß die Westberliner KommunistInnen bis 1989 „auf Linie“ blieben. Sowohl die Veränderungen im politisch-gesellschaftlichen System der Bundesrepublik (Studentenbewegung in den 60er Jahren, Alternativ- und Ökologiebewegung in den 70er und 80er Jahren) als auch die Bewegungen im kommunistischen Lager - gleich, ob in den westeuropäischen (Eurokommunismus) oder sozialistischen Staaten (Gorbatschow) - führten nicht zu einer wesentlichen Veränderung der Politik der SEW-Führung: sie blieb wie die SED unbeweglich. Die von der Basis über Jahre hinweg vorgebrachten Anregungen zu einer selbständigen Weiterentwicklung der SEW wurden von der Führung bis zum Schluß ignoriert.

Die Bindung an die SED führte die SEW zwangsläufig in ein Spannungsverhältnis zwischen ihrer strategischen Orientierung an der kommunistischen Bewegung und ihrem politischen Auftreten als Westberliner Partei: Die dogmatische Politik der Parteiführung untergrub die Glaubwürdigkeit der gesamten Partei. In der Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften der Stadt entwickelte sich daraus in den 80er Jahren das Paradox, daß die SEW - nach jahrzehntelanger Anfeindung - zwar weitgehend anerkannt, aber gleichsam ignoriert wurde. So konnte die SEW in verschiedenen Initiativen immer wieder gemeinsam mit den Gewerkschaften, Bürgerinitiativen sowie Teilen von AL und SPD auftreten. Die Zusammenarbeit lief in der Regel jedoch nur punktuell ab, das Festhalten der Parteispitze an der strategischen Ausrichtung an SED und KPdSU machte längerfristige Bündnisse unmöglich. Die SEW-Führung war eher bereit, sich dauerhaft in der politischen Isolation einzurichten, als den Erfordernissen einer sozialistischen Politik in West-Berlin den Vorrang zu geben gegenüber der Interessenswahrnehmung für den real existierenden Sozialismus.

Aufgrund der Unvereinbarkeit von politischer Basisarbeit und ideologischer Unbeweglichkeit der SEW-Spitze dividierte sich die Partei ausein-

ander: Auf der einen Seite eine realitätsferne, abgekapselt vom Einfluß der Parteibasis agierende Parteiführung, die über verdeckte Anleitungskanäle ihre gesamte Tätigkeit mit Ost-Berlin abstimmte und ihre zentrale politische Aufgabe darin sah, für die SED in West-Berlin Politik zu machen. Auf der anderen Seite existierte eine breite Masse von jüngeren Parteimitgliedern, die eine sozialistische Politik für West-Berlin machen wollten.

Im Verlauf der 80er Jahre ließ diese gegensätzliche Entwicklung von Parteiführung und Basis (DDR-Loyalität versus West-Orientierung, politischer Dogmatismus versus Reformversuche, demokratischer Zentralismus versus Basisdemokratie, politischer Führungsanspruch bis hin zum Sektierertum versus bündnisorientierter Basisarbeit) die SEW stagnieren.

Der hausgemachte Konflikt der SEW war unübersehbar: die ungenügende Integration der jüngeren Mitglieder hatte schon in den 70er Jahren zu Unzufriedenheit an der Basis geführt. Ein schleichender Mitgliederschwund setzte ein, der die SEW in 20 Jahren ein Drittel ihrer Mitglieder kostete. Die jungen Mitglieder, die in der SEW verbleiben, traten den „Marsch durch die Institution“ an, Anstöße zu Veränderungen verliefen aber entweder im Sande oder wurden mit Parteiverfahren abgestraft.

Erst mit Gorbatschow konnten der Parteiführung Zugeständnisse abgerungen werden. Glasnost und Perestroika zwangen die SEW in einen Spagat zwischen SED und KPdSU, wobei sich die Westberliner Partei auch intern entlang dieser Linie ausrichtete: ReformersInnen auf der einen, SED-treue FunktionärInnen auf der anderen Seite. Gegen Ende der 80er Jahre zeigte sich die SEW daher eingespannt in innere Widersprüche und handlungsunfähig. Nur noch mittels permanenter und intensiver Einflußnahme gelangen Ergebnisse im Sinne Ost-Berlins.

Dennoch war es nicht in erster Linie der Untergang der DDR, der die Implosion der SEW verursachte. Der Untergang des real sozialistischen Experiments 1989 war nur das auslösende Moment für den organisatorischen und finanziellen Zusammenbruch der SEW. Bereits Gorbatschows Politik hatte die Stagnation der SEW gelöst und die innerparteiliche Zerrissenheit offen zutage treten lassen: während die Basis in der „Wahrheit“ eine Reform der SEW diskutierte, herrschte in den obersten Partei-etagen Rat- und Hilflosigkeit.

So wie sich die SEW bis zum Schluß unbeweglich gegenüber den Veränderungen im Ostblock zeigte, schien sich auch die SEW-Parteiführung

gegen das „Tauwetter“ um sie herum abschotten zu wollen. Zu stark war die ideologische Anbindung sowie die finanzielle und organisatorische Abhängigkeit der SEW von der SED, als daß sie unabhängig von ihr einen Neuanfang hätte wagen können.

Angesichts der politischen Lähmung der SEW-Parteiführung schaltete sich die SED direkt in die Politik der SEW ein und machte damit erneut deutlich, daß sie die SEW lediglich als ihren verlängerten Arm betrachtete. Dabei zeigt die Art des Vorgehens der SED jedoch gleichzeitig, daß auch sie der krisenhaften Situation innerhalb der SEW nicht angemessen begegnen konnte. Die im Vergleich zur DKP noch recht harmlos verlaufenden innerparteilichen Konflikte wollte die SED nach gewohntem Muster, d.h. mit einer „Säuberung“ der SEW von „Parteifeinden“ lösen. Die SEW-Spitze sah sich dagegen unter dem Druck ihrer KritikerInnen zu kleineren Zugeständnissen bereit.

Die KritikerInnen ihrerseits begaben sich zu keiner Zeit offen auf Konfrontationskurs zur Parteispitze, sondern setzten auf eine Reform „von innen heraus“ - die nachwachsende Funktionärgeneration sollte einen neuen Politikstil durchsetzen. Die strategische Ausrichtung der SEW an der SED-Linie wurde von den SEW-ReformerInnen zwar kritisiert, die umfassende finanzielle Abhängigkeit jedoch billigend in Kauf genommen, weil man glaubt, auf die Alimentation aus der DDR vorerst nicht verzichten zu können. Dabei war gerade sie es, die die SEW-Führung unabhängig vom Wähler- und Mitgliederwillen machte. In seiner damaligen Form war das Konzept der „kritischen Solidarität“ mit der SED daher nicht nur unrealistisch, sondern geradezu schädlich, denn es verhinderte eine rechtzeitige, umfassende und glaubwürdige Positionsbestimmung der SEW. Nur deshalb konnte der Niedergang der sozialistischen Staaten den langsamen Zerfall der SEW einleiten. Mit der Agonie der SEW rächte sich, daß die Partei jahrzehntelang der blinden Verteidigung der sozialistischen Staaten, insbesondere der DDR den Vorrang gegeben hatte gegenüber dem Versuch, innerhalb der Gesellschaft und der Parteienlandschaft West-Berlins eine eigenständige Position zu entwickeln.

## Literaturauswahl

- \* Deutscher Bundestag (Hg.): Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski: Werkzeuge des SED-Regimes. Abschlußbericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, Bonn 1994, Zur Sache 2/1994, 5 Bände
- \* Ellerbrock, Wolfgang: Gründung und erste Jahre der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1/1996
- \* Materialien der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Baden-Baden/Ffm 1995
- \* Moreau, Patrick: Krisen und Anpassungsstrategien der kommunistischen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 46-47/1990
- \* Müller, Hans-Peter: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Deutscher Bundestag 1995, a.a.O.
- \* Müller, Peter: Die Sozialistische Einheitspartei, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1984
- \* Nüske, Gerd Friedrich: „Mehr Niederlagen als Siege“ - Das Ende der SEW, einer deutschen kommunistischen Partei, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Band 4, 1992, hrsg. von Uwe Backes und Eckhard Jesse
- \* Schröder, Jürgen: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Materialien der Enquete-Kommission, a.a.O.
- \* Der Senator für Inneres von Berlin (Hg.): Die SEW. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeiten der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ..., Mai 1980
- \* Waldman, Eric: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972
- \* Wilke, Manfred / Müller, Hans-Peter / Brabant, Marion: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Köln 1990
- \* Wilke, Manfred: Die Krise der Deutschen Kommunistischen Partei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 46-47/1990

## **Zu den Autoren:**

### **Jenny Niederstadt**

- geb. 1972 in Berlin
- 1991 bis 1997 Studium der Politologie am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin
- 1998 Diplom

### **Gunter Holzweißig**

Dr. phil, Leitender Regierungsdirektor im Bundesarchiv Berlin; Lehrbeauftragter am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig

- Geboren 1939 in Aue/Sachsen
- Studium der Zeitgeschichte, Publizistik, Politischen Wissenschaft sowie der Literaturgeschichte in Hamburg und Edinburgh von 1959 bis 1967
- Verfasser zahlreicher Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen sowie von Hörfunkbeiträgen zur Geschichte und insbesondere zur Medien-, Militär- und Sportpolitik der DDR